

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 16. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: pro Nummer 2 Pf., monatlich 5 Pf., vierteljährlich 15 Pf., halbjährlich 30 Pf., jährlich 60 Pf., frei ins Haus.
Einzeln: 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 1 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Samstagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der 6. Jahreskongress der britischen Arbeiterpartei.

Am 15. und 16. dieses Monats hält die britische Arbeiterpartei ihren Jahreskongress in London ab. Unter dem Namen „Labour Representation Committee“ wurde sie vor kaum sechs Jahren — am 27. Februar 1900 — in London gegründet, und heute wird sie überall als ein wichtiger politischer Faktor im englischen Leben betrachtet. Aber im „Vorwärts“ war schon vor zwei Jahren — am 11. Februar 1904 — zu lesen: „Wer darauf Gewicht legt, England zu verstehen, muß nunmehr das Labour Representation Committee ebenso beobachten, wie er früher den Trade-Unionismus beobachtet hat. Denn das Labour Representation Committee ist bereits eine politische Macht.“ Dieses Urteil ist nun durch die letzten Wahlerfolge der Partei und durch das außerordentliche Aufsehen, das diese Erfolge hervorriefen, vollends bestätigt.

Resümieren wir die Geschichte der Partei: Der Gedanke einer Anteilnahme der Arbeiter an der Gesetzgebung ist in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts verallgemeinert worden. Aber erst drei Jahrzehnte später konnte man an seine Verwirklichung herantreten; denn erst im Jahre 1868 erhielten die städtischen Arbeiter das Wahlrecht, und die politischen Einrichtungen Englands wurden nach und nach demokratisiert, das heißt: Es wurde allgemein anerkannt, daß die Quelle aller Macht bei den Volksmassen zu finden ist und daß die Regierung im letzten Grunde von der Zustimmung des Volkes abhängt.

Mit dem neuen Rechte ausgerüstet, gingen die Arbeiter in die Wahlen, und im Jahre 1874 öffneten sich ihnen zum erstenmal die Tore des Parlaments.

Damals wurden die zwei Arbeiterführer Burt und Macdonald gewählt. Bei den folgenden Wahlen — im Jahre 1880 — kam noch Broadhurst hinzu. Fünf Jahre später waren bereits elf Arbeiter gewählt. Die Liberalen wurden durch diese Zunahme der parlamentarischen Arbeitervertreter ziemlich beunruhigt, und der alte Gladstone sprach mit seinen Freunden über das Steigen der demokratischen Flut. Aber „der große alte Mann“ fand einen Ausweg: Er ernannte Broadhurst, den früheren Steinmetz, zum Unterstaatssekretär! Dies war der erste Arbeiter, der in ein englisches Ministerium berufen wurde.

Man muß gestehen, daß Gladstones Wahl keine schlechte war. Bei der Beratung über die Miners' Eight Hours Bill (Gesetzesvorlage betreffend den Achtstundentag für Bergleute) stimmte der proletarische Unterstaatssekretär gegen die Vorlage. Aber schon einige Monate später ereilte ihn die Strafe: seine ministerielle Herrlichkeit, die im Januar 1886 begonnen hatte, war im August desselben Jahres zu Ende. Das Parlament wurde aufgelöst, und bei den Hauptwahlen unterlag Broadhurst. Von 1886 bis 1900 zeigte die Zahl der Arbeiterabgeordneten keine Zunahme, und es schien, als ob der ganze englische Arbeiterparlamentarismus ein Fiasco wäre. Aber durch die sozialdemokratische Agitation, den Dakerstreik im Jahre 1889 und den Aufstieg des von Sozialisten geleiteten „neuen Trade-Unionismus“ wurden der Arbeiterpolitik neue Wege gewiesen. Man war mit den bisherigen liberalen Arbeiterabgeordneten unzufrieden, und man wollte eine selbständige, von den bürgerlichen Parteien losgelöste Arbeiterpolitik, das heißt: Der Gedanke des politischen Klassenkampfes begann sich Bahn zu brechen. Im Jahre 1893 wurde die Unabhängige Arbeiterpartei gegründet, die zwar klein an Zahl blieb, aber die leitenden Männer zahlreicher Gewerkschaften heranzog und zu Sozialisten machte. Im Jahre 1894 wurde auf dem Gewerkschaftskongress zu Norwich eine rein sozialdemokratische Resolution angenommen, die allerdings nur eine symptomatische Bedeutung hatte. In den folgenden Jahren ward England von imperialistischen Wogen überflutet; die herrschenden Klassen rechneten nicht mehr mit den Arbeitern und begannen, das Gewerkschaftsrecht durch richterliche Urteile zu untergraben. So kam der 32. Jahreskongress der Trade-Unionisten (Plymouth, 1899) heran, auf dem der Sozialist James Holmes folgenden Antrag stellte:

„In Anbetracht der Notwendigkeit, die Arbeiterinteressen im Parlament besser zu vertreten, beauftragt der Kongress das parlamentarische Komitee (Generalommission), eine Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sozialistischen Organisationen einzuberufen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Zahl der parlamentarischen Arbeitervertreter erhöht werden könnte.“

Dieser Antrag wurde zur Resolution erhoben, und am 27. Februar 1900 fand die Konferenz in London statt, auf der das Labour Representation Committee gegründet wurde. Die neue Partei wuchs sehr rasch, besonders nach dem Taff-Bale-Entscheid vom 22. Juli 1901, der die Kassen der Gewerkschaften haftbar machte für alle Schäden, die den Unternehmern bei „illegal“ geführten Streiks entstehen.

Während der letzten vier Jahre war das Gewerkschaftswesen wie gelähmt, aber desto lebendiger war die gewerkschaftliche Arbeiterpartei. Im Jahre 1901 zählte sie 376 000 Mitglieder, ein Jahr später 470 000, im Jahre 1903 560 000. Sie war im Parlament durch vier Abgeordnete vertreten. Nun gab es 1900—1905 allerdings 13 Abgeordnete, aber 9 derselben waren politisch liberal und gehörten der Arbeiterpartei nicht an. Auf dem heute stattfindenden 6. Jahres-

kongress sind 921 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Sozialisten vertreten und haben im Parlament 29 Abgeordnete.

Ueber die Politik der Partei sowie über die sozialistischen Diskussionen, zu denen die ersten Entwicklungsjahre der Partei den Anlaß gaben, findet der Leser manches im bereits erwähnten Leitartikel des „Vorwärts“ vom 11. Februar 1904. Die Kongressverhandlungen und die Debatten der nächsten parlamentarischen Session werden Gelegenheit bieten, auf diese Politik und die Ziele der Partei weiter einzugehen. Hier sollen nur noch der Jahresbericht der Partei und die eingelaufenen Resolutionen besprochen werden.

In dem soeben herausgegebenen „Bericht des Vorstandes über das Jahr 1905—06“ wird gesagt:

„Sechs Jahre sind nun verfloßen, seitdem sich die Partei konstituierte — in derselben Halle, in der wir uns am Morgen des Sieges zu unserem sechsten Kongresse versammelten. Die Gewerkschaftler und Sozialisten des vereinigten Königreiches beschloßen damals, daß die Zeit gekommen sei, einen Anteil an der Regierung unseres Landes zu verlangen. . . . Die sechs Jahre der Propaganda und Vorbereitung sind nicht nutzlos verschwunden worden. Die Arbeiterpartei, die im letzten Parliamente nur vier Vertreter hatte, kehrt jetzt mit 29 zurück. Die Politiker aller Parteien begreifen nun plötzlich, daß ein neuer politischer Faktor erschienen ist und daß die organisierte Arbeiterklasse als politische Macht die leichtlebigen Herren der alten Schule bedroht, die so lange auf den grünen Sesseln von St. Stephen schlummerten. Jedermann fragt jetzt: „Was hat dies alles zu bedeuten? Was will denn die Arbeiterpartei? Was wird sie tun?“ Die Antwort wird zur richtigen Zeit gegeben werden. Aber eines ist inzwischen klar. Eine neue Partei, die ihren Kandidaten setzen lassen kann in dem historischen Wahlkreis von Rochdale-on-Tyne, wo sie ihm eine der höchsten Stimmengahlen des ganzen Landes verschaffte, eine Partei, die Siege erobert kann in Bradford und Glasgow, in Dundee und in London, und zwar gegen die Kandidaten der Liberalen und der Konservativen — eine solche Partei hat eine Zukunft und wird Geschichte machen. Die organisierte Arbeiterklasse ist sich endlich ihrer Macht bewußt geworden und hat sie zu gebrauchen gelernt.“

Der Bericht bietet sodann eine Uebersicht über die Wahlergebnisse und sagt:

„Im Unterhause gibt es nunmehr eine Arbeiterpartei, und unsere Wahlerfolge werden als das merkwürdigste Ereignis der letzten Monate betrachtet. Das Schicksal unserer Bewegung hängt nunmehr nicht nur von unserer Agitation ab, sondern auch von unseren Leistungen im Parliamente.“

Die Partei setzte im Berichtsjahre 4 400 000 Flugblätter ab. Ueber den trefflichen Inhalt dieser Schriften findet der Leser einiges im „Vorwärts“ vom 10. November 1905. Die Partei stellte 50 Kandidaten auf, davon siegten 29. Die Gesamtzahl der in diesen Wahlkreisen abgegebenen Stimmen belief sich auf 859 518, davon erhielten die Arbeiterkandidaten 323 195 oder 37 Prozent.

Wenn man diesen Bericht liest, so kommen einem unwillkürlich die Jahresberichte der Trade-Unionkongresse in den Sinn. Letztere enthalten nichts weiter als abgedroschene liberale Phrasen, während im Berichte der Arbeiterpartei neues Leben pulsiert.

Dem Kongresse liegen mehrere Resolutionen vor, die sich mit Parteipolitik und allgemein kulturellen Fragen beschäftigen. Vor allem wünscht der Vorstand, daß der alte Name „Labour Representation Committee“ fallen gelassen werde zugunsten der Bezeichnung „Labour Party“, Arbeiterpartei. Ferner Resolutionen über striktere Fassung des Statutenparagraphe betreffend politische Selbstständigkeit der Partei; Wiederherstellung des alten Gewerkschaftsrechts, das heißt: Abschaffung des Taff-Bale-Entscheid; Rechtmäßigkeit des friedlichen Picketings (Streikpostenstehens); Allgemeines Wahlrecht; Steuerreform, Abschaffung aller indirekten Steuern; schärfere Heranziehung des „unverdienten Zuwachses“; Wohnungsreform durch kommunale Tätigkeit; Verweltlichung der Schule und Uebertragung der Erziehungs-kosten von der Gemeinde auf den Staat; Erhaltung der Schulkinder aus öffentlichen Mitteln; Verkürzung der Arbeitszeit der Badengehülfen; Achtstundentag für Arbeiter in Fabriken, Minen usw.; Minimallohn; Gründung eines täglich erscheinenden Arbeiterblattes.

Nach Schluß des Kongresses findet heute abend in Queens Hall eine Siegesfeier der Partei statt, zu der auch fremde Genossen geladen sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar.

Kleinkrieg im Reichstage.

Das Gesetz, die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 20 und 50 M. wurde zum Reichswesen Arendts, des intimen Reiders der Reichsbank, ohne Debatte in 2. Lesung nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Dann begann der Kleinkrieg zu den einzelnen Titeln des Etats für das Reichsamt des Innern. Genosse Lindemann monierte beim Kapitel Statistisches Amt die verkehrte Anlage einer Statistik über Arbeitslosigkeit im „Reichsarbeitsblatt“ und stellte die Forderung einer monatlichen Aufnahme der Erhebungen, die nach Berufen und nach Landesteilen zu gliedern ist, damit die Statistik nicht unvollständig und unzuverlässig bleibe.

Zur Sicherung eines guten Schlusses, dem die Natur und nicht chemische Kultur Geschmack und Bekömmlichkeit verleide,

ist von einer Reihe Weinbesessener ein Antrag zum Kapitel Gesundheitsamt eingebracht, der eine Revision des Weingesetzes mit dem Ziel der Unterdrückung jedweder Weinpontscherei verlangt. Eine große Korona von Rednern trat mit gewaltiger Entrüstung gegen jede Verfälschung des edlen Rebenblutes auf. Sont und Sonders setzten sie den ehemaligen Kollegen Sartorius den Qualen ihrer Kritik offener als seiner ganz gemeinen Diskreditierung des Pfälzer Gewässers aus. Auch unser Genosse Ehrhart ließ eine mit scharfen und witzigen Bemerkungen gewürzte Rede vom Stapel, in der er auch dem sonst hoch geschätzten edlen Musbacher zu seiner alten, von Sartorius geschändeten Ehre zu verhelfen suchte. Unisono forderten alle, gegen die Schmach der Pontscherei eine reichsgesetzliche Zuchtstrafe zu binden, damit die wein-lüsterne Gauen vor dem trüben G'öff der Pontscherei und die Weinberge vor dem unlauteren Wettbewerb der Chemie im Keller bewahrt bleiben.

Graf Wladowsky suchte die Empörer durch die Empfehlung einer schärferen Weinkontrolle auf Grund des jetzigen Weingesetzes zu befähigen; im übrigen mahnte er jedoch zur Mäßigung — nicht im Trinken, sondern im Reden —, denn es sei so fortjämmerlich übertrieben worden, daß all die schönen, reinen Naturweine dadurch in Mißkredit gebracht würden. Ob die Mahnung helfen wird, muß der moralische Tag zeigen: es stehen noch eine ganze Reihe Weinbesessener und Freunde eines guten Tropfens auf der Rednerliste.

Das „Programm“ des neuen Handelsministers.

Nachdem das Abgeordnetenhaus am Mittwoch in einer Abend Sitzung die Beratung des Vergetats erledigt hatte, gab es am Donnerstag bei der Generaldebatte zum Handelsetat dem neuen Minister durch zahlreiche Anfragen Gelegenheit, sein Programm zu entwickeln. Im Grunde genommen wiederholte Herr Delbrück nur das, was er bereits in der vorhergehenden Debatte gesagt hatte. Bei dem schnellen Ministerwechsel in Preußen kann man ja nicht wissen, wie lange Herr Delbrücks Ministerherrlichkeit währt, aber das eine steht jetzt schon fest, daß nennenswerte Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialreform von ihm ebensowenig zu erwarten sind wie von seinen Amtsvorgängern. Der Minister muß anerkennen, daß die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten sich bewährt haben, aber trotzdem will er von einer Vermehrung ihrer Zahl — zurzeit sind 4 Tamen in der Gewerbeaufsicht tätig, eine in M-Glabach und drei in Berlin — nur sehr bedächtig vorgehen. Der Minister muß die großen Mißstände auf dem Gebiete der Heimindustrie anerkennen, aber radikale Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mißstände schlägt er nicht vor. Er hat lobende Worte für die Fabrikinspektoren übrig, verlangt aber, daß sie die Arbeiterausbestimmungen in einer Weise durchführen, die die Unternehmer nicht mehr als nötig belastet! Er erklärt entschieden, daß ein Stillstand in der Sozialreform nicht zu erwarten ist, stellt sich aber gleichzeitig auf den Standpunkt, daß man die Senne nicht schlachten darf, die die goldenen Eier legt — mit anderen Worten, daß man der Industrie keine zu hohen Lasten auferlegen soll. Herr Delbrück hofft, daß er mit diesem „Programm“ der Sozialdemokratie Abbruch tun kann. Wir wollen ihm seinen Glauben nicht rauben.

Alles in allem: Es wird auch unter dem neuen Minister für Sozialpolitik in Preußen beim alten bleiben. Der Schneefang der Sozialpolitik wird andauern, es soll fortgewürfelt werden.

Die Diplomaten.

Dem sein Verstand lieb ist, der tut am besten, sich in diesen Tagen nicht allzusehr mit der Marokkokonferenz und den Dingen, die drum und dran hängen, zu beschäftigen; denn es künftigen so viele und dermaßen von einander abweichende Lesarten über die Aussichten der Verhandlungen im diplomatischen Kaffeeständen zu Algiciras, daß man am besten den Versuch von vornherein aufgibt, sich durch dieses Tobwabohu hindurchzuarbeiten. Alle Schattierungen von sicherer, ganz sicherer, allerhöchster Information sind vorhanden, und dementsprechend wissen die Zeitungen je nach ihrer Parteistellung, ihrer Rationalität und ihrer — Interessensphäre über die Chancen der internationalen Konferenz zu urteilen. In den sanftesten Blüten-tönen pfeift und die eine ein Lied vor mit dem Refrain: Holder Friede, süße Eintracht — alles in schönster Ordnung, Deutschland und Frankreich liegen sich friedlich in den Armen und tun alles, was sie einander nur irgend an den Augen abgesehen vermögen. Schmetternd schießt eine andere Zeitung in die Drommete und brüllt in die Lande: Krieg! Krieg! Die Konferenz muß und wird über die Versuche zur Regelung der marokkanischen Polizeiverhältnisse stolpern. Die Schlichtungs Bemühungen Amerikas und anderer neutraler Staaten müssen scheitern. Deutschland kann keine andere Konsequenz ziehen als den Krieg; denn es hat die Einberufung der Konferenz veranlaßt; es würde seinem „Prestige“ schaden, wenn die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden müßten. Und dergleichen Unsinn mehr.

Die ganz Schläuen, die einmal etwas von der berühmten „mittleren Linie“ gehört haben, entdecken gar einen „mittleren Boden“, auf dem Deutschland und Frankreich, nachdem ein schmerzliches Ungewitter über den Häuptern beider dahingezogen ist, schließlich doch noch zu friedlichem Tanze vereinigt werden wird.

Wie gesagt — wir wollen den Diplomaten hüben und drüben nicht die Mäße abnehmen, alle diese und noch viele andere Kombinationen zu erwägen. Aber eins ist zu beachten: Es verlaute, der bisherige französische Gesandte in Tanger, Taillandier

folle von seinem Posten abberufen werden. So unscheinbar diese Mitteilung klingt, so wichtig ist gerade sie im Gegensatz zu den vielen oben verzeichneten Gerüchten; denn wenn die Nachricht sich bewahrheiten sollte, so würde dadurch bewiesen sein, daß Frankreich nicht so ängstlich auf sein „Prestige“ bedacht ist wie Deutschland, und daß es damit der Erhaltung des Friedens in hervorragender Weise dient.

Wenn der Hauptinhalt des französischen Gelbbuches noch innerlich ist, der wird wissen, daß einer der wesentlichsten Differenzpunkte auf die Person St. René Tailandiers Bezug hatte. Dieser soll sich unbefugterweise auf ein europäisches Mandat berufen haben, und dadurch ganz besonders soll Wilhelms II. — also auch Bülow — Zorn erregt worden sein.

Wenn nun die französische Regierung diesen Mann seines Postens enthebt, so beweist der sonst und an sich durchaus anscheinbare Akt im jetzigen Stadium der Verhandlungen ganz zweifellos ein Maß von klüher Besonnenheit und bewundernswürdiger Selbstverleugnung, wie sie bei starken Staaten selten zu finden sind. Frankreichs Einlenken wäre um so lobenswerter, als ja Deutschland in Algerias fast isoliert ist und alle Mächte, die überhaupt etwas zu bedeuten haben, entweder — wie Amerika — ehrlich neutral zu sein scheinen oder aber auf Frankreichs Seite stehen. So gewinnt denn die an sich nebensächliche und gleichgültige Abberufung Tailandiers eine eminent politische Bedeutung.

Man kann und darf nun einmal die Gefühle und die Gedanken der edlen Diplomatenjüngler nicht mit dem Maßstabe alltäglichen gesunden Menschenverstandes messen. Und darum ist und bleibt Frankreichs Entschluß, Tailandier abzuberufen, so überaus bemerkenswert — vorausgesetzt natürlich, daß die Mitteilung nicht etwa aus der Luft gegriffen ist! —

In der Sackgasse!

Die Regierung sieht sich durch ihren agrarökonomischen Kurs gezwungen, zur Vermeidung eines offenen Zollkrieges sich in steigendem Maße zur Abschließung sogenannter Handelsprovisorien zu bequemen. Schon seit 1898 besteht zwischen Deutschland und Großbritannien mit seinen Kolonien kein Handelsvertrag mehr. Der Handelsverkehr zwischen beiden Mächten vollzieht sich auf Grund eines Provisoriums, einer Verlängerung des früheren Meistbegünstigungsvertrages, deren Frist bisher alljährlich erneuert wurde, nämlich aber vom Reichstag bis zum 31. Dezbr. 1907 ausgedehnt worden ist. Jetzt denkt die Regierung in ihrer Verlegenheit auch mit der nordamerikanischen Union, die nächst England mit Deutschland den größten Handelsverkehr unterhält, ein derartiges Provisorium abzuschließen; denn das bisherige von der deutschen Regierung gekündigte Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten läuft am 1. März dieses Jahres ab und die Erneuerung eines neuen Vertrages bis zu diesem Termin erscheint völlig ausgeschlossen. Das Erlöschen des Abkommens am 1. März aber würde nicht, wie von agrarischer Seite behauptet wird, einfach zur Anwendung des neuen deutschen Generaltarifes auf die Einfuhr amerikanischer Produkte in Deutschland und zum Entzug der Vergünstigungen des Abschnittes III der Dingley-Bill für die in das Vereinigte Staaten-Gebiet importierten deutschen Waren führen, sondern zu einem beiderseitigen Zollkrieg. Es ist ganz sicher, daß die Panzerei mit einer sogenannten „Retaliation“, einer Wiedervergeltung, d. h. mit Zollzuschlägen auf die von Deutschland in die Union eingehenden Waren sowie mit der Aufhebung aller der deutschen Schifffahrt zugestandenen besonderen Vergünstigungen antworten würden. Bekanntlich arbeiten bereits die hochschützöllnerischen Gruppen des amerikanischen Kongresses daran, die Washingtoner Regierung mit dem erforderlichen Kampfmateriale für einen solchen Zollkrieg auszurüsten. Im Repräsentantenhaus hat Mc Cleary (Minnesota) eine sogenannte Retaliation-Bill eingebracht, die vorschlägt, die Erzeugnisse derjenigen Länder, welche die amerikanischen Waren nach ihren Maximaltarifen verzollen, mit 25 prozentigen Zollzuschlägen zu belegen. Und einen ähnlichen Antrag hat im Senat Dr. Lodge (Massachusetts) eingebracht. Daß solche Zollmaßnahmen der amerikanischen Regierung aber gebührend von Deutschland hingenommen würden, erscheint ausgeschlossen. Die deutsche Regierung würde sich genötigt sehen, auf Grund des § 10 des neuen Zolltarifgesetzes von amerikanischen Produkten, die in das deutsche Zollgebiet eingeführt werden, ebenfalls Zollzuschläge zu erheben. Ein heftiger Zollkrieg wäre also die unvermeidliche Folge.

Um diesem Zollkrieg vorzubeugen, denkt die deutsche Regierung an den Reichstag mit der Forderung heranzutreten, dem Bundesrat Vollmacht zur Vereinbarung eines Provisoriums für den Handelsverkehr mit Amerika zu erteilen, wie es heißt zunächst auf ein Jahr. Durch dieses Provisorium sollen vorläufig den Vereinigten Staaten sämtliche den Vertragsstaaten Russland, Desterreich, Italien, Rumänien, Belgien, der Schweiz usw. eingeräumten Ermäßigungen des deutschen Zolltarifs zugestanden werden ohne eine andere Gegenleistung von amerikanischer Seite als die bisher Deutschland gewährten Vorteile. Zwar ist noch nicht gewiß, ob Amerika gewillt ist, einem solchen provisorischen Abkommen zuzustimmen. Die in Deutschland die Agrarier im Interesse ihres Profits gar zu gern sähen, daß Deutschland mit der Union in einen Zollkrieg geriete, so gibt es auch drüben eine starke Partei, besonders im Senat, die jeder Verständigung beider Mächte entgegenarbeitet. Schließlich dürfte aber auch drüben die ruhige Erwägung über die Profitlucht die Oberhand behalten.

Besser als ein Zollkrieg ist ein solches Provisorium immerhin, doch bedeutet es alles eher, denn einen Erfolg der deutschen Regierungsdiplomatie, selbst dann nicht, wenn tatsächlich die amerikanische Regierung, wie verlautet, eine Abstellung der von den amerikanischen Zollabfertigungen bei der Verzollung deutscher Waren beliebten Schikanen verspricht. Denn ein solches Versprechen ist in Anbetracht der amerikanischen Verzollungsbestimmungen nahezu wertlos. Tatsächlich gewährt Deutschland Uncle Sam seinen neuen Vertragstaxi — ohne von diesem irgend eine neue Zollvergütung zu erhalten. Und dieses beiderseitige Verhältnis wird sich zu einem dauernden gestalten. Mag auch der New Yorker Mitarbeiter der „Kreuz-Zeitung“ von dem Noth geleitet werden, im agrarischen Interesse den Zollkrieg zu führen, so hat er doch vollkommen recht, wenn er in der heutigen Morgennummer meint, daß, falls die deutsche Regierung auf diesen Kompromiß mit der Union eingeht, sie auch künftig nicht mehr erlangen wird. Das Provisorium wird voraussichtlich, wie das englische, von recht langer Dauer sein und, wenn es an eine Frist gebunden wird, noch recht oft verlängert werden müssen.

Die Regierung ist, wie vorausgesehen war, mit ihrer Handelspolitik gegenüber der Union in eine Sackgasse gelangt. Wollte sie Zollermäßigungen für die deutsche industrielle Einfuhr in die Union herauszuschlagen, dann müßte sie unter Verächlichkeit der Gegenseite zwischen den verschiedenen amerikanischen Erwerbsgruppen das Interesse der einen Gruppe gegen das der anderen auszuspielen. Vornehmlich hätte sie versuchen müssen, die landwirtschaftlichen Interessenten der West- und Südstaaten für ihre Forderung einzuspannen, indem sie diesen besondere Zollermäßigungen für ihre Ausfuhrprodukte: für Weizen, Mais, feines und getrocknetes Obst usw. in Aussicht stellte. Haben auch zurzeit die industriellen Hochschützöllner drüben die Hebermacht, so ist doch keineswegs der Einfluß der ackerbaureibenden West- und Südstaaten zu unterschätzen. Daß sie sich aber für die

agrarischen Vertragsföhe des neuen deutschen Tarifes besonders ins Gesicht schlagen sollen, läßt sich nicht verlangen, denn diese neuen Vertragsföhe sind viel höher als jene, zu denen bisher die amerikanischen Produkte in Deutschland eingeführt werden konnten. Zudem hätte die deutsche Regierung versuchen müssen, in die Pfalzang der amerikanischen Hochschützöllner durch einen Keil zu treiben, daß sie einen Teil der großen Ertrags für ihre Absichten einbringen, indem sie z. B. den Deitrust dadurch an den Abschluß eines deutsch-amerikanischen Regiprozentsvertrages interessierte, daß sie sich zur Ermäßigung des Petroleumzolls verstand. Und ebenso hätte sie die Fleischexport-Kompagnie durch das Zugeständnis einer Revision der deutschen Fleischimportverbote und -Beschränkungen zu gewinnen suchen müssen.

Nach der Handelslage beider Länder vermag Deutschland nur dadurch Ermäßigungen der amerikanischen Zollsätze auf Industriewaren deutscher Herkunft zu erreichen, daß es die Einfuhr amerikanischer Lebensmittel in das deutsche Zollgebiet erleichtert, das heißt sich zur Herabsetzung der Zölle für diese versteht. Dazu veripürt jedoch die Regierung keine Neigung. Weit höher als das Interesse der deutschen Arbeiter und Exportindustrie steht ihr das Interesse der Agrarier an hohen Preisen für landwirtschaftliche Produkte. Diese Preise dürfen in keinem Falle durch eine Verbilligung der ausländischen Lebensmittelzufuhr gedrückt werden, weit eher kann der industrielle deutsche Arbeiter auf ausreichende Nahrung und auf Beschäftigung verzichten. —

Deutsches Reich.

Das Ergebnis der Wahl in Chemnitz

läßt sich immer noch erst nach vorläufigen Resultaten feststellen, da amtliche Ziffern bisher nicht vorliegen, die anderen Mitteilungen aber untereinander differieren. Die freisinnige Presse sieht in dem Wahlausgang einen Rückgang der Sozialdemokratie, schlußfolgert aber: der Freisinn marschiert. Rein äußerlich möchte das allerdings so scheinen, denn unsere Stimmen sind von 34 266, die auf Schippel fielen, auf 31 628 zurückgegangen, die der Freisinnigen von 3703 auf 9052 gestiegen. Der freisinnige Kandidat hat rechnermäßig alle die Stimmen gewonnen, welche Nationalliberale und Sozialdemokraten verloren haben. Was die sogenannten „Nationalliberalen“ anbelangt, so ist jedoch zu erwägen, daß es sich um eine konservativ-nationalliberale Mischung-Kandidatur handelte. Was die bejüngene Werbekraft des Liberalismus anbelangt, so dürfte diese bei den gewonnenen Stimmen aus nationalliberalem Lager sich vielmehr als Abneigung gegen das reaktionäre Kartell, denn als Sinneigung zu den liberalen Ideen erweisen. Bei dem Abgang der sozialdemokratischen Stimmen spricht etwas Ähnliches mit. Rein vom Standpunkte des Augenblick-Erfolges betrachtet, hat vielleicht die Politik unseres früheren Kandidaten, des Genossen Schippel, viel für sich. Er hat zweifellos eine große Zahl von Stimmen aus bürgerlichem Lager erhalten, aus den Reihen der Leute, die nicht dem Sozialdemokraten, sondern dem scharfen Oppositionsmann, dem Gegner des gegenwärtig beliebten Regimes ihre Stimme gaben. Diese Gefolgschaft nun ist uns in Chemnitz verloren gegangen. Wir haben hier durch den Kandidatenwechsel das interessante Experiment machen können, die Witzläufer aus diesen Reihen zu zählen, die Leute, die in Schippel den Mann ihres Vertrauens wählten, die jedoch den Vertreter der Sozialdemokratie in Noskes Person nicht wählen mochten. Hier zeigt sich an demselben Beispiel aber auch die Gefahr der Schippelschen Politik. Eine Partei wie die unsere ist darauf angewiesen, ihre Anhänger zu zählen und zwar die verlässlichen Anhänger. Die Politik aber, welche nur unzuverlässige Witzläufer heranzieht, täuscht uns über die eigene Stärke. Und eine Ueberschätzung der eigenen Kraft wäre das schlimmste, was einer angreifenden Partei, wie der Sozialdemokratie, passieren kann. — Die Wahl in Chemnitz hat uns also eine bemerkenswerte Aufklärung gebracht. Daß wir trotz dem mit ihr zufrieden sein könnten, vermögen wir bei alledem nicht zu sagen. In der Zeit einer so tiefen politischen Erregung, wie die gegenwärtige ist, hätten wir positive Erfolge in Chemnitz erwarten dürfen, kein bloßes Festhalten am unentzerrbaren Besitzstand. —

Die Wahlrechtsfrage.

Während die Zentrumsfraktion jede energische Agitation für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ablehnt, findet man in dem Teil der Zentrumsfraktion, der auf seine Abonnenten in der Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen hat, oft ganz richtige Ausführungen über die Notwendigkeit dieses Wahlrechts. So schreibt z. B. die „Köln. Volksztg.“:

„Wenn man mit „Scharfmachern“ über solche Dinge spricht, so muß man hören, daß alles von der „sozialdemokratischen Verheugung“ komme. Ohne diese, hört man sagen, würden die Arbeiter gar nicht an das preussische Wahlrecht denken, sie würden überhaupt beschneiden sein und sich vielmehr gefallen lassen. Ich muß demgegenüber bemerken, daß nach meinen langjährigen Erfahrungen und Beobachtungen, die ich sowohl in Städten wie auf dem platten Lande gemacht habe, der Hauptgrund ganz anderswo liegt. Er liegt in dem hohen Stande der allgemeinen Volksbildung. Die Leute wollen sich nichts mehr gefallen lassen, weil sie sich den Angehörigen der „gebildeten Klassen“ nicht bloß gleichberechtigt fühlen, sondern auch einsehen, daß sie es ihnen unter Umständen an allgemeiner Bildung gleich tun können.“

Kurz und gut: wenn die Scharfmacher an dem allgemeinen Wahlrecht in Preußen vorbeikommen wollen, so müßten sie es verstehen, die breiten Volksmassen so umzuformen, daß sie wieder so beschneiden, so einmühtig und so furchtbar werden, wie vor 50 Jahren der „Juttmann“ in Pommern und Mecklenburg war. Wenn ihnen das gelänge, dann könnte das Dreiklassenwahlrecht noch lange vorhalten. Aber der geschickte, selbstbewußte Arbeiter von heute, der sich zum Entzerr der Scharfmacher für ebenso klug h. l. wie z. B. ein Mitglied des hohen Herrenhauses, dem kann niemand eine solche Deklassierung im Wahlrecht noch lange bieten.“ —

Lehrkurse für Schweinefütterer hat der Landwirtschaftsminister v. Boddielecki auf seinem Gute Karstädt errichtet und eröffnet. Die Kurse sollen, wie es heißt, dazu dienen, die Landwirte in der Aufzucht und Fütterung der Schweine zu unterrichten. Der Unterricht dauert drei Monate. Am Schluß des Lehrganges wird eine Prüfung abgehalten. Schüler, die den Lehrcursus mit Erfolg besucht haben und darauf zwei Jahre zur Zulieberei ihres Arbeitgebers in einem Betriebe mit Schweinehaltung tätig gewesen sind, können nach nochmaliger kurzer Prüfung in der Versuchstation Karstädt von der brandenburgischen Landwirtschaftskammer, deren Aufsicht die Lehrkurse unterstellt sind, den Titel „geprüfter Schweinefütterer“ erhalten.

Boddielecki scheint tatsächlich mit seinem Rücktritt zu rechnen und sich deshalb beizeiten nach einem anderen angemessenen Betätigungsfeld für seine geistigen Gaben umzusehen. —

Zeitungs-Kampf.

Die „Staatsb.-Ztg.“ kündigt jetzt selbst an, daß sie durch notariellen Vertrag vom heutigen Tage in den Besitz der Zeitung „Das Reich“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung übergegangen ist.

Diese Kündigung des Verlages, sagt das Blatt, bedeutet für die „Staatsbürger-Zeitung“ keinen Wechsel ihrer politischen Haltung und ihrer deutschen nationalen Bestimmung auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens. In ihrer alleingebürgerten Art erscheint die „Staatsbürger-Zeitung“ unverändert wie bisher weiter; nach wie vor wird sie bestrebt sein, das alte Programm der Berliner Bewegung

Christentum, Vaterland, Monarchie,

zu befolgen; nach wie vor wird sie für die soziale Reformarbeit für alle bedürftigen Stände unseres Volkes eintreten; nach wie vor sollen die Wünsche der wirtschaftlich Schwachen, besonders die des Mittelstandes, in ihr eine kräftige Fürsprecherin finden, die ohne Scheu nach oben und unten ihre Meinung sagen und durchzusetzen versuchen wird.“

Wir glauben schon, daß die „Staatsbürger Zeitung“ sich im neuen Verlag nicht sonderlich verändern wird — schon deshalb nicht, weil sie in ihrer „alleingebürgerten Art“ nicht mehr viel tiefer sinken kann, als bisher. —

Spiritus-Zentrale.

Die kontrabitorischen Verhandlungen über die Spirituszentrale, die in vergangener Woche stattfanden, haben, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, zu heftigen Zusammenstößen zwischen den an den Verhandlungen teilnehmenden Interessenten geführt. Die Anhänger der Zentrale haben den Versuch gemacht, durch lange Ausführungen den Gegnern das Wort möglichst zu beschneiden. Es wurden in den Verhandlungen sehr scharfe Angriffe auf die Preispolitik der Zentrale gerichtet. Man warf ihr rücksichtsloses Vorgehen in der Erhöhung wie der Ermäßigung der Preise vor, so daß ihre Abnehmer vollständiger Willkür preisgegeben waren. Diese Klagen wurden nicht nur vom Destillateurgewerbe, sondern besonders auch von den Rad- und Parfümeriefabrikanten erhoben. Die Abholung von Spiritus zu Schnuppreisen in das Ausland habe dort zur Errichtung von Konkurrenzfabriken geführt und die deutschen Unternehmungen schwer geschädigt. Die Vertreter der Zentrale sagten unter dem Druck dieser Anklage Abänderung zu, schränkten aber später dieses Zugeständnis dahin ein, daß eine Abänderung erst 1908 eintreten könnte. —

Serenissimus als Erfinder.

Aus Kiel wird gemeldet: Die angestellten Veruche mit dem auf dem neuesten Hochseetorpedoboot „S 131“ eingebauten Rißpropeller, der vielbesprochenen Erfindung des Großherzogs von Oldenburg, haben einen befriedigenden Verlauf genommen, wenn auch eine Steigerung der Geschwindigkeit noch nicht erzielt wurde.

Es scheint also die Sachverständigen zu befriedigen, wenn das Boot mit dem neuen Propeller nicht langsamer läuft, als vorher. —

Herr Redakteur Kammer von der „Staatsbürger-Zeitung“ sendet uns eine Zuschrift, in der er bekennt, am 21. Januar mit sechs seiner Genossen bewaffnet nach den „Linden“ gezogen zu sein. Er wäre an diesem Tage überhaupt nicht unter den Linden gewesen.

Herr Kammer fügt hinzu: „Derartige Worbüstrumente, wie Sie mir andichten, habe ich seit Monaten überhaupt nicht in der Hand gehabt. Außerdem bin ich an dem betreffenden Tage nur mit einem Herrn und nicht mit sechs zusammengewenen.“

Dies zur Kennzeichnung der trüben Quelle, aus der Sie Ihre sensationelle Mitteilung schöpften; ich erwarte von Ihrer Loyalität, daß Sie in der nächsten Nummer des „Vorwärts“ die gegen mich gerichteten Verleumdungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen, auch ohne daß ich mich erst noch auf den § 11 des Preßgesetzes berufen brauche.“

Der Stil sieht allerdings stark nach Umgang mit Rebellen aus. — Uebrigens war unsere Mitteilung durchaus nicht „sensationell“; was Herr Kammer jetzt ableugnet, hatten seine Gesinnungsfreunde doch vor dem 21. Januar angekündigt! —

Die Hamburger Bürgerschaft in Rötten.

In der sich des Lobes aller Reaktionäre und Scharfmacher erfreuenden republikanischen Volksvertretung wurde am Mittwochabend die Spezialdebatte über das Wahlgesetz für die Wahlen zur Bürgerschaft eröffnet. Wie schon telegraphisch berichtet, gedankt die Wahlrechtsübermehrheit „schnelle Arbeit“ zu machen, nachdem dazu durch die bereits vom Senat sanktionierte Verfassungsänderung die Bahn frei gemacht ist. Alle verfassungs- und geschäftsordnungsmäßig zulässigen Widerstände werden als unliebsame Störung des Volkserwerbsverfahrens betrachtet. Wie der Verlauf der Debatte beweist, schwebt den parlamentarischen Vertretern der Hamburger Bürgerschaft das seinerzeit von der berechtigten Vollmehrheit im Reichstage beliebte „abgefürzte“ Verfahren vor, um den Raub schnellstens in Sicherheit zu bringen. — Die von Dr. Wenke (Rechte) beantragte Zurückstellung der Vorlage, bis erst weitere Wirkungen des jetzigen Wahlgesetzes vorlägen, wurde mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt.

Genosse Emil Fischer wandte sich gegen den § 1 der Vorlage, weil derselbe eine Erweiterung des Notabelnwahlförpers enthalte, und beantragte unter großer Unruhe geheime Abstimmung über diesen Paragraphen, die mittels Kugeln vorgenommen werden muß. Das steht in der Verfassung und kann daher nicht auf geschäftsordnungsmäßigem Wege beseitigt werden. Da eine solche Abstimmung eine gute halbe Stunde in Anspruch nimmt, so ergibt ein leichtes Rechenexempel, wie viele Sitzungen erforderlich sind, um, wenn jedesmal geheime Abstimmung beantragt wird, das aus 42 Paragraphen bestehende Wahlgesetz zu verabschieden. Mit 99 Weissen gegen 33 schwarze Kugeln wurde § 1 angenommen.

Zu § 2, der die Wahlberechtigung festsetzt, beantragte Dr. Brabant (Rechte) hinzuzufügen, daß die in den letzten drei Jahren wegen Steuerhinterziehung bestraften nicht wahlberechtigt sein dürfen. Er bezeichnet diesen Antrag als eine sittliche Forderung. Steuerhinterziehungen kämen bis in die höchsten Steuerklassen hinein vor. (Unruhe.) Wer nun wegen Steuerhinterziehung bestraft und in eine höhere Steuerstufe als 2500 M. auf dem Zwangswege befördert werde, erhalte dann als Belohnung ein höheres Wahlrecht. Die Sozialdemokraten beantragten geheime Abstimmung. Nach kurzer Debatte beantragte Rohde (Linke), da ein neues Moment in die Debatte gebracht sei, das Gesetz an den Ausschuh zur nochmaligen Beratung zurückzugeben.

Sehr sittlich entzückt über die geheimen Abstimmungen tut der Häuptling der Grundeigentümer, Dr. Eddelbüttel, der den Antrag Rohde unterstützte, um eine en bloc-Abstimmung zu ermöglichen. Die geheimen Abstimmungen seien nur beantragt, um die Verhandlungen zu verzögern oder lächerlich zu machen. Das sei verwerflich. (Ruf: Dann war es früher auch verwerflich!) Der Herr faselte dann noch etwas über den Terrorismus der Sozialdemokraten, die sicher zu jedem Paragraphen geheime Abstimmung beantragen würden. Nach § 49 der Geschäftsordnung wünsche er die en bloc-Akademie der Vorlage. Genosse Stolten hält

Dies für unzulässig, weil der Antrag zu spät eingereicht wäre.

Der Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuss wurde angenommen. Also im Ausschuss sollen weitere finstere Pläne geschmiedet werden.

„Naive“ Parlamentarier.

In der Zweiten badischen Kammer richtete auf Grund privater Mitteilungen der sozialdemokratische Abg. Lehmann an den Minister des Innern Dr. Schenkel die Anfrage, ob es richtig ist, daß auch in Baden — ähnlich wie im Elsaß — eine Liste von Personen geführt wird, die beim Ausbruch eines Krieges in Gewahrsam zu nehmen sind. Der Minister meinte, auf diese Naivität — wenn man diese Eigenschaft bei einem Abgeordneten voraussetzen dürfe — weiterere er die Auskunft. Auch auf die Frage Gels, ob am 21. Januar die Militärbereditschaft im badischen Lande durch die Regierung angeordnet wurde, gab er die ungenügende Auskunft, daß mit der preussischen Regierung für die Hilfeleistung des Militärs bestimmte Vereinbarungen bestehen.

Aus dem bayerischen Landtage.

Die Mittwochssitzung eröffnete Ministerpräsident v. Podewils als erster Redner, um auf die gestrigen Ausführungen der Abgg. Geiger und Dr. Casselmann zu antworten. Er suchte seine Ausführungen in der Budgetdebatte so darzustellen, als hätte er durchaus nicht das verfassungsmäßige Recht des Landtages zu einer Besprechung der auswärtigen Politik bestreiten, sondern er habe nur erklären wollen, er halte eine derartige Besprechung im bayerischen Landtage für unangebracht, und zwar aus dem Grunde, weil, wenn auch der Bundesrat durch Bewilligungsbeschlüsse die Politik des auswärtigen Amtes sanktioniere, so sei doch der eigentliche Leiter der Reichsangelegenheiten, der daher im Reichstage allein in der ihm für richtig dänkenen Weise die Antwort auf Fragen nach der Führung der auswärtigen Politik geben könne, während die auswärtigen Minister der Einzelstaaten gerade in Rücksicht auf den Reichslandtag gezwungen wären, zu schweigen, und dieses Schweigen sehr mißdeutend werden könne. Im übrigen suchte v. Podewils die „eminente“ Bedeutung des auswärtigen Ausschusses im Bundesrate hervorzuheben, sowie die Berichte der bayerischen Gesandten und die in „reichster Fülle“ eintreffenden Mitteilungen des auswärtigen Amtes an die Regierungen der Einzelstaaten. Podewils verschleierte augenscheinlich, daß diese Mitteilungen immer erst eintreffen, wenn die Handlungen, die sie schildern, schon vollzogen sind, daß in diesen Mitteilungen aber nicht angefragt wird, ob etwa die Regierungen der betreffenden Staaten an diesen Handlungen etwas auszuüben haben; sie sind einfach dazu da, post festum das Handeln des Reichslandtags resp. der Persönlichkeit, die der eigentliche Reichslandtag ist, untertänigst durch ihre Zustimmung zu sanktionieren. Wenig glücklich war Podewils mit seiner Berufung auf die Rede Bismarcks vom Jahre 1868 in Riffingen. Er ging augenscheinlich sehr fehl, wenn er annahm, Bismarck habe damals nicht an die auswärtige Politik des Reiches, sondern nur an die innere Reichspolitik gedacht.

Genosse Bollmar betonte dann auch sofort, daß, wenn auch Podewils seine Stellung seit der Budgetdebatte wesentlich geändert hätte, er dennoch auch heute noch in einem sehr bedenklichen Irrtum über die Rechte der Einzelstaaten und ihrer Landesoberbefehlshaber in bezug auf die auswärtige Politik des Reiches sich befinde. Podewils habe die auswärtige Politik als eine vom freien Willen des Kaisers abhängige Sache bezeichnet. Eine derartige persönliche Leitung sei aber weiter nichts, als der Absolutismus in krasser Form, und es sei undenkbar, daß Deutschland im 20. Jahrhundert nach solchen Prinzipien regiert werden könnte. Was die Anfrage Casselmanns bezüglich der Auflösung des Landtages betreffe, so sei sie ganz überflüssig gewesen, da der Kompromiß zwischen Sozialdemokratie und Zentrum seinerzeit ganz allein auf der Grundlage geschlossen worden sei, daß nach Annahme des Wahlgesetzes die Kammer aufgelöst werde, und keine Partei Anstalten mache, von diesem Vertrag abzugehen. Auch die Erklärung des Ministers des Innern vor zwei Jahren zeichne deutlich, daß mit der Auflösung als mit etwas Bestimmtem gerechnet werde. (Podewils hatte in der heutigen Rede erklärt, die Regierung habe noch nicht dazu Stellung nehmen können, weil das Wahlgesetz in der Ersten Kammer noch zwei Fesseln zu passieren habe und schließlich auch noch der Genehmigung der Krone bedürfe.)

Der freisinnige Abg. Dr. Müller-Hof vertret in bezug auf die Kompetenzen des Landtages die gleichen Anschauungen seines Parteifreundes Dr. Casselmann. Er forderte weiter, daß möglichst schnell der Auslieferungvertrag gekündigt werde, den Bayern mit Rußland abgeschlossen hat, damit endlich das politische Asylrecht in Bayern wieder hergestellt werde.

Endlich bemerkte der Zentrumsführer Dr. v. Daller noch, daß auch seine Partei die Auflösung des Landtages wünsche, doch handle es sich dabei um ein Recht der Krone, in das die Kammer nicht eingreifen dürfe.

Zu allgemeiner Ueberraschung sah sich der Ministerpräsident nicht veranlaßt, ein zweites Mal das Wort zu nehmen. In der Spezialdebatte erklärte Genosse Müller unter Hinweis auf das diplomatische Kassefranzösischen in Algiciras, es müsse mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß unpopuläre, aus persönlicher Laune etwa angezettelte Konflikte keineswegs im Kriegsfall die Sympathie der Massen für sich haben können.

Ausland.

Oesterreich.

Ministerpräsidenten.

Wien, 15. Februar. (Abgeordnetenhaus.) Bei der fortgesetzten Verhandlung über die Rekrutenvorlage erklärte der Landesverteidigungsminister v. Schönau, er hoffe trotz der hochgehenden politischen Wogen auf Annahme der Vorlage. Solange der Militarismus, der auch bei uns keine Sympathie hat, besteht, ist es heilige Pflicht desjenigen, der die Verantwortung für die militärischen Einrichtungen trägt, auf Durchführung alles dessen hinzuwirken, was für die Schlagfertigkeit des Heeres unbedingt erforderlich ist. (Am sei es viel lieber, wenn die militärischen Forderungen auf Grund eingehender scharfer Prüfung bewilligt würden, als wenn sie mit fatalistischem Abschlüssen hingenommen würden. (Lebhafte Beifall.)

Gegenüber dem Abg. Scharnack, welcher behauptet hatte, daß der 1814 von Preußen inaugurierte Militarismus zu Rot und Glend der arbeitenden Schichten führe, „konstatierte“ der Minister: wer die Weltgeschichte verfolge, müsse zugucken, daß der Weg Preußens seit 1814 auf Höhen geführt habe, die diesen Ausblick wohl nicht gewähren. (Lebhafte Zustimmung.)

Frankreich.

Kostspielige Mordorganisation.

Paris, 14. Februar. (Fig. Ver.)

Im gestrigen Ministerrat teilte der Kriegsminister Etienne mit, daß er das Projekt der Errichtung des mobilen Gendarmierkorps bereits durchstudiert habe. Diese neue Truppe, die hauptsächlich in Streifzügen verwendet werden soll, wird im ersten Jahre „nur“ 1 700 000 Fr. kosten, später soll sich diese Ausgabe auf 3 300 000 Fr. erhöhen — die Pensionen nicht eingerechnet. Die Arbeiter werden also künftig jährlich über 3 Millionen mehr als bisher aufzubringen haben, damit der Bourgeoisstaat sie mit vollkommener Grausamkeit niederschlagen

lassen kann, wenn sie sich erklähnen um eine würdigere Lebenshaltung zu kämpfen.

Der Kolonialskandal.

Paris, 14. Februar. (Fig. Ver.) Die Regierung der „demokratischen“ Republik nimmt immer mehr die Sitten an, die bei unverantwortlichen Staatsleuten im Schwange sind. Ein Beispiel dafür lieferte der klägliche Ausgang der mit großem Aplomb unternommenen „Untersuchung“ der Verhältnisse im französischen Kongo. Als die Greuelthaten der Gaud und Loqu6 bekannt wurden, schickte die Regierung den berühmten Forscher Brazza nach Afrika. Der Bericht, den der sterbende Brazza mitbrachte, war für die französische „Kulturarbeit“ in Afrika so vernichtend, daß man schleunigst eine neue Kommission ernannte, die eine Untersuchung der kongoischen Unternehmung anstellen sollte. Und da die pessimistische Note im Brazzaischen Bericht offenbar davon herrührte, daß der Autor das Kongoaland zu gut kannte, so berief die Regierung in die Kommission lauter Leute, die eine mit Ignoranz ziemlich nahe verwandte — Unbefangenheit in bezug auf den zu untersuchenden Gegenstand aufwiesen. Die neue Kommission bestand aus den zufällig in Paris anwesenden Gouverneuren von Indochina, Madagaskar und Westafrika. Die Herren, in deren Wirkungskreis ja auch manche anscheinbare Dinge vorgekommen sein sollen, fanden denn auch, daß im Kongo beinahe alles gut sei.

Der von Brazza so sehr belästete Gouverneur Gentil geht nach dem Kongo zurück, und Herr Clementel, der Kolonialminister, beschloß — von der Ueberzeugung geleitet, daß man der Neugierde der Welt nicht noch mehr Vorschub leisten dürfe — die Akten der Brazzaischen Untersuchung entgegen einer früheren Zusage geheim zu halten. Aber auch die Verhandlungen der zweiten Kommission und selbst der vom Deputierten Lanessan ausgearbeitete Bericht werden nicht vorgelegt!

Nun steht die Verhandlung der von Herrn Rouanet eingebrachten Interpellation über die Kongoalände bevor, und die Regierung weigert sich, das zur Beurteilung der Verhältnisse notwendige Material zu liefern. Herr Clementel trägt lediglich — mit ziemlicher Breite — die Schülfe vor, die er aus den Akten gezogen hat. Sie laufen auf einige recht belanglose Verwaltungsreformen hinaus, sind aber an den entscheidenden Punkten sehr wortfroh. Das ist das erbauliche Ende der angekündigten „rücksichtslosen Untersuchung“. Herrn Savorgnan de Brazza hat man feierlich und pompös auf Staatskosten beerdigt, sein Werk wirft man in aller Hast in die Grube.

Ein neues Manifest der Antimilitaristen.

Paris, 14. Februar. (Fig. Ver.)

Die Antimilitaristen haben ein neues Manifest angekündigt, das sich in Inhalt und Ausdruck ziemlich mit demjenigen deckt, wegen dessen der Prozeß gegen Derv6 und Genossen angestrengt worden ist. Das Originelle daran sind die 2000 Unterschriften, die darunter stehen. Die Regierung ist begreiflicherweise in einer gewissen Verlegenheit. Man kann doch nicht gut allen 2000 den Prozeß machen, einen Riesenhaufen zur Verhandlung einrichten und die Angeklagten — gleich ihren Vorgängern — auf ein bis vier Jahre einperren. Ignorieren kann man das herausfordernde Manifest auch nicht, weil man damit zugestünde, daß die Agitation Derv6s tatsächlich auch vom Standpunkt der bürgerlichen Ordnung keine öffentliche Gefahr und daß der Prozeß doch eben nur eine Verfolgung von Meinungen gewesen ist. Der gestrige Ministerrat hat sich lange mit der kläglichen Frage beschäftigt und ist schließlich zu dem Schluß gekommen, die „Anstifter“ zu verfolgen! Man wird also wohl die bekannteren Agitatoren der revolutionären Genereischaften herausgreifen und sie unter Anklage stellen. Damit wird auch den Kapitalisten ein besonderer Dienst erwiesen, da die Rüstungsbewegung der Konföderation der Arbeit, die in der letzten Woche einen kräftigeren Zug angenommen hat, auf diese Art ihrer wertvollsten propagandistischen Kräfte beraubt werden kann. So bekommen auch diejenigen, die die Annestierung der Verurteilten vom Dezember bekämpften, ein neues Argument, wenn die Staatsanwälte ausmalen, wie tief sich schon das Gift der Vaterlandslosigkeit in den Körper der Nation eingekesselt hat. — Da aber die agitatorische Wirkung einer Verhandlung vor den Geschworenen vermieden werden soll, ist die Regierung auf den Gedanken gekommen, die angeklagten Unterzeichner womöglich vor das Justizpolizeigericht zu bringen und überdies — wenn es angeht — nur gruppenweise! Zu diesem Zweck wird jetzt die Frage „studiert“, ob man die Anklage nicht auf das Anarchistengesetz von 1894 basieren könne. Dem Spiecherchawindismus wird durch die Aburteilung einiger Duzend Arbeiter jedenfalls eine wohlfeile Verdrückung verschafft. Etwas anderes ist freilich die Frage, ob diese Verurteilungen der antimilitaristischen Bewegung Einhalt tun und ob sie ihr nicht vielmehr Solidarität und Rückhalt auch in jenen Kreisen der Arbeiterschaft gewinnen werden, wo man die Derv6schen Auffassungen nicht teilt.

Das Bourgeoisparlament gegen das Wahlgeheimnis.

Paris, 14. Februar. (Fig. Ver.)

Der Senat hat vor einiger Zeit die von der Deputiertenkammer beschlossene Abänderung des Wahlgesetzes abgelehnt. Indessen fand sich schließlich doch eine Mehrheit, die für die wichtigsten der vorgeschlagenen Reformen, vor allem für die Einrichtung von Wahlszellen, stimmte. Raum aber war so die Aussicht auf wirklich geheime Wahlen eröffnet, da fand sich in der Deputiertenkammer aus allen bürgerlichen Parteien eine neue Opposition gegen die Reform zusammen. Gestern vereinigten sich zahlreiche Deputierte, die gleichzeitig Bürgermeisterämter bekleiden und kamen überein, daß das „Wahllosetz“ aus dem Gesetz gestrichen werden müsse. Die Hauptrolle spielte jenes uralte berühmte Argument, daß sich manche Wähler absichtlich zu lange in der Zelle aufhalten und dadurch die anderen in der Ausübung ihres Wahlrechts behindern könnten! Mit so albernem Vornänden soll die Fortdauer der von den Ausbeutern und Amtsinhabern genübten Wählerpressungen durchgesetzt werden. Die Bürgermeister wollen insbesondere die Kontrolle über die Gemeindeangestellten nicht aus der Hand geben. In diesem Widerstand gegen das „Wahllosetz“ gibt sich gleichzeitig die brutale Herrschaft der Bourgeoisie und die schamlose persönliche Profitmacherei ihrer Politiker kund.

Italien.

Der „Avanti“ beschuldigt die „Tribuna“: über 88 404,75 Lire, die sie für Calabrien gesammelt hat, nicht abgerechnet zu haben und drückt Zweifel an der Glaubwürdigkeit eines Teils der übrigen Belege aus. Unser Parteiblatt fordert eine Enquete des Pressvereins über die Sache.

England.

Halbe Antworten. London, 15. Februar. (B. T. B.) Premierminister Campbell-Bannerman empfing heute eine Abordnung des Kongresses der Trade-Unions. Er erklärte ihr, das Beispiel des Generalpostmeisters, der die Vereinigung der Postbediensteten anerkannte, werde von den übrigen staatlichen Verwaltungszweigen befolgt werden. Er sei für die Einführung einer allgemeinen Altersversicherung, doch müsse er mit Rücksicht auf die Kostenfrage die Abordnung an den Schatzkanzler verweisen. — Asquith erklärte der Abordnung, der Altersversorgungsplan habe seine Sympathie, doch sei keine unmittelbare Hoffnung vorhanden, daß der Staatsschatz genügende Mittel für diesen Zweck besitzen werde.

Dänemark.

Das Prostitutionsgesetz.

Der in Nr. 24 des „Vorwärts“ erwähnte Gesetzentwurf zur Abschaffung der reglementierten Prostitution ist mit einigen Änderungen am Dienstag vom Landsting angenommen worden. Leider

ist es nicht gelungen, die Bestimmungen zu beseitigen, die der Polizei das Recht gibt, Prostituierte nach dem Landstreichergesetz zu behandeln. Unser Genosse E. C. Andersen wies darauf hin, daß durch diese Bestimmung der Polizeiwahl für wieder Vorschub geleistet wird und daß es gerade die allerärmsten unter den Prostituierten sind, die darunter leiden werden. Aber die Mehrheit war taub gegen diese Einwendungen, und Andersen blieb schließlich der einzige, der gegen den Paragraphen stimmte. Der ganze Gesetzentwurf wurde dann mit 29 gegen 14 Stimmen angenommen, nachdem man ihn noch einen neuen Paragraphen, der ein Verbot der Bekleime für Artikel zur Vorbeugung der Empfängnis enthält, eingefügt hatte.

In dieser Gestalt ist nun der Gesetzentwurf dem Folkething überwiesen worden.

Griechenland.

Athen, 14. Februar. (B. T. B.) Die Deputiertenkammer wurde aufgelöst, die Wahlen wurden auf den 8. April und die Einberufung der neuen Kammer auf den 3. Mai festgesetzt.

Amerika.

William J. Bryan, der bekannte Führer der demokratischen Partei, bringt sich als alter Trutzgegner wieder in empfehlende Erinnerung. Er macht bekannt, daß er sein Amt als Vertrauensmann in der Verwaltung der Illinois-Hochschule niederlege, da er seine Dienste nicht länger einem Institut weihen könne, welches von Andrew Carnegie und anderen Trutzhäuptern Geschenke annehme und sich dadurch in Abhängigkeit begeben! Mit Unwissen habe er erfahren, daß die Illinois-Hochschule durch die Geschenke der Kapitalisten sich bestimmen lasse, gewisse nationalökonomische Wahrheiten, die den Trutzis unangenehm seien, nicht zu lehren.

Bryan, der sich auf einer Weltreise befindet, schreibt dies von Hongkong aus; er behält also, wie es scheint, die amerikanische Politik scharf im Auge. Der Kampf gegen die Trutzis ist für die demokratische Partei ein Köder, der den Massen hingeworfen wird, um ihre Stimmen zu fangen. Im Jahre 1896 kandidierte Bryan für die Präsidentschaft, unter der Parole der Silberwährung, er wurde aber von Mac Kinley geschlagen. Im Jahre 1900 verlor Bryan es noch einmal und stellte die Trutzfrage in den Vordergrund; aber wieder siegte Mac Kinley. Trotz der zweimaligen Niederlage ist Bryan noch außerordentlich populär und anerkannter Führer des radikalen Flügels der demokratischen Partei, die jetzt hauptsächlich mit der Belämpfung der großen Trutzis ihren Einfluß auf die Massen zu erhalten strebt. Man will durch gefühlvolle Mahnungen die Trutzbildung verhindern, und man beschuldigt die republikanische Partei, die bestehenden Anti-Trutzgesetze nicht zur Anwendung zu bringen, sondern im Gegenteil die Trutzis bei jeder Gelegenheit zu begünstigen. In diesem bösen Spiel der Radikalen mit der Trutzfrage macht der konservative Flügel der demokratischen Partei gute Miene; denn er will von Bryans Antitrutzkampf ebensolowig wie von der Silberwährung etwas wissen. Man muß aber mit Bryan und seinem Einfluß rechnen, zumal da Bryan seit den letzten Jahren an William Randolph Hearst, dem Millionär und Zeitungsbesitzer, der aber selbst nach der Führerrolle strebt, eine gute Hülfskraft gewonnen hat.

Soziales.

Umgehung von Arbeiterdrehvorschriften. Wie schwer es den Gerichten fällt, Arbeiterdrehvorschriften den strafrechtlichen Schutz zu geben, zeigt folgende Verhandlung über einen Verstoß gegen die Sonntagruhevorschriften. Trotz des klaren Verstoßes sind die Unternehmern bislang von drei Landgerichten freigesprochen. Die Speibetreuer Böhm und Stoppin zu Stettin waren wegen Uebertretung der §§ 105b und 146a der Gewerbeordnung angeklagt worden, weil ihre laumännischen Geschäften und Lehrlinge Sonntags während der Kirchzeit, der verbotenen Zeit, für sie im Kontor tätig gewesen waren. Das Landgericht Stettin sprach die Angeklagten frei, da jeder Angestellte hätte unterschreiben müssen, daß ihm verboten worden sei, sich zur freigelegten Zeit im Kontor aufzuhalten und zu arbeiten. Das Landgericht meinte, die Angeklagten seien dadurch vor Strafe geschützt, daß sie jenes Verbot ausgesprochen und es sich hier um ein „freiwilliges“ Tun der Angestellten handele. — Das Kammergericht hob demnach dieses Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zu Stargard, also an ein anderes Landgericht. Das Kammergericht sprach damals aus, daß das Stettiner Landgericht vollkommen den Sinn der sozialpolitischen Gesetzgebung verkannt habe, wenn es sich genügen lasse, daß die Angeklagten jenes Verbot ausgesprochen hätten und daß die Angestellten „freiwillig“ tätig gewesen wären. Das Gesetz verlange einen Schutz der Geschäften auch gegen deren Willen. Der Arbeitgeber habe die Pflicht, nicht nur die verbotene Tätigkeit nicht zu gestatten, sondern auch durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um eine solche Tätigkeit zu verhindern. — Das Landgericht Stargard sprach dann die Angeklagten ebenfalls frei. Es führte aus, daß die Angeklagten genügende Vorkehrungen zur Durchführung des Verbotes getroffen hätten. Sie hätten nämlich den „dienstlichsten“ Gehältern Krüger verpflichtet, auf die Beachtung des Verbotes zu achten. Wenn dieser es nicht tat, konnten sie nichts dafür. Auch habe der eine Chef dieser sich davon überzeugt, daß zur streitigen Zeit Sonntags die Tür zum Kontor verschlossen gewesen sei. Allerdings sei sie von den Leuten von innen verschlossen worden. Indessen, was sie tun konnten, hätten die Angeklagten getan.

Das Kammergericht hatte sich nun jetzt auf die Revision der Staatsanwaltschaft zum zweitenmal mit der Sache zu befassen. Es hob auch das letzte Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Prenzlau, also wieder an ein anderes Gericht. Ausgeführt wurde, es genüge nicht, daß man Krüger für die Durchführung des Verbotes verantwortlich machte. Mindestens sei § 151 der Gewerbeordnung übersehen worden, wonach neben dem Betriebsleiter oder der Aufsichtsperson der Gewerbebetreibende selber strafbar sei, wenn er es bei der Auswahl oder bei der Beaufsichtigung dieser Personen an der erforderlichen Sorgfalt habe fehlen lassen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Der Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage wegen Fortführung der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn ist gewählt und hat sich konstituiert; von der sozialdemokratischen Fraktion gehören ihm die Stadtverordneten Vorgmann, Ewald, Hoffmann und Singer an.

Der Magistrat hat der Versammlung bezüglich der Stellen der leitenden Ärzte der einzelnen Abteilungen des Rudolf Virchow-Krankenhauses die im „Vorwärts“ schon eingehend dargelegten Vorschläge über Anstellung und Besoldung gemacht.

Von den Stadtverordneten Prof. Dr. Landau (M. L.) und unseren Genossen Dr. Weyl, Dr. Verstein und Dr. Jabel werden verschiedene Positionen der Magistratsvorlage bemängelt. Die Vorlage geht nach einer längeren Debatte an einen Ausschuss zur nochmaligen Beratung.

Die Angelegenheit wegen freihändigen Verkaufs des Grundstücks Adalbertstraße 98 ist Gegenstand einer Ausschussberatung gewesen.

Nach einer längeren Debatte, in der Stadtverordneter Genosse Vorgmann die Zurückweisung der Angelegenheit an den Ausschuss beantragt, wird in der Abstimmung die Zurückweisung abgelehnt und nach einem Antrage Laderwig die Ermächtigung gegeben, das Haus zum Mindestpreise von 105 000 Mark freihändig zu verkaufen.

Es folgt die Berichterstattung des Stadtv. Singer über die Ausschussverhandlungen betreffend die

Erhöhung der Kurkosten für die hiesigen Krankenhäuser für Auswärtige.

Der Ausschuss hat mit 8 gegen 6 Stimmen die Vorlage abgelehnt.

Stadtv. Singer (Soz.) hebt im Anschluß an den von ihm erstatteten ausführlichen Bericht nur noch kurz hervor, daß die Frage in ihrer finanziellen Bedeutung immer mehr in den letzten Jahren zurückgetreten sei. Die Mehrheit des Ausschusses sei anderer Auffassung gewesen als der Magistrat. Die Trennung zwischen auswärtigen und einheimischen Kranken könne auf die Vororte nicht angewendet werden, welche mit Berlin eine wirtschaftliche Einheit bilden, die so viel gemeinsame Interessen hätten, daß man die Einwohnerzahl der Vororte als Fremde im eigentlichen Wortsinne nicht betrachten könne. Nur eine ganz kleine Minderheit solcher Kranken komme von weiter her, die allermeisten eben aus den Vororten. Welche Verhältnisse in Groß-Berlin auf dem Gebiete des Verkehrs, des Lebens und auf anderen Gebieten beständen, sei bis zum Ueberdruß vorgetragen worden; es müsse aus dieser Rücksicht alles aufgehoben werden, um die Einheitlichkeit Berlins mit den Vororten aufrecht zu erhalten, und diese Einheitlichkeit würde durch die Annahme der Vorlage gestört werden. Der Magistrat werde kaum unglücklich darüber sein, wenn man seine Vorlage nicht akzeptiere. Die Angelegenheit habe eine weit über das lokale Interesse hinausgehende Bedeutung; es sei eine Frage, in welcher ein weitgehendes Entgegenkommen der Stadt angezeigt ist. Sowohl im Interesse der Vorortkranken wie im Interesse Berlins bittet der Redner, den Ausschussantrag anzunehmen.

Stadtv. Sonnenfeld (N. L.): Namens meiner Freunde bitte ich, den Ausschussantrag abzulehnen und der Magistratsvorlage zuzustimmen. Als der Magistrat im Dezember 1899 selbstherrlich die Sätze für die Krankenhausbekämpfung heraufsetzte, hatte Herr Singer dagegen schwere konstitutionelle Bedenken, die er aber nicht vorbrachte, als der Magistrat im September 1900 die Sätze wieder erniedrigte. Finanziell bilden wir eine Einheit und keine Einheit mit den Vororten. Wir werden oft von den Sozialdemokraten angegriffen wegen des Platzmangels in den Krankenhäusern. Wenn nicht im vorigen Jahre 2260 Betten an Auswärtige vergeben worden wären, wären diese Vorwürfe unerblicklich. Die Krankenkassen stehen auch so gut da, daß sie die entstehende Belastung leicht ertragen können. Es hätte allerdings etwas Mäßiges, wenn diese Maßregel einen Konflikt in sich bergen würde; aber wir haben doch nicht angefangen, sondern Weihensee, Rixdorf usw. haben hohe Zuschüsse von uns gerichtlich erstritten, und wir sollen fortfahren, an die Vororte Geschenke zu geben? Früher waren bloß die Sozialdemokraten Gegner der Maßregel. Im Reichstage nannte uns Herr Antrich einmal Bierpöfcher; was soll erst gesagt werden, wenn wir hier umfallen? (Lachen, große Unruhe und Pfiffen.)

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Die Sachlage hat sich seit Spinolas Zeiten, auf die Herr Sonnenfeld verwies, doch sehr geändert. Wir können den Standpunkt der Alten Linien nicht teilen (Sehlfacher Beifall); wir haben schon im vorigen Jahre in erheblicher Zahl dagegen gestimmt. Wir wollen von dem, was 36 Jahre lang war, nicht ohne Not abgehen. Die Vororte haben anfangen müssen, eigene Krankenhäuser zu errichten, sie werden damit fortfahren, es werden weniger Auswärtige in unsere Krankenhäuser kommen und es werden mehr Berliner in auswärtige Krankenhäuser gehen. (Zustimmung.) Wir halten nicht die Krankenhauspfege für das geeignete Bewandlungsgebiet. Die Maßregel abzulehnen scheint uns der großen Stadt Berlin würdiger zu sein; wir müssen von der wirtschaftlichen Einheit zur vollen Einmütigkeit gelangen. (Sehlfacher Beifall.)

Stadtv. Rosenow: Die Situation der großen Krankenhausbaut, die zu der Resolution geführt hat, ist tatsächlich nicht mehr vorhanden; wenn wir also heute anders beschließen, kann von einem Anfall nicht die Rede sein. Auch der Oberbürgermeister hat sich keineswegs mit der sonst an ihm gewohnten Wärme der Vorlage angenommen.

Stadtv. Dr. Bernstein: Die Annahme der Vorlage muß zu horrenden Konsequenzen führen. Ich kann als ärztlicher Praktiker da sehr wohl mitsprechen. Wenn ein Krankenkassenmitglied am 1. April von der linken Seite der Hasenheide auf die rechte Seite zieht, vorher im Krankenhaus war und dann wieder ins Krankenhaus muß, so hat es statt 17 M. etwa 30 M., also fast das Doppelte zu zahlen. Ich bitte Sie, den Mitgliedern der Krankenkassen Ihre Sympathie nicht zu entziehen. Ueber den Berliner Krankenkassen schwebt beständig das Damoklesschwert der Beitragserhöhung. Hält denn die Lohnerbhöhung wirklich gleichen Schritt mit der Erhöhung der Beiträge? Man soll doch den Krankenkassen das Leben nicht schwer machen. Der Oberbürgermeister hat einmal den Krankenkassen mehr Bescheidenheit gegenüber der Berliner Verwaltung angeraten. Dieser Standpunkt ist unhaltbar. In der Versammlung, die sich gegen die Vorlage ausgesprochen hat, waren nicht nur Sozialdemokraten, und die von mir dort beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter den Bewusstseinsworten der Vorlage herrscht keine Einheit; Herr Sachs sieht darin eine Art Erziehungsmäßregel nach Art des Stades; anders Herr Wallach, der sich nur auf den finanziellen Effekt stützt. Gehässigkeit ist keine Tugend, sie stellt keine objektive Wahrheit dar; und ein Akt der Gehässigkeit würde die Annahme dieser Vorlage sein. Je eher wir diesem Froschmäulerkrieg ein Ende machen, desto besser. Die ganze Vorlage ist nur ein häßliches Gegenstück zu einer großzügigen Eingemeindungsgesellschaft. Und den Kerndenkmal eines Konflikt zu leisten, dazu sind wir nicht da.

Stadtv. Cassel: Der Appell des Vorredners hätte an die Vororte gerichtet werden müssen. Es kommt hier auf den finanziellen Effekt so sonderlich nicht an, obwohl 60 bis 80 000 M. an sich keine Bagatelle sind. Wir werden aber bald erleben, daß von allen Seiten die Vororte auf Grund gesetzlicher Vorschriften (§ 53 des Kommunalabgabengesetzes) mit Forderungen an uns herantreten werden, indem man in der Schulgesetzkommision gefunden hat, daß die Wohngemeinden zu wenig von der Arbeitsgemeinde erhalten und ein Initiativantrag, der das Gesetz entsprechend erweitert, unmittelbar bevorsteht; wir können dann eventuell auch für Krankenhäuser, Badeanstalten usw. der Vororte in Anspruch genommen werden (Auf: Äowarieren!), und zwar nicht bloß von armen, sondern auch von reichen Vorortsgemeinden. (Unruhe und Zwischenrufe.) In Berlin kommen auf den Kopf der Bevölkerung an Armen und Krankenlast 10,14 M., im reichen Charlottenburg 5,15, in Schöneberg nur 1,74 (Hört! hört!), in Rixdorf, das uns in Anspruch nimmt, 2,31! Sollen wir da einen Preis darauf setzen, daß die Kranken aus den Vororten zu uns strömen? Entweder der Magistrat macht uns Vorlagen und vertreibt sie, oder er macht sie uns überhaupt nicht! Der Magistratsantrag wird ja wohl abgelehnt werden; ich bleibe dabei, daß wir, die wir sie annehmen, dabei ebenso das Wohl der Berliner Bürger im Auge haben wie diejenigen, die sie ablehnen (Lachen und Beifall.)

Stadtv. Müllers (Soz. Fortschr.) spricht sich gegen die Vorlage aus. Den Kleinrieg gegen die Vororte könnte man gar nicht unklüger eröffnen. Betroffen würden nur die Krankenkassen und der Abonnementverein für Dienstboten.

Bürgermeister Dr. Weide: Die uns hier beschäftigende Frage gehört nicht zu den prinzipiellen. Die Meinungsverschiedenheiten darüber sind auch im Magistrat zulage getreten. Die Versammlung hat früher zweimal im Sinne der Vorlage referiert; jetzt lehnt ihr Ausschuss die Vorlage ab. Kann es Sie da wundern, daß der Magistrat der Vorlage gegenüber eine etwas kühlere Stellung einnimmt? Wir haben allerdings keine Veranlassung, den Vororten Geschenke zu machen. Scheint Ihnen die Vorlage ein gewisses Äquivalent zu bieten für das, was auf diesem Wege erreicht werden soll, so nehmen Sie sie an, wenn nicht, so lehnen Sie sie ab! (Große Heiterkeit, Beifall und Handklatschen.)

Stadtv. Koblentz (Soz.): Nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters dürfte die Entscheidung feststehen. Die Auffassung, daß man den Vororten Geschenke mache, ist ganz hinfällig. Der größte Teil der Kosten für die betreffenden Kranken wird von den

Krankenkassen aufgebracht, deren Mitglieder, Arbeitgeber wie Arbeiter vollständig oder größtenteils in Berlin wohnen. Herr Cassel hätte die Empfindung, mit der er seinem Kollegen Sonnenfeld beizuspringen beliebt, für bessere Zwecke aufsparen sollen. Mit solchen Vorwürfen machen Sie Berlin und sich nur lächerlich! (Vochteber-Stellvertreter Mich. Letz rügt diesen Ausdruck.) Wenn uns hier mit Repressalien vom Landtag gedroht wird, so sorgen Sie doch dafür, daß in das Abgeordnetenhause eine andere Majorität einzieht! (Lachen und Ärm.)

Darauf wird ein Schlusssatz angenommen. Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadtv. Cassel gegen den Stadtv. Koblentz führt Stadtv. Singer im Schlusssatz aus, daß es Herrn Sonnenfeld vorbehalten geblieben sei, die Angelegenheit der Kurkosten als eine parteipolitische zu behandeln; dieser Reford sei bisher nicht erreicht worden. Unglaublich sei es, wenn sich Herr Sonnenfeld und Herr Cassel dieses Objekt ausfinden, um an die Tapferkeit der Versammlung zu appellieren. Herr Cassel solle es auch nicht an der Versammlung anklaffen, wenn er sich einmal im Abgeordnetenhause geängert hat. (Große Heiterkeit.) Die weiteren Ausführungen werden wiederholt von lachenden Zurufen unterbrochen.

Nach persönlichen Bemerkungen des Stadtv. Cassel und Sonnenfeld gegen das Schlusssatz des Referenten, wird in namentlicher Abstimmung dem Ausschussantrage gemäß die Magistratsvorlage mit 78 gegen 49 Stimmen abgelehnt. Der die Schulärzte betreffende Ausschussbericht wird von der Tagesordnung abgelehnt. Die Vorlage wegen Herstellung eines Wartezimmers für das die Freibank besuchende Publikum wird vom Stadtv. Rosenow mit Freuden begrüßt. Redner verweist darauf, daß die andauernde Pleksion auch Wohlhabendere zur Freiheit dränge.

Die Vorlage wird angenommen, ebenso ohne Debatte diejenige wegen Errichtung einer Rammulipumpenanlage in der Volkshausanstalt Oderbergerstraße.

Gewerkschaftliches.

Husaren gegen christliche Bergarbeiter.

Im Gebiet des Lothringers Erzküppers hat die Gewerkschaftsbewegung in letzter Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht. Unerfreulich und für die Arbeiterbewegung schädlich ist es dagegen, daß die christliche Organisation der freien Gewerkschaft auch hier das Feld streitig zu machen sucht. Das kann die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Bewegung nur hemmen, zumal dieselbe in Lothringen vielleicht mehr als anderswo mit den geborenen Feinden jeder Arbeiterbewegung zu kämpfen hat. Nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Behörden gehen mit den schärfsten Maßregeln gegen die gewerkschaftlich tätigen Arbeiter vor. Ganz besonders fällt es auf, daß Italiener, die sehr zahlreich in den dortigen Bergwerken beschäftigt sind, regelmäßig „lästig fallen“ und ausgewiesen werden, sobald sie sich in der Gewerkschaft irgendwie bemerkbar gemacht haben. Behörden und Unternehmer scheinen keinen Unterschied zu machen zwischen der freien und der christlichen Gewerkschaft, was wiederum beweist, daß ihnen jede selbstbewusste Bewegung der Arbeiter ein Grauel ist, mag dieselbe auch noch so zahm und noch so schonend auftreten.

Nicht nur auf unserer Seite, sondern auch im Lager des christlichen Gewerkschafts beklagt man sich über Abtreibung von Lokalen, Maßregelung organisierter Arbeiter, Ausweisung von Ausländern und anderen Maßnahmen, womit die Unternehmer und deren Sachwalter die „Ordnung“ im Klassenstaat zu schützen suchen. Wie die Behörden gegen jeden Arbeiter vorgehen, der sich an der Gewerkschaftsbewegung beteiligt, dafür teilt das christliche Organ „Der Bergknapp“ ein Beispiel mit, das eines komischen Beigehmaßes nicht entbehrt. Es heißt da: Die Firma de Wendel in Hayingen habe sechs Arbeiter ohne Kündigung entlassen, also Kontraktbruch verübt. Zwei der Entlassenen sind Italiener, sie wurden unmittelbar nach der Entlassung in der Nacht aus den Betten geholt und über die Grenze gebracht. Einer der Ausgewiesenen, der schon seit seiner Kinderzeit in Lothringen weilte, war christlicher Vertrauensmann. Er hat sich an den Vorbereitungen zur Feier des Kaisergeburtstages, den die Zehlfelle des christlichen Gewerkschafts festlich beging, hervorragend beteiligt.

Das haben sich die christlichen und nicht minder patriotischen Bergarbeiter wohl nicht träumen lassen, daß man in deutschen Landen christliche und unentwegt laihertreue Gesinnung so übel lohnt, wenn sie sich nicht mit stauischer Demut vor dem Unternehmertum vereint.

Noch einen anderen Fall weih „Der Bergknapp“ zu berichten: In Hayingen hielt der christliche Gewerkschaftsverein eine Versammlung ab, die eine Kommission wählte, welche mit der Firma de Wendel verhandeln sollte. Während die Versammlung tagte, rückte eine Abteilung Husaren unter Führung eines Offiziers in Hayingen ein, um, wie das amtliche Kreisblatt Tags darauf mitteilte, etwaigen Ausschreitungen sofort zu begegnen.

Und trotz alledem halten es die christlichen Gewerkschaftsführer immer noch für notwendig, die — wie sie sagen — sozialdemokratisch und materialistisch gerichteten Gewerkschaften zu bekämpfen, und zwar mit mehr Eifer, als sie den Unternehmern gegenüber zeigen, die, wo ihre Interessen auf dem Spiele stehen, sich nicht in „christliche“ und „materialistisch gerichtete“ scheiden.

Berlin und Umgegend.

In der Lederfabrik Blankenburg-Berlin (Firma G. Roefeler) stehen die Lohgerber und Furscher im Streik um Anerkennung eines Tarifvertrages und der Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Da alle angebotenen Verhandlungen die Angelegenheit auf gütlichem Wege zu schlichten, an dem Herrenstandpunkt der Vertriebsleitung scheiterten, so legten sämtliche Kollegen einmütig die Arbeit nieder. Da die Firma in mehreren Unternehmerblättern Arbeitskräfte sucht, bitten wir die Kollegen allerorts, Arbeitsangebote strikte zurückzuweisen. Arbeiterfreundliche Mäpfer werden um Abbruch gebeten.

Die Streikkommission. Die Arbeiter der Spiritfabrik von Eismann, Mühlenstr. 6-7, befinden sich seit Montag im Streik. Ihre Forderungen sind: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und eine Lohnzulage von 2 M. resp. 1,50 M. pro Woche. Sie stellen diese Forderungen für um so berechtigter, als ein ähnlicher Betrieb, die Firma Kaßbaum, den dortigen Arbeitern die gleichen Forderungen ohne weiteres bewilligte. Und dabei waren bei Kaßbaum die Löhne schon ohnehin höher als bei Eismann, der nur 21-24 M. pro Woche zahlte. Für den Standpunkt des Herrn Eismann ist es auch charakteristisch, daß er die Verhandlungen 14 Tage lang hinzuziehen wollte, um dann schließlich doch nichts zu bewilligen. Als dann am Montag die Arbeiter in den Streik traten, da schickte Herr Eismann jedem Streikenden die Entlassung per eingeschriebenem Brief. Gegenwärtig befehlt sich die Firma mit einigen Arbeitswilligen von der Herberge zur Heimat. Leistungsfähige Arbeiter meiden natürlich den Betrieb.

Die Arbeiter der Weermannschen Maschinenfabrik zu Treptow beklagen sich in einer kurz gehaltenen Versammlung mit den Schädern des Kolonnenwesens in jenem Betriebe. Wie ausgeföhrt wurde, herrscht in der Weermannschen Fabrik eine förmliche Anarchie im Arbeitsverhältnis. Niemand weiß am Wochenanfang, was er am Wochenanfang verdienen wird. Infolge der kuriosen Verrechnung, aus der nur allein die Werkführer klug werden können, kommt es vor, daß Arbeiter in 5/2 Tagen nur einen Verdienst von

8, 11 oder 13 M. zu erzielen vermögen. Obendrein geraten sie dann noch bei der Firma in „Schulden“, und das geht so zu: Gelegt, der Arbeiter hat einen Auford übernommen, für den ihm der Werkführer 50 M. zugebucht hat. Braucht nun der Arbeiter zur Herstellung der Arbeit längere Zeit wie kalkuliert wurde, und hat er schließlich einen Vorschuß für vielleicht drei Wochen in Höhe von 60 Mark auf die Arbeit erhalten, so wird der Aufordpreis nicht etwa um soviel erhöht, daß der Arbeiter damit zurechtkommt, nein, der Arbeiter wird Schuldner der Firma. Auf dem nächsten Aufordzettel findet er dann kein läubereich der Vermerk, daß er bei der Firma 10 M. Schulden hat, die er bei der folgenden Arbeit wieder abarbeiten muß. Nun kommt es aber vor, daß jemand mehreremal hintereinander derartig schlechte Auforde bekommt. Dann wächst auch gleichzeitig seine Schuldenlast. Tatsächlich gibt es Arbeiter, die es auf solche Art zu über 100 M. Schulden bei der Firma gebracht haben. Dafür brilliert die Firma Weermann aber auch mit ihren „Wohltaten“ den Arbeitern gegenüber. Im Jahre 1902 haben die Brüder Weermann eine Schenkung von 102 000 M. gestiftet, die vom Gemeindevorstand zu Treptow verwaltet wird und den Weermannschen Arbeitern zugute kommen soll. Von den Anwesenden wachte sich allerdings niemand zu entsinnen, daß schon ein Arbeiter etwas aus der „Schenkungs“ erhalten hatte. Vielleicht bekommen diejenigen mal etwas daraus, die bei den schändlichen Aufordpreisen die meisten „Schulden“ bei der Firma gemacht haben. — Die Veranlassung wurde sich schlüssig, dahin zu dringen, daß allen Betriebsarbeitern endlichs in u d e s t u n d e n - Lohn garantiert werde, der ihnen zu zahlen ist, selbst wenn die Aufordpreise auch noch so niedrig festgesetzt sind.

Die Einlassierer und Rassenboten machen die zielbewusste Arbeiterbewegung Berlins nochmals aufmerksam, daß die Versicherungs-Gesellschaft „Victoria“ vor kurzer Zeit den Vertrauensmann der Organisation mahregelte, weil er für die Interessen der Kollegen eingetreten war. Aus diesem Grunde rufen wir an die Arbeiterbewegung nochmals die Bitte: Verlangt vom Euren Abzahlungs- oder Versicherungskassierern stets das Mitgliedsbuch und schließt Geschäfte oder Versicherungen aller Art nur mit organisierten Kassierern oder Agenten ab, insbesondere für die Versicherungs-Gesellschaft „Victoria“.

Sektion der Einlassierer und Rassenboten. Deutsches Reich.

Der Streik der Konfektionsarbeiter im Rhein- und Maingau wird allem Anschein nach in den nächsten Tagen beendet werden. Auf Veranlassung des Frankfurter Gewerbegerichts haben Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer stattgefunden. Die letzteren machten Zugeständnisse, welche zwar die Forderungen der Arbeiter nicht in vollem Maße erfüllen, aber immerhin als eine Verbesserung der bisherigen Verhältnisse angesehen werden können. Die Konfektionäre bewilligen eine sofortige Lohnerbhöhung von 5 Proz., vom 1. April 1907 ab bis zum 1. April 1910 soll eine jährliche Zulage von 1 Proz. eintreten, so daß der Lohn im Jahre 1910 um 8 Proz. höher sein würde als gegenwärtig. Die Konfektionäre sind auch bereit, die Wartezahl der Forderungen der Arbeiter entsprechend zu vergüten. Es soll eine paritätische Kommission eingesetzt werden, der die Unternehmer spätestens vier Wochen nach Beendigung des Streiks einen Tarifentwurf vorlegen. Falls der Entwurf nicht angenommen werden sollte, bleibt die Prozentige Lohnerbhöhung bestehen. — Die Vertreter der Arbeiter empfehlen den Streikenden die Annahme dieser Vereinbarung, besonders deshalb, weil der Abschluß eines Tarifes den völlig unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen in der Konfektion ein Ende mache und feste Normen einführe. — Die Streikenden in Frankfurt a. M. haben der Vereinbarung bereits mit großer Mehrheit zugestimmt. Wenn auch die Streikenden in Mainz, Worms und Speier ihre Zustimmung geben, dann können die 1700 Streikenden am Montag die Arbeit wieder aufnehmen, vorausgesetzt, daß auch die Versammlung der Unternehmer den Abmachungen zustimmt.

Die Barbiergeschäften in Jena haben mit den Arbeitgebern einen Tarif vereinbart, wonach der bisherige Mindestlohn von 5 Mark folgendermaßen erhöht wird: Es erhalten Gehältern bis zu 18 Jahren 7 M., bis zu 21 Jahren 9 M., über 21 Jahre 10 M. pro Woche. An den zweiten Feiertagen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten bleiben die Geschäfte geschlossen.

Das Hüttenwerk der deutsch-luxemburgischen Bergwerks- und Hüttenengesellschaft ist, wie uns aus Differdingen geschrieben wird, gesperrt, weil dort zwölf organisierte Arbeiter gemahregelt worden sind.

Husland.

Der Seemannsstreik in Riga.

Der ausgebrochene Generallstreik sämtlicher Heizer und Matrosen sowie Hafnarbeiter bereitet dem Handelsverkehr bereits großen Schaden. In den Lagerhäusern und Postämtern häufen sich die Waren, die zum Teil verderben. Mittwoch nachmittag unternahm die Streikenden einen Demonstrationsumzug durch die Straßen der Stadt.

Die Sperre für sämtliche Bauhandwerker.

Ist über die Stadt Zürich verhängt. In eine große Bewegung sind dort eingetreten die Maurer und Handlanger, Zimmerleute, Maler, Gipfer, Steinhauer, Anschläger, Parkettleger und Monteur.

Der Lohnkampf im Baugewerbe in Mainz. Mit den Holzarbeitern des Baugewerbes in Mainz, die sich ebenso wie die Maurerarbeitenleute seit dem Frühling vorigen Jahres im Lohnkampf befinden, ist nun ein neuer Tarifvertrag zu Stande gekommen, der bis zum April 1900 gelten soll. Die Unternehmer haben auch den Maurerarbeitenleuten, die den letzten Tarifvertrag ablehnten, weitere Zugeständnisse gemacht, so daß es nun wohl auch in dieser Gruppe zu einer Einigung kommen wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Nach bewährtem Reichstagsmuster.

Frankfurt a. M., 15. Februar. (W. H.) Wie der Hamburger Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, denkt der Wahrscheinlichst gar nicht daran, das Wahlgesetz noch einmal durchzubedenken, sondern wird es der nächsten Sitzung der Bürgerschaft entweder unverändert oder mit unwesentlichen Änderungen wieder vorlegen; dort wird dann die en bloc-Akzeptanz erfolgen, um der Sozialdemokratie die Möglichkeit einer Obstruktion zu nehmen.

Auf Reisen.

Emden, 15. Februar. (W. H.) Der Kaiser wird seine Südländerreise von Wilhelmshaven aus antreten, wo er vorher die Rekruten besichtigt.

Der Besuch in Tätigkeit.

Reapel, 15. Februar. (W. H.) Der Besuch ist fortbauernd in Tätigkeit, die Lava gefährdet die untere Station der Zahnradbahn. Der Verkehr auf der Bahn wird für mehrere Monate unterbrochen sein.

Günstige Perser!

Konstantinopel, 15. Februar. (W. H.) Nach den gestern eingetroffenen Depeschen aus Teheran ist der persische Handelsminister Sad ed Dowlet verhaftet und unter strenger Eskorte nach Bagdad in die lebenslängliche Verbannung geschickt worden.

500 Personen durch Erdbeben getötet.

New York, 15. Februar. Nach Meldungen des „Sun“ fand ein Erdbeben in Ecuador statt, bei welchem über 500 Personen getötet wurden.

Reichstag.

44. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky, Freiherr v. Stengel, Dr. Koch.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 Mark.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Krenzl (Sp.) bedauert die Ablehnung der Abänderungsvorschläge in der Kommission.

Ohne weitere Debatte wird die Vorlage gegen einige Stimmen der Reichspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf folgt die Spezialdebatte des Etats des Reichsamts des Innern.

Abg. Heib (natl.) bemerkt zum Titel 9a (Förderung der Seefischerei), in Anbetracht, daß die Entschädigungen für die Verluste, welche die Hochseefischerei-Gesellschaften erleiden, völlig unzureichend auszufallen pflegen, genüge die ausgesetzte Summe von 400 000 M. nicht mehr. Durch den erschreckenden Abgang der Segelschifferei haben viele Kleinrentner an der Küste ihre als Schiffshypotheken ausgegebenen Gelder verloren.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das Reich hat für die Segelschiffahrt und die Förderung der Fischerei im Jahre 1904 über 743 000 M. ausgegeben, und ich glaube alle Wünsche, die auf der Fischereikonferenz in Bremen aufgetaucht waren, erfüllt zu haben. Den Fischereidampfern gewähren wir schon seit Jahren keinerlei Unterstützung mehr. Dagegen werde ich auf Grund der Anregungen des Abgeordneten Heib die Verhältnisse der Segelschifferei gern noch einmal nachprüfen. (Weisf.)

Nachdem die Abgg. Kulerzki (Pole), v. Niepenhausen (L.) und Graf Bernhorst (Welfe) ebenfalls die Wünsche der Fischereifischer unterzogen haben, schließt die Debatte über diesen Titel, der bewilligt wird.

Auf Anregung des Abg. Kettich (L.) verspricht Staatssekretär Graf Posadowsky, zum Titel 19 (Förderung des Abfahrs landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Auslande und der technischen und wissenschaftlichen Förderung der Landwirtschaft) sein Möglichstes tun zu wollen.

Der Titel wird bewilligt.

Zum

Titel „Reichsschuldenkommission“

kommt

Abg. Gidhoff (fr. Sp.) auf die medienburgischen Schulverhältnisse zu sprechen: Auf meine Anregung im vorigen Jahre wurde von der Regierung verprochen, eine eingehende Revision der medienburgischen Schulverhältnisse von Reichswegen durchzuführen. Ich hatte erwartet, daß man uns die Ergebnisse dieser Revision hier zugehen lassen würde. Ebenfalls hat die Kommission den Eindruck großer Mängelhaftigkeit der medienburgischen Schulverhältnisse gewonnen. Die medienburgische Regierung hat Remedur versprochen, und diese Remedur ist zum Teil auch erfolgt. Insbesondere hat die medienburgische Regierung die Besoldungsverhältnisse der dortigen akademischen Lehrer verbessert. Das war auch die höchste Zeit. (Weisf. bei den Freisinnigen.) Bei den bisherigen Besoldungsverhältnissen war es schlechterdings unmöglich, tüchtige Schulmänner nach Medienburg zu ziehen. Aber auch jetzt bleibt noch manches zu verbessern übrig. Insbesondere sind in Medienburg viele der sogenannten neunklassigen Volksschulen zu sieben- bis achtklassigen Anstalten — ich möchte sagen: verkrüppelt. Daß auch die Pensionsverhältnisse dies zu wünschen übrig lassen, ist allgemein bekannt. Man kommt zu dem Resultat, daß das medienburgische Schulwesen erst dann von Grund auf neu geregelt und den neuzeitlichen Anforderungen angepaßt werden wird, nachdem die medienburgische Verfassungskommission gelöst sein wird. (Lebhafter Weisf. links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Von Reichswegen hat eine eingehende Revision der medienburgischen höheren Schulen stattgefunden, und es ist mir eine angenehme Pflicht, an dieser Stelle der medienburgischen Regierung meinen Dank für das große Entgegenkommen auszusprechen. Die Kommission hat aber nichts gefunden, was den Herrn Reichsfinanzler daranlassen könnte, die Berechtigung zur Erstellung des Reifezeugnisses irgend einer medienburgischen Anstalt zu entziehen. Die Kommission hat allerdings noch weitere Verbesserungsvorschläge gemacht, wegen deren die Reichsregierung noch in Verhandlung mit der medienburgischen Regierung steht.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt Kapitel 10:

Statistisches Amt.

Die Resolution Dr. Hise (Z.) und Gen.: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in einem Nachtragsetat für das internationale Institut für Sozialbiographie einen Beitrag in angemessener Höhe einzustellen, wird ohne Debatte angenommen.

Abg. Dr. Lindemann (Soz.)

Behandelt den Teil des Reichsarbeitsblattes, der sich mit der Arbeitslosigkeit und ihrer statistischen Ausmaßnahme beschäftigt: Um die Arbeitslosigkeit in den deutschen Hochverhältnissen festzustellen, hat sich das Statistische Amt mit den Gewerkschaftsverbänden in Verbindung gesetzt und erhält seine Daten von diesen. Die Resultate, zu denen das Statistische Amt gekommen ist, sind sehr interessant. Der Prozentsatz für die Arbeitslosen am Ort oder auf der Reise stellt sich nämlich von 1903 ab sehr niedrig; er schwankt zwischen 3,2 Proz. am 30. Juli 1903 und 1,8 Proz. am 31. Dezember 1905. Wären die Ziffern richtig, so würde sich eine sehr geringe Arbeitslosigkeit für Deutschland ergeben. Aber die Richtigkeit des Bildes wird namentlich auch von den Gewerkschaften bestritten, die selber dieses Material liefern müssen. Die Ziffern sind unvollständig und unzuverlässig. Ihre Unzuverlässigkeit liegt schon aus der Art ihrer Aufnahme her; denn die zahlreichen kleinen Zweigstellen und Ortsvereine, die das Material liefern, machen diese Aufnahme ganz gewiß nicht einwandfrei. Trotz aller persönlichen Tätigkeit der Zahlstellenleiter sind es eben Arbeiter, und diese Arbeiter sind nicht darin leicht, statistische Aufnahmen zu machen. Eine Nachprüfung des Materials durch das Statistische Amt scheint nicht zu erfolgen. Die Ziffern sind aber auch unvollständig, soweit sie den Mitgliederbestand der Arbeitslosen der Verbände selber, die darüber berichten, angehen. Es wird auch von den verschiedenen Gewerkschaftsbeamten, mit denen ich gesprochen habe, bestätigt, daß die nicht unterstützungsberechtigten Arbeitslosen zum guten Teil die Meldung unterlassen. Und das trifft sowohl auf solche Arbeitslose zu, die noch nicht unterstützungsberechtigt sind, weil sie die Strengezeit noch nicht hinter sich haben, als auch auf solche, die nicht mehr unterstützungsberechtigt sind. Der Fortfall dieser Arbeitslosen aber ist für die Statistik besonders verhängnisvoll; denn mit der Größe und der Dauer der Krisen muß auch ihre Zahl wachsen und das Bild, das von dem Umfang der Arbeitslosigkeit gegeben wird, muß daher sehr entstellt werden.

Ferner fehlt bei dieser Aufnahme die ganze Masse der unorganisierten Arbeiter, weil die Verlässlichkeit an die Organisation gebunden ist. Nichts wäre verhängnisvoller, als aus den Ziffern der Fachverbände einen Schluß auf die allgemeine Arbeitslosigkeit zu ziehen. Das tut man aber

absichtlich,

um die Arbeitslosigkeit im allgemeinen geringer erscheinen zu lassen. Das Reichsstatistikamt bestreitet freilich den Einfluß der von mir festgestellten Fehlerquellen; es sollte sich einmal bei den Fachverbänden selber danach erkundigen. Ja, das Statistische Amt ist

so sehr von der Wichtigkeit seiner Zahlen überzeugt, daß es sie in das statistische Jahrbuch für 1905 aufgenommen hat ohne den geringsten Hinweis auf die zweifelhafte Tatsache, daß diese Zahlen weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Damit übernimmt das Amt eine Verantwortung, deren es sich vielleicht nicht ganz bewußt ist. Jeder Mißbrauch, der mit diesen unvollständigen Zahlen getrieben wird, fällt in letzter Linie schließlich doch auf das Statistische Amt zurück. Mißbrauch aber wird getrieben. Die günstigen deutschen Zahlen haben in den Kreisen der ausländischen Arbeitsstatistiker außerordentliche Verwunderung erregt, namentlich bei den englischen Sozialstatistikern. Hat doch die Chamberlainische Schutzollagitation strapelloser Gebrauch von diesen Zahlen gemacht. Die Chamberlainisten wiesen auf Deutschland hin als auf das gesegnete Land des Schutzollandes. Man lachte die Trades-Unions, die sehr schwer unter der Arbeitslosigkeit leiden, damit zu fördern, daß man ihnen die Vorteile der Schutzölle durch die niedrige Arbeitslosigkeit in Deutschland beweisen wollte. Gütige Chamberlainer nicht den Fehler gemacht, die industrielle Schutzollpolitik mit der agrarischen zu verknüpfen, so hätte er vielleicht mit seiner Taktik Erfolg gehabt. Es ist jedenfalls falsch, zu glauben, daß mit dem letzten Wahltag der Liberalen in England die schutzollnerischen Bestrebungen dort ein Ende genommen hätten. Jedenfalls ist es sehr bedauerlich, daß die beiden zweifelhaften Ziffern des „Reichs-Arbeitsblattes“ der Chamberlainischen Schutzollagitation eine Waffe in die Hand geben, die sie am letzten Ende doch gegen die deutsche Industrie und damit auch gegen die deutsche Arbeiterschaft benützt.

Kann sollen diese Ziffern auch noch das Material für die geplante Reichs-Arbeitslosenversicherung liefern. Wollte man aber auf diese Zahlen hin eine solche Versicherung gründen, so würde sie ganz sicher finanziell zusammenbrechen. Die Unterscheidung nach den Berufsgruppen, die von der größten Bedeutung für jede Arbeitslosenversicherung ist, würde auf Grund dieses mangelhaften Materials gar nicht getroffen werden können. Die gegenwärtige Statistik taugt nur, wenn man die Arbeitslosenfürsorge beschränken will auf eine Zusatzaufleistung zu den bereits vorhandenen Arbeitslosenfürsorgen der Gewerkschaften. Diese Art der Arbeitslosenfürsorge, die Zusatzaufleistung an Arbeitslosenfürsorge, scheint sich ja auch in neuerer Zeit allmählich durchzusetzen als die einfachste und am schnellsten zum Ziele führende Art der Fürsorge, die außerdem noch den großen Vorteil hat, daß sie nicht eine riesige bürokratische Organisation voraussetzt. So hat sich im bayerischen Landtage Herr v. Feilitzsch für diese Art der Arbeitslosenfürsorge ausgesprochen. Andere bürgerlichen Klassen haben ja die größte Abneigung, überhaupt an eine Arbeitslosenfürsorge heranzugehen. Das zeigt sich besonders klar in den Gemeindeverwaltungen. Sie vorwärts zu treiben, wird jetzt besonders schwer sein, weil sie sich immer auf die niedrigen Ziffern und unrichtigen Zahlen des „Reichs-Arbeitsblattes“ berufen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Wir müssen deshalb unbedingt eine Verbesserung in der Aufnahme der Arbeitslosigkeit fordern. Die Zählung sollte nicht vierteljährlich, sondern monatlich stattfinden. Die Darstellung müßte nicht bloß nach Gewerben, sondern auch nach Landesstellen gegliedert werden unter besonderer Hervorhebung der Großstädte. In ihnen tritt ja sowohl in kritischen wie in normalen Zeiten die Arbeitslosigkeit immer am intensivsten auf. Für unsere Kommunalverwaltungen ist es von größter Wichtigkeit, über die Bewegung der Arbeitslosigkeit auf dem laufenden gehalten zu werden. Die von ihnen bisher veranstalteten Zählungen, soweit sie Zählungen von Haus zu Haus waren — was noch immer das beste Material gibt — kommen meist zu spät, um profilische Wirkungen zu üben.

Alle diese Vorderungen sind selbstverständlich nur möglich, wenn die gewerkschaftlichen Verbände auch weiterhin Weisheit leisten. Aber das Statistische Amt kann bei einer derartigen Weiterausbildung der Arbeitslosenzustand der Hälfte dieser Verbände sicher sein. (Dravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (Natl.) tritt für Verrückung der Beamten des Statistischen Amtes ein.

Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Beim Kapitel „Normal-Eidungsamt“ wünscht

Abg. Pöhl (natl.) eine Verrückung der technischen Hilfsarbeiter dieses Amtes.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe mich seit Jahren bemüht, eine Verrückung dieser technischen Hilfsarbeiter herbeizuführen. Bisher haben meine Bemühungen aber noch kein abschließendes Resultat gehabt.

Abg. Frhr. v. Nitzsche (L.): Der Budgetkommission liegen verschiedene Petitionen in dieser Richtung vor, zu denen sich die Kommission durchaus sympathisch gestellt hat. Wir werden bei Gelegenheit der Vespredung dieser Petitionen noch auf die Wünsche zurückkommen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel Gesundheitsamt.

Hier wird zuerst die Weinfrage behandelt.

Dazu liegen folgende Resolutionen vor:

Die Abgg. Baumann (Z.) und Gen. beantragen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, angefaßt der Erfahrungen der jüngsten verhandelten Weinfältschungsprozesse baldigst eine Revision des Gesetzes über den Verkehr mit Wein vom 21. Mai 1901 in der Richtung herbeizuführen, daß:

- 1. die Suchkontrolle,
2. eine wirksame Einschränkung des Futtermittelzuzuges,
3. die Deklarationspflicht für den Verschnitt von Weiswein mit Rotwein

eingeführt werde.

Die Abgg. Stauffer (Wirtsch. Ver.) und Gen. beantragen:

balbige Vorlage eines Gesetzesentwurfes, der die Weinkontrolle einheitlich regelt.

Abg. Baumann (Z.) begründet seine Resolution: Die bisherigen Kontrollbeziehungen stehen auf dem Papier. Tausende steden sich die Panticher in die Tasche, aber die Gesundheit des Weintrinkers muß darunter leiden. Der zu trauriger Verhängnis gelangte ehemalige Abg. Sartorius hat sich im vorigen Jahre gegen das Verbot des Zuders ausgesprochen. Nun, er hat sich ja selbst jetzt wohl als der größte Panticher des Jahrhunderts herausgestellt. (Heiterkeit.) Gesundheit und Leben stehen auf dem Spiele. Die Kontrolle muß in allen Bundesstaaten in gleicher Weise vorgenommen werden. Nachdem der Urheber des Ruchbach-Weines (Heiterkeit) seinen früheren Einfluß auf die Regierung hoffentlich verloren haben wird, werden unsere Wünsche hoffentlich mehr Berücksichtigung finden. (Weisf. im Zentrum und rechts.)

Abg. Erhardt (Soz.):

Als Pfälzer fühle ich mich verpflichtet, die vielen Angriffe, welche auf den pfälzischen Weinbau gemacht sind wegen des einen Falles Sartorius — obgleich Sartorius nicht einmal von Geburt Pfälzer ist — zurückzuweisen. Der mit 60 Stimmen unterzeichnete Antrag kommt mir etwas recht schnell, etwas überraschend. Ich glaube nicht, daß die Gegenläge unter den Winzern jetzt schon ausgeglichen sind, obgleich mich das recht freuen sollte. Vorläufig aber scheint mir die Resolution etwas zu sehr auf den einen Fall Sartorius zugeschnitten. Der Herr Vorredner hat ihn als den größten Weinpanticher des Jahrhunderts bezeichnet. Ich möchte das nicht unter allen Umständen unterschreiben. Es ist ja wohl bis jetzt der größte bekannte Panticher, aber man hat schon mit den Fingern auf noch eine ganze Reihe anderer Weinpanticher gezeigt, die darin nicht minder groß sein sollen. (Heiterkeit.) Es gibt auch in anderen Weinmetropolen Pfälzerzentralen. Der frühere Abgeordnete Sartorius galt ja der Regierung als eine hochangesehene Stütze der bestehenden Gesellschaftsordnung. Auf den Weinkongressen, auf denen die Elite der deutschen Weinbauern vorhanden war, präsiidierte er. Da wurden die sogenannten Demuzianen hinaus-

geworfen, weil sie — wie man bei uns zu sagen pflegt — einmal gründlich ausmisteten wollten. Das geschah, als bereits der Staatsanwalt in die Weinkellereien des Herrn Sartorius hineinkam. Als da der in Ehren ergaunte Mann (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) der Gesellschaft vorlag, da hatte man noch keine Ahnung, was für ein Fälscher er war. Er hat bewiesen, daß — namentlich wenn man gute Verbindungen nach oben hat, man Jahrzehnte lang in der Lage ist, das Suchhaus mit dem Kermel zu streifen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hätte er diese Verbindungen nicht gehabt, so wäre er längst schon einem noch schärferen Schicksal verfallen. Jetzt ist die Säule geborsten. Die Anglegenheit hat eine große Staubwolke aufgewirbelt, so daß viele, die dem Sartorius nahe standen, schon das Bedürfnis empfanden, sich möglichst schnell aus dem Staube zu machen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Meine politischen Freunde verkennen die Wichtigkeit der Weinfrage in keiner Weise. Ebenowenig, wie sie nicht wollen, daß Sand in ihr Mehl gemischt werde, ebenowenig wollen sie Fälschungen beim Wein. Wir sind gegen künstliche Verteuerung und Verschlechterung aller Lebens- und Genussmittel, also auch des Weines. Wir glauben, auch bei billigen Weinpreisen können die Winzer leben. Aber die Betrüger können große Reichtümer anfangeln, können sich Villen erbauen! Namentlich auch gewisse Händler sammeln den Honig ein, den die Bienen herbeibringen haben. Leider sind die Winzer völlig meins untereinander und treiben gegen einander eine unverantwortliche Demagogie.

Denn hat Herr Baumann sich gegen das Verzudern ausgesprochen, morgen wird er vielleicht schon wieder anderer Ansicht sein, da die Nachricht eingetroffen ist, daß der Gesamtdes Publikums sich wieder mehr dem süßeren Weine zugewandt hat. Die einen Winzer wünschen Kellerkontrolle, die anderen rufen: Nur keine Polizei in den Kellern! Manche Winzer nennen die Kontrolle „Mumpig“, andere mokieren sich über die „Wein-Juristen“. Jetzt auf einmal wird die bayerische Kontrolle als Muster bezeichnet; Preußen soll auf diesem Gebiete rückständig sein. Die ehrenamtliche Kontrolle hat überall Schiffbruch gelitten. Für Schaffung von Kontrollbeamten oder müßige Preußen einen gehörigen Bogen aus der Weltentzogen holen. Andere sagen, der Anschlag in den Kellern sei die beste Kontrolle. Aber auch das läßt sich umgehen: Sartorius hatte eine geniale Arbeitsteilung erfunden: Er selbst war sein Oberkellermesser, und von den anderen Kellermessern wußte immer der eine nicht, was der andere schon hineingetan hatte!

Von den „Wohlthun“ der Chemie ist man zurückgekommen. Die Weinchemiker beinhalten als Gutachter die Gerichte, fertigen aber andererseits selbst die Rezepte für die Weinfälscher! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie ein Mädchen aus der Fremde tauchte in Stuttgart eine Partie voller Weinfälscher auf. Der Wein war ungenießbar. Aber die Chemiker erklärten ihn „für nicht übermäßig gestreut“, und die Strafkammer richtete sich nach diesem Gutachten. Solche Analysen müssen geradezu einen Anreiz zum Verbrechen geben. — Der Zwillingbruder des Weinchemikers ist der Zungenprober. Auch er gilt dem Richter als maßgebend, während mit der Respekt vor dem Zungenprober gerade so ausgegangen ist wie der vor den Weinchemikern. Bei dem Sartorius-Prozesse wurden die besten Zungenprober aus dem ganzen Weisre zusammengerufen; aber ihre Ausfagen befanden sich im streiten Gegensatz zu einander. Das muß doch den Laien stutzig machen. Wenn so ein Zungenprober irrt, dann kann ihm niemand nachweisen, daß er absichtlich geirrt hat. Viele Gutachter spielen mit dem Richter wie die Rahe mit der Maus. (Heiterkeit.) weil die Richter von der Sache absolut nichts verstehen. Solche Fälle erinnern mich immer an ein anderes Exemplar von Gutachter, an den Herrn Professor Emmerich aus München, der auch das schlechteste Wasserleitungswasser für unschuldig erklärte.

Aber auch die Rechtsprechung müssen wir unter die Lupe nehmen. Wir liegen mehr als 60 Urteile aus den verschiedensten deutschen Vaterländern vor; einige von ihnen will ich anführen: Gegen eine Mannheimer Firma ist das Verfahren eingestellt, obgleich sie seit Jahren sich als gemeingefährliche Fälscherin gezeigt hatte. In Mainz wurde ein Kellermesser freigesprochen, obgleich kein Wein als gefälscht konstatiert war. Ein Vater, der seine Söhne zum Fälschen des Weines abgerichtet hatte, (Heiterkeit) wurde freigesprochen, während seine Söhne zu 100 bzw. 600 M. verurteilt wurden! Im Saargebiet hatte ein Fabrikant 6000 Liter auf 9000 Liter gestreckt, wurde aber freigesprochen, weil er vorher einen Chemiker gefragt hatte! Was mit dem Chemiker geschah, weiß ich nicht. In Stuttgart sollte Wein konfiszieren werden, weil er gefälscht war. Es stellte sich aber dann heraus, daß ein großer Teil vorher beiseite gebracht war. Die Diebe wurden nur mit ein- und dreihundert Mark bestraft. Die meisten Fälscherprozesse kommen in der Pfalz vor, aber die Mehrzahl dieser Fälscher sind keine Pfälzer. Auch hier haben sich die merkwürdigsten Prozeßergebnisse herausgestellt. Eine Firma, die mit Elzgerin gefälscht hatte, wurde mit nur 300 M. bestraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderer ehrenhafter Mann, auch eine Stütze der Gesellschaft, der 47 000 Fentner Zuder verarbeitet und außerdem mit Elzgerin und Weinsäure hantiert hatte, wurde zunächst freigesprochen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und erst, als das Reichsgericht das Urteil kassierte, mit 3000 M. bestraft. Hätte Sartorius solche Richter gefunden, sie hätten ihn der Krone zur Verlorierung mit dem Ludwigorden vorgeschlagen. Es ist ein alter Trick der Weinfälscher, ihre Kellermesser mit in die Weinfälschung hineinzuziehen, damit diese dann als Mitangeklagte und nicht als Zeugen vor Gericht erscheinen. Die kleine Geldstrafe, die sie vielleicht bekommen, wird ja leicht wieder herausgebracht. Der edle Sartorius hat übrigens vor dem Prozesse sein Personal vernommen, nur um es zu ernennen, ja auch vor Gericht die reinste Wahrheit zu sagen. (Heiterkeit.) Eine arme Frau, die Kohlen stiehlt, oder ein ehrlicher Arbeiter, der Streikposten stellt, werden strenger bestraft als diese großen Weinpanticher. Diese Reklame in den Kellern kennen keinen Patriotismus, kein Christentum. Ein Panticher, der Ruchwein verkauft und Heiligenbilder an die Wände hängt, muß mit 400 M. Geldstrafe belegt werden, und 9000 Liter seines edlen Gewächses fließen in die Wofel. (Heiterkeit.) Sartorius hat sein Ruchbacher Weisblümchen (Heiterkeit) 30 Jahre lang dem Barenhaus für Arme und Marine geliefert. Die Herren Offiziere müssen wirklich nicht viel Verständnis für Naturwein haben. (Heiterkeit.) Aber Herr Sartorius rühmt sich ja in seinen Reklamen, er habe nicht die Junge dem Wein, sondern den Wein der Junge anpassen wollen. Er hat eben

den Heben Gott korrigiert

und alle Jahre denselben Wein wachsen lassen. (Heiterkeit.) Ein anderer Hauptgrund gewissenlossten Weinfälschertums ist das Hamburger Freihafengebiet. Amerika ergreift schon Vorsichtsmaßnahmen gegenüber dem geschmierten Wein, und wir können den Amerikanern das nicht übel nehmen, da wir ja gegenüber den amerikanischen Pölezungen und dem Wachsenfleisch auch sehr vorsichtig waren. Große deutsche Zeitungen, wie die „Frankfurter Zeitung“, unterstützen die Weinfälscher, indem sie noch jetzt Annoncen bringen wie: Erstklassiges chemisches Laboratorium sucht Kunstweinpäparate abzugeben. (Hört! hört!) 1901 war ich noch so naiv, anzunehmen, man könnte den Tresterwein ruhig weiter fabrizieren lassen, wenn man nur den Deklarationszwang einführt. Damals entrüstete sich das edle Organ der braven deutschen Gastwirte über meine Sympathie für die Weinfälscher und behauptete, die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, die für den Kunstwein eintrete. Auch Frhr. v. Hehl hat sehr entrüstet. Nun — es kann sich ja nicht jeder Weintrinker Viehfrauennußig gestalten. (Heiterkeit.) Ein Abgeordneter hier verbandt sein Mandat nur dem Umstand, daß er die Sozialdemokratie in einem Flugblatt als Weinfälscher hinstellte. Und dieses Flugblatt stammt aus dem Johanniterhof bei Ruchbach. (Große Heiterkeit.) Herr Sartorius freilich wollte den Tresterwein

nicht bekarieren; denn er hat Roselblümchen daraus gemacht. (Heiterkeit.) Nur über eins waren sich 1901 die bürgerlichen Parteien einig: der Hausstrunk müsse unangefastet bleiben. Wozu aber verbieten wir das Gift für die Menschen, wenn wir es als Hausstrunk für die Arbeiter zulassen? Die Chemikalien bezieht der Weinpantischer ja dann immer „nur für den Hausstrunk“. Herr Sartorius bereitet den Wein aus unfiltriertem Ruckhachwasser. Die Richter ersparten ihm das Gefängnis, weil sein subjektives Empfinden von der Gesundheitsgefährlichkeit dieses Wassers nicht genügend nachgewiesen werden konnte! Dieser hochintelligente Mann, der Führer in der Weinfrage im Reichstage war, badete sich und seine Familie in Wasserleitungswasser; das schmutzige Wasser ließ er in den Ruckhach laufen und bereitete daraus den Hausstrunk! Dieser Hausstrunk, der in großen Massen hergestellt wird, kommt dann natürlich „aus Versehen“ auch einmal in die anderen Lager. Nun haben Sie ja Ihren heutigen Antrag uns zur Unterdrückung nicht vorgelegt, sondern sind unter sich „einig“ geworden. Wir werden ruhig abwarten, wie diese „Einigkeit“ sich praktisch bewähren wird. Vorläufig wissen wir nur, daß von sehr kompetenter Stelle dieses alte Weingesetz als vorzüglich bezeichnet wurde und daß die Weinbauinteressenten noch im letzten Jahre einstimmig seine Reformbedürftigkeit verneint und sich gegen jede Buchkontrolle auflehnten. Was den sachlichen Inhalt Ihres Antrages betrifft, so gebe ich gern zu, daß eine Einheitssteuer der Wein- und Weinmischungssteuer notwendig ist. Vorläufig besteht sie noch nicht einmal für Preußen. Graf Pofadomsky wird da von dem Finanzminister nicht sehr unterstützt werden. Auch die Buchkontrolle wäre ein Fortschritt. Ein Mann wie Sartorius, der 800 000 Liter im Keller zu liegen hat, führt nichts weiter als sein Notizbüchlein im Westentasche. (Große Heiterkeit.) Natürlich hat er vor dem Prozeß einige Mütter herausgerissen. (Heiterkeit.) In keinem der bisherigen Weinmischungsprozesse hat der Schuldige regelrecht geführte Bücher vorgelegen können. Ihr Antrag wendet sich weiter gegen den Fuderzusage. Und wäre es recht, wenn jeder gezuckerte Wein als Kunstwein bezeichnet werden müßte, dann würde er wenigstens billiger verkauft und die Konsumenten hätten einen Genuß davon. (Heiterkeit.) Eine einheitliche Kontrolle halten wir für selbstverständlich. Natürlich ist es unmöglich, daß der Kontrolleur jeden Tag in jedem Weinkelser herumtraucht. (Heiterkeit.) Aber es genügt dann ja auch, wenn man die Schuldigen nicht mit Tausenden bestraft, die sie gerne zahlen, sondern mit Gefängnis oder Zuchthaus, zumal ihre Handlung der niedrigsten Gesinnung, der Habgucht, entspricht. — Ich habe noch eine Bitte als Forderung zu erfüllen. In manchen Wirtschaften findet sich jetzt das Blat: Hier wird kein Falscher ausgeschickt! (Heiterkeit.) Das ist die denkbar größte Heuchelei. Der solches Blat ausschickt, ist von vornherein des Analyseweins verdächtig. (Heiterkeit.) Die Bossheit des Sartorius, der noch in seinem Sturz erklärte, daß alle Ruckhacher es so machen wie er, hat eine Gemeinde, die bisher eine angesehene Marke lieferte, aufs schwerste benachteiligt. Verlassen Sie sich darauf, daß die Falscher ein gewiegenes Urteil über Naturwein haben als die Herren im Warenhaus für Arme und Marine. (Heiterkeit.) Es sind doch nicht alles Spitzbuben, weil Sartorius einer war. Ich rede nicht über die Grüneberger. Ich lege voraus, daß auch dort die meisten ehrlich sind. Aber gerade aus den Weinmischungsprozessen der Pfalz können Sie erkennen, daß sie die größte Sorgfalt darauf legt, sich von Falschern frei zu halten. (Zuruf: Rachen wir doch eine Weinprobe. Große Heiterkeit.) Ehrwürdiger Sie sich doch bei den Sachverständigen aus dem Landtage über die Weinprobe. Ich bin ja keiner von den Weinmarktbaronen, aber ich bin überzeugt, es bedarf nur einer Anregung, und die Falscher werden auch im Reichstage eine Weinprobe machen. (Verzögerte Zustimmung.) Kein Weinkelser, der auf Qualität hält, kann den Falscherweinen entbehren.

Wir stimmen also für Ihre Anträge, obwohl sie uns nach verschiedenen Richtungen nicht weit genug gehen. Wenn Sie die Finger glückselig machen wollen, werden wir mit Ihrer gütigen Erlaubnis helfen. Es wird jetzt eine Weinsteuer in weiten Kreisen gefordert, weil man dem Staat nicht den nötigen Willen zur Weinkontrolle zutraut, da es Geld koste; man müsse den Staat erst bezahlen, damit er gründlich kontrolliere. Eine solche Anschauungsweise ist doch tief beschämend für die Regierung. Mit der Weinkontrollsteuer reichen wir der Regierung den Finger — und sie wird den ganzen Arm nehmen. Jede Weinsteuer — ob Kontroll- oder Falschsteuer — lehnen wir entschieden ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schellhorn (natl.) bleibt auf der Tribüne vollständig unverständlich.

Abg. Graf Kanitz (L.): Auch ich könnte eine ebenso lange Rede halten wie Herr Erhardt. Ich will aber nicht. (Weisfall.) Der kleine Weinbauer hat schwer zu kämpfen unter dem billigen Preise, zu dem die großen Falscher ihre Produkte anbieten können. Ich konnte andeuten, daß auf je zwei Weinbauer in Deutschland ein Weinhändler kommt. Auf jeden Weinhändler kommen nur 0,87 Hektar Wein-Anbaufläche. (Hört! hört!) Ich muß also annehmen, daß ein sehr großer Teil der Weinhändler von den Produkten des Schmierens und Bonisirens lebt. Ich glaube aber im Gegensatz zum Herrn Vorredner nicht, daß sich eine genügende Kontrolle durchführen läßt ohne die Weinsteuer, die erstens nötig ist, um die Kosten der Kontrolle zu decken und zweitens angesichts der Bier- und Spiritussteuer eine einfache Forderung der Gerechtigkeit ist. (Weisfall bei den Konservativen.)

Abg. Stauffer (Wirtsch. Ver.): Wir verlernen durchaus nicht die Vorteile, die die Chemie dem Weinbau gebracht hat. Aber es darf nicht heißen: In tiefen Keller fuh ich hier und erzeuge die Arbeit des Weinbouds durch künstliche Mittel. (Heiterkeit.) Es ist traurig, daß es gerade die Männer der Wissenschaft sind, die den Weinfabrikanten die Rezepte zu ihren Fälschungen liefern. Neben jedem großen Fälscher steht ein großer Chemiker. Eine einzige Firma im Rheinland hat für 20 000 M. Chemikalien bezogen. Berliner Mütter berichten, daß in einem vornehmen Kabarett in der Friedrichstadt einer Gesellschaft von drei Herren und zwei Damen nach dem Genuß einiger Flaschen Wein a 4,50 M. so übel wurde, daß sie zur Sanitätskammer gebracht werden mußten. Auf offenen Postkarten werden den Weinhändlern die zur Fälschung nötigen Stoffe angepriesen. Zur Charakteristik dessen, was noch als Wein gilt, nur ein Rezept: „Nimm 800 Liter Weingeist, 4000 Liter Wasser, 15 Zentner Zucker, etwas Lamarin, Glycerin und phosphorsäuren Kalk, etwas Katron, Oxalsäure und Milchsäure und je nach Geschmack etwas Himbeer oder Ananas — das gibt zusammen 6000 Liter Wein.“ (Große Heiterkeit.) Der Wein muß kontrolliert werden von der Webe bis zum Glase. Wie Sie das machen wollen, ist mir ganz egal. (Schallende Heiterkeit.) Eine Firma bietet an: Oppenheimer, Müddelheimer usw. in hocheleganter Aufmachung inkl. Glas und Packung für 25 Pf. die Flasche frei Hamburg! (Große Heiterkeit.) Dagegen sind wir Weinproduzenten einfach machtlos. (Weisfall bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Staatssekretär Graf Pofadomsky: Das letzte Weingesetz ist Gegenstand langjähriger Verhandlungen in diesem Hause gewesen und nach umfangreichen Beratungen mit Sachverständigen zustande gekommen. Nun sind eine Anzahl von flagranten Fällen allerdings vorgekommen, die unter das Weingesetz, unter das Nahrungsmittelgesetz und unter Umständen sogar unter das Strafgesetz fallen. Sofort verlangt man nach einem neuen Gesetz. Ich glaube, gerade die Tatsache, daß sich in diesen Fällen gezeigt hat, daß das Weingesetz eine Handhabe bietet, um solche Fälle zu verfolgen und zur Bestrafung zu bringen, beweist, daß dies Weingesetz doch nicht so mangelhaft ist.

Man scheint versucht zu haben, der Regierung daraus einen Vorwurf zu machen, daß sie Personen als Sachverständige gehört hat, insbesondere bei dem sogenannten Wein-Parlament, die nachträglich auf Grund desselben Gesetzes, bei dessen Vorbereitung sie mitgewirkt haben, zur Verurteilung gekommen sind. Die Personen, die wir zugezogen haben, besonders die Person, um die es sich hauptsächlich handelt, hat einen hochangesehenen Ruf genossen, sie war Mitglied des Gemeindefolgeiums, Vorsitzender des Vereins für Weinbau und Weinhandel im Rheinland und der bayerischen Pfalz.

Vorher hatte sie als Oberkontrollleur beim Oberzolllamt in Hamburg gewirkt.

Nun handelt es sich darum, was soll geschehen? Es ist die Forderung einer scharfen Buchkontrolle erhoben worden. Danach scheinen sich die Ansichten seit der Zeit, wo ich die Ehre hatte, die Weinsteuer hier zu vertreten, sehr geändert zu haben. Damals befristete man eine zu große Belästigung des Weinhandels durch eine solche Kontrolle. Man wandte sich dagegen, daß dem Steuerbeamten das Recht zustehen sollte, die Keller und die Weine einzusehen. Heute fordert man sogar ein Weinsteuergesetz, um auf diesem Umwege eine gute Buchkontrolle zu haben. Ich glaube, mein Kollege vom Reichsstaatsrat wird nichts dagegen haben, wenn man ihm eine Steuer anbietet, die durchführbar und einträglich ist. Es ist mir aber zweifelhaft, ob — wenn erst die Buchkontrolle eingeführt ist — die Herren noch eben so geneigt sein werden, die Steuer zu bewilligen. Ich für meine Person würde mich freuen, wenn überall eine schärfere Kontrolle eingeführt würde, und zwar durch vernünftige Beamte.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung. Donnerstag, den 15. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Beim Titel „Gehalt des Ministers“ sagt Abg. Malles (konf.): Wir hoffen, daß der neue Minister ein echter und rechter Handwerksminister sein wird. (Weisfall rechts.) Die Heimarbeit-Ausstellung hat auch auf meine politischen Freunde einen geradezu erschreckenden Eindruck gemacht. Völlige Klarheit schafft diese Ausstellung aber nicht. In erster Linie mahnt die Ausstellung zu einer Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf die Heimarbeiter. Wir verlangen, daß nur geprüfte Meister die Gesellenprüfung abnehmen. Diese alte Forderung muß bald erfüllt werden. Wir bedauern, daß die Handwerkskammern in der Frage der Sicherung der Bauhandwerkerforderungen nicht gehört sind. Wir verlangen eine bessere Abgrenzung der Begriffe „Fabrik“ und „Handwerk“ und wünschen, daß die bureaukratischen Scherezeien beseitigt werden, die einem Vater jetzt gemacht werden, wenn er seinen eigenen Sohn in die Lehre nehmen will. (1)

Abg. Dr. Schroeder-Rassel (natl.): Nach den Erfahrungen in Oesterreich können wir den Befähigungsnachweis nur für das Bauhandwerk mit einer Scheidung zwischen Stadt und Land fordern. Die Meisterkurse sind in Baden praktisch eingerichtet als bei uns. Sie dauern dort nur 14 Tage. Nach dem Muster Badens könnte man auch Lehrlingswerkstätten einrichten. (Weisfall bei den National-liberalen.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freil.): Ueber die Heimarbeit sind wir jetzt noch nicht so informiert, daß wir die bessere Hand anlegen können. In der sozialen Gesetzgebung muß der Minister energischer mitsprechen, damit nicht bloß

einseitig die Arbeiterinteressen gefördert werden. (Weisfall rechts.)

Minister Dr. Delbrück: Was den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis betrifft, so bin ich grundsätzlich der Ansicht, daß nur der Lehrling ausbilden soll, der selbst den Beweis erbracht hat, daß er in seinem Handwerk etwas versteht. Der praktischen Durchführung dieses Gedankens stehen aber doch erhebliche Bedenken entgegen. Ueber die Frage der Scheidung zwischen Fabrik und handwerkemäßigen Betrieb werden Erhebungen veranstaltet. — Die Heimarbeit-Ausstellung gibt uns

kein einwandfreies Bild.

(Sehr richtig! rechts.) Ich mache aber darauf aufmerksam, daß schon eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen getroffen sind, wie die Einführung der Lohnbücher in der Wäpcheindustrie. Ein Gesetzentwurf über die Regelung der Verhältnisse in der Zigarrenindustrie wird vorbereitet, ebenso wird beabsichtigt, die Versicherung auf die Textil- und Tabakindustrie auszudehnen. Von der Notwendigkeit einer energischeren Vertretung meines Ressorts bin ich überzeugt; ich werde mich bemühen, dem

Beispiel des Landwirtschaftsministers

zu folgen. (Weisfall.) Die Vertretung meines Ressorts wird mir aber leichter werden, wenn die einzelnen Erwerbsgruppen in sich eine Verständigung suchen. Nur auf diesem Wege werden wir in der Lage sein, der politischen Gefahr Herr zu werden, die in der Sozialdemokratie liegt. (Weisfall.)

Abg. Münsterberg (fr. Vg.): Ich freue mich über die Entscheidung, die der Kölner Handwerkerkongress in der Frage des Befähigungsnachweises getroffen hat. Ich hoffe, daß diese Forderung damit von der Bildfläche verschwinden wird.

Abg. Defer (Sop. d. fr. Vg.): Die Angriffe des Freiherrn v. Zedlitz auf den Grafen Pofadomsky haben durch die Wiederholung nicht an Reiz gewonnen. Ich finde aber, daß es sich um einen gewissen planmäßigen konzentrierten Angriff handelt. Sehr bedauerlich ist, daß das gesamte deutsche Wirtschaftsgelände noch nicht weiß, wie die Handelsbeziehungen zu Amerika sich am 1. März gestalten werden, und ich bitte den Minister um Auskunft darüber. Auf dem Gebiete des Heimarbeiterschutzes bleibt noch sehr viel zu tun. Eine energische Sozialpolitik, die genügenden Schutz den Frauen und Kindern gewährt, wird uns eine gesunde Generation schaffen. (Weisfall links.)

Abg. Trimborn (Zentr.): Wir sind für eine

„befonnene“ Fortsetzung der Sozialpolitik, mindestens wie bisher. Bedauerlich ist, daß noch immer keine Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und über Arbeitskammern gekommen ist. Die Handwerker sollten sich mit ihren Forderungen auf das Erreichbare beschränken und namentlich den kleinen Befähigungsnachweis verlangen. Ich hoffe, daß der Gewerbe Minister Delbrück in die Fußstapfen seines Vorgängers treten wird. (Weisfall im Zentrum.)

Minister Dr. Delbrück: Die Schindale sind eine Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens und wir können sie heute nicht entbehren. Wenn ich bei meinen Ausführungen über die Sozialpolitik nicht ausdrücklich die Arbeiter herbeigehoben habe, so ist es doch ganz selbstverständlich, daß ich auch mit den Arbeitern Fühlung nehmen werde. Zwischen dem Grafen Pofadomsky und mir besteht nicht der geringste Gegensatz. Man kann keine gesunde Sozialpolitik machen, wenn man nicht die Interessen der Arbeiter berücksichtigt und wenn die Arbeitgeber nicht die Freudigkeit zur Mitarbeit haben.

Abg. Brütt (L.) begründet eine Resolution, die eine Regelung der Strom-, Schiffs- und Hafenpolizeiaufsicht auf dem Kaiser Wilhelm-Kanal nach dem Gesetz vom 1. April 1903 betreffend Herstellung und Ausbau von Wasserstraßen fordert.

Abg. Hammer (L.) fordert Änderung des Gesetzes über den unläuteren Weidewerb durch Einfügung einer Generalklausel nach dem Muster des französischen Gesetzes und Uebnahme der Warenhaussteuer auf das Reich.

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt und die Resolution Brütt angenommen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr verlegt.

Schluß: 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Abrechnung der Luitwings- und Lantiensteuer, Anrechnung zu einer Anstaltspostkarte, Wehr- und Einkommensteuer.

Die Finanzreformkommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung über die Lantiensteueranträge, die wir in voriger Kammer mitgeteilt haben. Die zum Teil mit großer Lebhaftigkeit geführte Debatte war nicht ganz uninteressant. Der Antragsteller Raden (Z.) führte bei der Begründung an, daß nach den ihm

gewordenen Informationen die Lantien meist in einem umgekehrten Verhältnis zu der damit verbundenen Mithewaltung und Verantwortlichkeit ständen. Je größer die Lantien, je geringer die Leistungen der Aufsichtsräte. Aufsichtsräte, die von 20—30 Unternehmungen Lantien beziehen, seien keine Seltenheit, ja ihm sei sogar ein Herr bekannt, der in 85 Gesellschaften als Aufsichtsratsmitglied Lantien beziehe. Er wolle mit seinem Antrage den mangelhaften Gewinn von oft fabelhafter Höhe treffen. Der darin zum Ausdruck kommende Gedanke sei gleich jenem in der Erbschaftsteuerfrage ventilierten der Besteuerung von Schenkungen und bestehe nur der Unterschied, daß in diesem Falle die Geschenke aus eigenem Gelde gemacht würden, während die Lantien Schenkungen aus dem Gelde anderer seien. Gerade diejenigen Gesellschaftskreise, aus denen sich die Aufsichtsräte rekrutieren, seien die eifrigsten Befürworter der „Flotten- und Weltpolitik“, meist aus den eigenschäftigten Notiben, denn sie hoffen, daß dabei ein Erkleckliches für sie abfällt. (Wandelt das Zentrum in seiner Mehrheit nicht dieselben Bahnen uferloserer Flotten- und Weltpolitik? Weshalb predigt Herr Raden nicht seinen Parteifreunden?) Nach den von ihm auf Grund zuverlässigen Materials angestellten Berechnungen müßte die Steuer einen Ertrag von 10—12 Millionen liefern. Im allgemeinen bekennt er sich auch als Freund der Reichseinkommensteuer, die Singer und Bernheim vorgestern schon an Stelle aller anderen Vorschläge empfohlen hätten.

Gegen den Antrag wandten sich Westermann (natl.), Dietrich (L.) und Genosse Bernke, der hervorhebt, daß man mit demselben Recht auch die Dividenden der Aktionäre und andere Einkommen, die auch mangelhaften Gewinn darstellen, besteuern müsse. Der Antrag aber schlage eine einzelne Kategorie von Kapitalisten vor. Richtiger sei da doch die Verstaatlichung der Berg- und Hüttenwerke usw. Die Betonung der „moralischen“ Momente sei unangebracht. Die Moral müsse in anderer Weise gesichert werden, nicht mit einem solchen Veruhigungspulver, wie es der Antrag darstelle. Der Kulmination der Lantiensteuer könne in anderer Weise entgegengetrieben werden als durch eine derartige Besteuerung. Wir sind gegen Vorlage und alle Anträge auf Grund unserer programmatischen Forderung des progressiven Steuerstems.

Raden, der zu dem schon mitgeteilten Antrag ein Amendement eingebracht hat, mit einer detaillierteren Staffellung und steigender Progression bis zu 10 Proz. bei Lantien in Höhe von 100 000 M. tritt für seinen Antrag ein und bestreitet, was in der vorigen Sitzung von Dietrich angedeutet wurde, daß der Antrag auf Popularitätsbascherei zurückzuführen sei. Er findet, daß die Lantiensteuer eine „ideale Steuerform“ sei, da sie den mangelhaften Gewinn so bequem zu fassen ermöglige.

Gegen die Anträge erklären sich noch Dr. Wiemer (fr. Vg.) und v. Dergen (L.), während die Zentrumsabgeordneten Müller-Gulda, Dr. Jäger und Alois der Wehr nach und wiederholt derselben das Wort reden. Erwähnt mag noch werden, daß sowohl die Befürworter wie die Gegner der Anträge sich im Prinzip als Freunde der von Bernheim empfohlenen Reichseinkommensteuer bekennen.

Bei der nach Schluß der Debatte erfolgten Abstimmung wird die Luitwingssteuervorlage der Regierung einstimmig abgelehnt; der Antrag Raden wird mit allen gegen neun und der Antrag Raab, zu dessen Gunsten Müller-Gulda, der seinen zurückgezogen hat, mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Sodann entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit des folgenden Antrages Raden:

Postkarten mit Abbildungen (Anstaltspostkarten), die im Inlande zur Beförderung gelangen, werden mit 2 Pf. für jede einzelne Karte versteuert.

Es wurden konstitutionelle Bedenken dagegen geltend gemacht, die der Vorliegende jedoch dadurch zum Schweigen brachte, daß er auf den Beschluß aus einer der ersten Sitzungen dieser Kommission verwies, wonach zu neuen, mit den Vorlagen in losem oder gar keinem Zusammenhang stehenden Steuervorschlägen von der Kommission event. nur Resolutionen beschlossen werden sollten, durch die die Regierung aufgefordert wird, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten und sie dem Reichstage als Gesetzentwurf zu unterbreiten. Weiter wurde beschlossen, alle bisher gemachten sonstigen neuen Steuervorschläge, also auch den Anstaltspostkarten-Antrag Raden zur Inangriffnahme der Erbschaftsteuer-Vorlage in erster Lesung zu beraten. Demnach können in heutiger Sitzung zunächst die neuen Steuervorschläge, wozu auch die Wehr-, richtiger Krüppel-Steuer gehört, zur Beratung. Die Kommission könnte erhebliche Zeit ersparen, wenn sie an Stelle aller anderen Steuervorschläge sich auf der einen progressiven Einkommen- und Erwerbssteuer einigte; freilich würde diese die Wohlhabenden treffen.

Koloniale Wehr-, Steuer- und Befragungen. Im Etat für Ostafrika werden zur Errichtung einer weißen Kompanie in der Stärke von 150 Mann und zur Einstellung weiterer 500 farbiger Soldaten 1 238 800 M. gefordert. Die Budgetkommission bewilligte gestern nur 220 000 M. für farbige Soldaten und stieß die weiter geforderte Summe. Eine Anfrage, ob beabsichtigt sei, den Gouverneur Graf Högen abzuführen, wurde vom Prinzen v. Hohenlohe verneint. Abg. Erzberger wiederholte seinen neulichen Hinweis, daß in Ostafrika die Steuern in einer staatsrechtlich unzulässigen Weise erhoben werden, denn die Steuerordnungen des Gouverneurs entbehren der kaiserlichen Sanction. Hier müsse baldige Remedur geschaffen werden, ebenso im Jollwesen. Von Interesse ist es zu erfahren, daß die Eingeborenen für die Hüttensteuer, sofern sie nicht in bar bezahlt wird, 24 bezw. 48 Tage arbeiten müssen; 24 Tage die Männer, 48 Tage die Witwen.

Die Kommission erledigte gestern auch den Etat für Logo, der einzigen Kolonie, die keinen Zufuß erfordert. Genosse Ledebour brachte dabei nochmals die Landlokale der Logogesellschaft zur Sprache, die ganz gewaltige Ländereien von eingeborenen Häuptlingen zum Preis von etwa 8 Pfennigen pro Hektar „gekauft“ hat. Die Sozialdemokraten haben in der vorigen Session beantragt, daß die so schmählich über Ohr gehauenen Regierungsmänner wieder in den Besitz des Landes kommen. Jedoch sämtliche bürgerlichen Parteien stimmten gegen den Antrag, die Regierung sagte jedoch eine Untersuchung zu, die teilweise erfolgt ist. Die damit betraute Kommission hat erklärt: wenn das „gekaufte“ Land in die Hände der Gesellschaft übergeht, ist die Existenz der Regier in Frage gestellt. Genosse Ledebour verlangte genaue Auskunft, was die Regierung getan habe bzw. zu tun gedenke. Gemeinrat Klein erklärte, erst im Bezirk Nambo sind genaue Untersuchungen vorgenommen worden. Den Eingeborenen ist genügend Land zur Fristung der Existenz — rund drei Hektar pro Kopf — zuübedgeben worden. Weitere Untersuchungen sollen folgen. Mit der ganzen Weisheit eines Zentrumsmannes wollte Abg. Erzberger dem Reichstag, und dabei natürlich in erster Linie der regierenden Partei das Verdienst an der Landregelung zusprechen. Genosse Ledebour verwarf jedoch den Herren die Freude durch die einfache Konstatierung der Tatsache, daß die Sozialdemokratie allein stand im Kampfe für die Landrechte der Regier. — Von sozialdemokratischer Seite wurde gefordert, daß nun endlich die Petition der verurteilten Kameruhäuptlinge verhandelt werde. Prinz v. Hohenlohe sprach seine Bereitwilligkeit dazu aus und teilte gleichzeitig mit, daß das Urteil gegen die Häuptlinge aufgehoben worden und die Sache einem anderen Gericht übergeben worden ist. Die leichtbestraften Häuptlinge sind in Freiheit gesetzt worden.

Prüfung der Wahl Vorzugs. Im Wahlkreise Herzogtum Altenburg fand am 20. April 1904 eine Nachwahl statt, weil der Reichstag bekanntlich das Mandat unseres Genossen Buchwald für unzulässig erklärt hatte, weil der Minister — sich gegen die Sozialdemokraten ausgesprochen hatte. Bei der Nachwahl saßen sich der Kompromißkandidat der bürgerlichen Parteien Porzig und unser Genosse Buchwald-Altenburg gegenüber. Ersterer erhielt 18 083, Buch-

wald 17427 Stimmen. Gegen die Wahl Porzigs ist Protest erhoben worden. In Trodenhorn sind die amtlichen Wahlkardinal mit eingelegten Stimmzetteln ausgegeben worden, ebenso in Großenhain. Die Wahlprüfungskommission kam wegen dieser gesetzlichen Verträge zur Koffierung der Wahlakte in genannten Orten. In demselben Beschlusse kam sie bezüglich der Orte G. und Reinstädt, wo durch eine widergesetzliche Kontrolle das Wahlgeheimnis aufgehoben sei.

Eine längere Debatte entspann sich über das Verbot einer Wählerversammlung in Jechau, in der ein Referent in polnischer Sprache sprechen sollte, weil in der nächsten Umgebung Jechau zirka 900 polnische Wähler wohnen und arbeiten. Das Landratsamt in Altenburg verbot diese Versammlung, weil die Behörde keine überwachenden Beamten habe, die der polnischen Sprache mächtig sind. Das herzogliche Ministerium bestätigte das Verbot, gegen das vom Vizepräsident der Versammlung Beschwerde erhoben worden war. Die Versammlung konnte dann nicht mehr abgehalten werden. Es wurde von verschiedenen Seiten der Protestpunkt für erheblich erachtet, nur solle aus dem altenburgischen Verbotungsgebot festgesetzt werden, ob dieses Gesetz mit § 17 des Wahlgesetzes kollidiere, in dem das Versammlungsrecht der Wähler garantiert ist. Außerdem sollte versucht werden, die Wirkung dieses Verbotes durch Erteilung d. r. polnisch sprechenden Wählerkarte in diesem Bezirk zu erforschen. Befehl Vornahme dieser Untersuchungen wurde die Beratung über die Wahl vertagt.

Begründung des Urteils gegen die „Leipziger Volkszeitung“.

Die mündliche Begründung des drakonischen Urteils gegen den Genossen Heinig entnehmen wir der „Leipziger Volkszeitung“, die diese Urteilsgründe auf Grund stenographischer Nachschrift veröffentlicht. Die

Urteilsgründe

lauten: „Die Artikel, worin die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erblickt wird, sind die preussische Thronrede in Nr. 282, und Deutschland in Nr. 286, Die Wahlrechtsverschärfung in Nr. 282, Weihnachten in Nr. 297 und Groß im Kleinen in Nr. 2 d. J. Die Landtagsbeleidigung wird in dem Witten in Sachen überschriebenen Artikel in Nr. 290 der „Leipziger Volkszeitung“ und Nr. 292 der „Volkszeitung für das Pudental“ gefunden; hingegen hat das Gericht in dem zuletzt genannten Artikel keine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erblickt und den Angeklagten deshalb sowie wegen der Eröffnungsbefehle aufgeführten Artikel und wegen des Inserats freigesprochen.“

Der säkularen Zweiten Kammer wird die Befugnis zugesprochen, den Urteilsstenor im „Dressener Journal“, in der „Leipziger Zeitung“, in der „Leipziger Volkszeitung“ und in der „Volkszeitung für das Pudental“ zu veröffentlichen. Das Gericht hatte die Artikel im einzelnen auf den Tatbestand des § 190 zu prüfen, ob durch ihren Inhalt zu Gewalttätigkeiten aufgereizt worden ist und ob er in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise gewirkt hat, und auf der anderen Seite, ob er bei der bedrohten Bevölkerungsklasse eine Verunreinigung ihrer durch die Rechtsverhältnisse gesicherten Existenz hervorgerufen hat. Weiter hatte es zu prüfen, ob der Angeklagte die Artikel zuvor gelesen hat, und gewußt, welche Wirkung sie auf die Klasse, an die sie gerichtet waren, haben konnten.

Das Gericht hat jeden Artikel seinem ganzen Inhalt nach geprüft. Weiter hatte es den Zusammenhang der Artikel und die große Verbreitung durch die „Volkszeitung“ sowie auch wie der Inhalt ausgelegt werden würde, zu beachten.

Die geführte Sprache ist dem Angeklagten bekannt, er ist selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen; aber auch dem Gericht ist sie aus der Praxis im Gerichtssaale bekannt. Er hat die aufreizende Sprache geführt in einer bewegten Zeit, in Zeiten der erbittertesten Kämpfe diese Artikel veröffentlicht. In den von diesen Artikeln bedrohten Kreisen mußten sie Verunreinigung hervorzurufen.

Es ist nicht nötig, daß Gewalt angewendet wird, es genügt, wenn dazu geneigt gemacht wird, um den Tatbestand des § 190 zu erfüllen.

Der Vorsitzende verwahrt sich dagegen, daß dem Gericht entgegengehalten werde, es hätte die Beurteilung auf die aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze hin eintreten lassen, wenn er jetzt dazu übergehe, nur einzelne Stellen aus den Artikeln anzuführen.

In dem Artikel Die preussische Thronrede heißt es, daß sich das Proletariat diesen infamen Streich nicht ruhig gefallen lassen werde. Die Wahrheit, als könne unter dem System noch einmal gewählt werden, muß den Nachhabenden ausgetrieben werden, koste es was es wolle.

In dem Artikel und Deutschland? wird die Wahlrechtsfrage behandelt. Darin heißt es, daß das Volk zum Ueberlaufen voll ist. In Verbindung damit wird gezeigt, wie sich das russische Proletariat Rechte erkämpft und daß es ohne Kämpfe hier in Deutschland auch nicht abgehen wird. Hier sei, meinte der Vorsitzende, der direkte Hinweis auf die russische Revolution und von einer langsamen Entwicklung keine Rede.

In dem Artikel Wahlrechtsverschärfung laute die Parole Vorwärts! Blut sei auch heute noch ein besonderer Saft, wer Blut säe, werde Blut ernten. Koch sei es Zeit für die Nachthaber, aber spät sei es, die erste Stunde. Hier sei direkt Klasse gegen Klasse aufgereizt. Es sei der einzige Artikel, worin der Hinweis auf die russische Revolution fehle.

In dem vierten, dem mit Weihnachten überschriebenen Artikel heißt es: Revolution auf Erden und allen Unterdrückten ein Wohlgefallen. Und ihre Sorge wird es sein, daß der Sturm nicht eher aufhören wird zu brausen, bis alle Klassengegensätze mit der Wurzel ausgerottet sind usw.

In dem fünften Artikel endlich: Groß im Kleinen wird aus der Art der Behandlung der russischen Revolution die Aufreizung gefunden und besonders in den Sätzen: Lenen die Nachthaber hier nicht bald ein, wird es kommen wie in Rußland. Darum seid bereit!

In diesem Artikel erachtet das Gericht subjektiv wie objektiv die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten enthalten.

Durch den gelinden Druck der Strafe, durch Gewaltakte sollten die Forderungen durchgesetzt werden. Damit entfalle auch die Verteidigung des Angeklagten, daß es sich nur um einen Geisteskampf handele.

Was den Artikel Witten in Sachen anlangt, so habe das Gericht keine prozessualen Bedenken getragen, ihn in die Ver-

urteilung mit einzubeziehen. Die Spruchkammer ist an das durch die Öffnungskammer Aufgenommene durchaus nicht gebunden. Sie kann neues Material einbeziehen, wie sie solches aus dem Öffnungsbefehle auch ausscheiden kann. Sie kann die von der Öffnungskammer angenommene Einheit der Handlungen in eine Mehrheit zerlegen, wie sie auch umgekehrt verfahren kann. Im vorliegenden Falle hat das Gericht mehrere selbständige Handlungen angenommen, weil die Artikel über eine längere Zeit hin verschiedene Materien behandelten.

In dem Artikel „Witten in Sachen“ hat das Gericht den Tatbestand der Aufreizung nicht erblickt, auch ist die Ständekammer als keine Bevölkerungsklasse zu betrachten. Die Verurteilung erfolgte nur wegen der Beleidigung aus § 185. Der Artikel beleidigt, verhöhnt und beschimpft die Kammer in der gemeinsten Art.

Bei der Strafausmessung mußte die besonders große Gefahr berücksichtigt werden, sowie die große Verbreitung der Artikel; bei der Beleidigung die Zahl der früheren Strafen. Was zu seinen, des Angeklagten, Gunsten gesagt werden könnte, sei nur, daß es durch die Aufreizung zu keinen Gewalttätigkeiten gekommen sei, der § 180 sage aber auch, daß es zur Erfüllung seines Tatbestandes dazu auch nicht zu kommen brauche.

Für jeden einzelnen der fünf Artikel habe das Gericht sechs Monate, für die Beleidigung fünf Monate Gefängnis ausgeworfen und diese dann zu der angelegenen Gesamtstrafe von einem Jahre und neun Monaten Gefängnis zusammengezogen.“

Diese Begründung zeigt in noch klarerer Weise, als schon die Verhandlung und die Tatsache der Verurteilung es vermochten, daß Genosse Heinig verurteilt ist, weil die „Leipziger Volkszeitung“ die Interessen der Arbeiterklasse wahrgenommen hat. Er ist verurteilt, weil die Artikel auch nach Ansicht des verurteilenden Gerichts für das Recht des Volks und gegen die Vorrechte der herrschenden Klasse lebhaft eintraten, hierdurch aber bei dieser Klasse „eine Verunreinigung ihrer durch die Rechtsverhältnisse gesicherten Existenz hervorgerufen“ wurde. Diese Urteilsbegründung entspricht zweifellos der subjektiven Ueberzeugung des Richters. Sie gibt desto klarer zu erkennen: der Angeklagte ist verurteilt, weil er als politischer Gegner der Vorrechte aufgetreten ist. Die Begründung mag freilich dem gerecht erscheinen, der annimmt, Aufgabe der Gerichte sei es, dem Nachgefühl der herrschenden Klasse und nicht dem Rechtsgefühl des Volkes Ausdruck zu geben.

Das Gericht hätte seine Begründung viel einfacher gestalten können. Im Jahre 1889 erklärte die Landespolizeibehörde zu Lörach, Offenburg, Preußen:

„Die Sozialdemokraten verlangen eine Sozialreform auf gesetzlichem Wege, welche eine vernünftige und gerechte Verteilung der menschlichen Arbeitsprodukte an diejenigen ermöglicht, welche durch geistige oder körperliche Arbeit die nützlichen Werte erzeugen“, solche Forderung sei aber nur auf dem Wege des gewaltlosen Umsturzes der bestehenden Ordnung möglich, weil die jetzigen mächtigen Klassen sich den Eingriff in ihre Rechte nicht gefallen lassen würden.

Diese Begründung des Löracher Polizeiamts hatte den Vorzug der Klarheit vor den „Gründen“ des Leipziger Urteils. Diese hätten kurzweg lauten können: „Die „Leipziger Volkszeitung“ hat eindringlich dargelegt, daß die Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung und auf dem Wege zur Befreiung sich das allgemeine, geheime, gleiche Wahlrecht erringen will und wird. Sie hat das mit so überzeugenden Gründen und in so eindringlicher Sprache getan, daß der politische Gegner der Arbeiterklasse „beunruhigt“ ist, weil er fühlt, daß die „Leipziger Volkszeitung“ recht hat und die politische Anechtung auf die Dauer unmöglich ist. Fühlt sich die herrschende Klasse beunruhigt, so greift sie zur Gewalt, um den gesetzlich vorgehenden Gegner einzufrieren oder niederschlagen — also hat die „Leipziger Volkszeitung“ die herrschende Klasse zur Gewalt aufgereizt.“

Das Urteil und seine Begründung sind auch ohne den dekorativen Hintergrund, den die staatsanwaltschaftlichen Exzerziten bereiteten, geeignet, Tausende heute noch der sozialdemokratischen Idee Fernstehender zur Empörung gegen die Justiz zu treiben, die ein solches Urteil zu zeitigen in der Lage ist.

Aus Industrie und Handel.

Wesig kein Verdienst!

Daß ein ehrwürdiger Bart nicht vor tödlichen, hohlsten Anwürfen schützt, hat Graf Wosadowitsch schon satirisch erfahren. Besonders seine Aeußerung, daß der Wesig mehr eine angenehme Tatsache, aber meist kein Verdienst sei, hat in den Kreisen der — Liebesgabenempfänger böse Verschnupft. In der Scharfmacher- und in der Junterpresse wird Rosa jetzt heruntergeputzt wie ein Schulbude, was allerdings nicht hindert, daß die in diesem Kampf Vereintens sonst sich gegenseitig Liebesgabenjäger vorwerfen. Wie leicht tatsächlich diese Riesensummen erworben werden, dafür bietet der Verkauf der „Hercynia“ wieder mal ein interessantes Musterbeispiel. Am 30. Dezember vorigen Jahres notierten die Ruzer Gewerkschaft 22500 Mark. Der Staat bot am 15. Januar dieses Jahres eine Kaufsumme von 80 000 000 Mark. Das bedeutet für die Papierinhaber einen Kapitalgewinn von 7500 000 Mark. Was haben die Papierarbeiter dafür geleistet? Nichts! Einige Leute, die auch nicht das allergeringste Recht an dem Ertragnis des Unternehmens reklamieren können, „verdienen“ ohne das geringste Verdienst große Vermögen. Von irgend einer Seite war einzelnen Personen von der Absicht der Regierung etwas zugeblasen worden, sie brachten Ruzer der „Hercynia“ an sich und hatten binnen wenigen Tagen 5—6000 R. pro Stück „verdient“. So gewannen einzelne Leute im Handumdrehen Summen, die der fleißigste Arbeiter bei mühevollster Schufterei in seinem ganzen Leben nicht verdienen kann. Ja Wesig ist eine angenehme Sache — und die Hege der verdienstlosen Wesigenden gegen die Wesiglosen ist das Widertätigste, Roheste und Ungerechteste, was es nur geben kann.

Der Sturz des — Engels. Daß der Konflikt im Vergewaltigten Verein, der jetzt äußerlich durch die Suspendierung des Bergmeisters Engel aktuell geworden ist, mit Streitfragen im Kohlsyndikat in Verbindung steht, scheint uns nachfolgende Meldung der „Essener Volkszeitung“ zu bestätigen: „Der Ausbruch des Konflikts liegt schon einige Wochen zurück. Hervorgehoben wurde er durch Reinigungsverschiedenheiten, die zunächst zwischen Geh. Rat Krabler und Bergmeister Engel eingetreten waren, die äußerlich durch die Zugehörigkeit des Herrn zum Vorstand begründet wurden. Geh. Rat Krabler

war in seinem Briefwechsel in eine Tonart verfallen, wie sie unter Gleichberechtigten nicht üblich ist. Als Engel in derselben ungehörigen Form antwortete, kam es zu erregten Auseinandersetzungen innerhalb des Vorstandes des Vergewaltigten Vereins, wobei sich zwei scharf abgegrenzte Gruppen bildeten. Als der Antrag wegen Amtsentsetzung zur Abstimmung gebracht wurde, erklärte sich die von Geh. Rat Krabler beeinflusste über-schwarzmacherei Gruppe mit elf Stimmen dafür, während die aus geschäftlichen Erwägungen verschüchterte gestimmte Interessengemeinschaft der Herren Thyssen, Stinnes und Füncke mit 8 Stimmen in der Minderheit blieb. Wie hart die Gemüter bei diesen Auseinandersetzungen aufeinandergeplagt sind, läßt sich daraus erkennen, daß die Minderheit mit ihrem Austritt aus dem Vergewaltigten Verein gedroht hat bezw. die Mehrheit für die entstehenden Unkosten partiell haftbar gemacht wissen wollte. Bergmeister Engel hat zur Sicherung seiner kontraktlich festgelegten finanziellen Rechte den Klageweg beschritten. Er verlangt die Auszahlung seines Gehaltes für eine fünfzehnjährige Dauer; man spricht von einem Gesamtschuldensumme in der Höhe von etwa 500 000 Mark. Die Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß gerade Geh. Rat Krabler es war, der vor Jahresfrist gelegentlich des Vergewaltigten Ausstandes, als Bergmeister Engel seine gefährdete Stellung im öffentlichen Leben, insbesondere die Unmöglichkeit geltend machte, jemals wieder in den Staatsdienst zurückzukehren zu können, dessen Aufnahme in den Vorstand und die finanzielle Sicherung veranlaßte.“

Nach diesen Auslassungen ist Herr Engel einem vorbereiteten Stoß erlegen. Thyssen, Stinnes und Füncke sind die Persönlichkeiten, welche sich mit den von ihnen kontrollierten Unternehmen bereits vollständig auf das Auseinanderfallen des Kohlsyndikats eingerichtet haben. Eine Ironie des Schicksals ist es auch, daß Bergmeister Engel, der mehr das treibende als das getriebene schwarzmacherei Element war, nun selbst den Herrn im Ganse-standpunkt der Kohlsyndikats unliebsam zu kosten bekommt. Es entbehrt auch nicht eines pikanten Beigeschmacks, wenn man jetzt erfährt, daß Herr Engel, der beim letzten Vergewaltigten Streik furchbar wider die Hände der Vergehrlichkeit bei der Arbeiterschaft wetterte und tobte, für solche Arbeit jährlich zirka 35 000 Mark erzielte. Das Scharfmachen ist doch lohnender als das Kohlengraben.

Riesengewinn!

Am Mittwoch stiegen die Aktien des Förder Vergewaltigten und Gültensvereins an der Börse um 2 1/2 Proz. Es verlautete, daß das erste Semester einen Betriebsüberschuß von 3 324 000 M. ergeben hätte gegen rund 2 400 000 M. im Vorjahre. Demnach wäre der Gewinn gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um fast 40 Proz. gestiegen, und der im letzten halben Jahre pro Kopf der beschäftigten Arbeiter erzielte Betriebsgewinn beläuft sich auf rund 400 M. In den Halbjahren 1902/03 und 1903/04 beliefen sich die Löhne der Arbeiter auf 641 resp. 665 M. Ob die Arbeiterlöhne nun auch um 40 Proz. steigen ???

Dividendenlegen. Die Adler-Fahrradwerke in Frankfurt a./M. verteilen „nur“ 20 Prozent Dividende gegen 16 Prozent im Vorjahre. 14 Prozent Dividende, gegen 6 Prozent im vorigen Jahre schütteten die Premer Zinkwerke aus. Die Maschinenfabrik Brünner bringt 14 Prozent Dividende zur Verteilung, im Vorjahre 12 Prozent. Der Apfelbacher Bergbauverein, der im vorigen Jahre 8 Prozent Dividende erbrachte, wird jetzt 10 Prozent verteilen. Von 22 auf 25 Prozent steigt die Dividende der Spinnfabrik Aktien-gesellschaft, 30 Prozent, gegen 10 Prozent im Vorjahre, schüttet die Aktiengesellschaft Schönhäuseraue aus.

Im Schweiße — anderer Leute! Das Steigen der Aktien der amerikanischen Kupfergesellschaften soll dem Montaner Kupferkönig J. Augustus Heinz einen Gewinn von 5 000 000 Pfund Sterling gebracht haben. Dafür will er sich dem auch jetzt — verheiraten und er findet eine lachende Braut.

Frachtwagen für Automobils. Die Beförderung von Automobils stellt an die amerikanischen Bahnen solche Anforderungen, daß die Pennsylvania die erste ist, welche für den Zweck den Bau besonderer Frachtwagen angeordnet hat.

Von der schweizerischen Seidenindustrie. Die Järcherische Seiden-industrie-Gesellschaft veröffentlicht soeben die Ergebnisse der von ihr im Jahre 1904 vorgenommenen Erhebung über den Stand dieser Industrie. Danach ist die Zahl der Handwebstühle von 80 808 im Jahre 1881 zurückgegangen auf 18 041 in 1904, also um weit mehr als die Hälfte. Die Zahl der Heimarbeiter betrug 1897 26 800, 1904 noch 19 000. Die mechanischen Webstühle haben von 3151 in 1881 eine Vermehrung erfahren auf 14 915 in 1904. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den mechanischen Seidenwebereien betrug 1885 5563, 1904 17 619. Eine sehr interessante Illustration zur Internationalität des Kapitals liefert die Tatsache, daß Järcher Seidenfabrikanten im Jahre 1904 im Auslande 11 253 (1900: 8583) mechanische Webstühle beschäftigten und zwar 5172 in Deutsch-land, 1788 in Frankreich, 1889 in Italien, 2904 in den Vereinigten Staaten. Ein Vergleich der gesamten Seidenwebstühle der Schweiz mit anderen Ländern, in denen die Seidenstoffweberei betrieben wird, ergibt folgende Uebersicht. Es wurden gezählt:

	Handstühle	Mechanische Stühle
Frankreich	zirka 35 000	98 000
Rußland	20 000	30 000
Schweiz	13 000	15 000
Italien	9 000	11 000
Deutschland	5 000	16 000
Oesterreich	3 000	8 000
Spanien	3 000	3 000
England	1 000	1 500
Ver. Staaten	—	40 000

Die Ver. Staaten kennen demnach in der Seidenweberei den Handstuhl überhaupt nicht und mit dem mechanischen Stühle stehen sie an der Spitze aller Länder. Deutschland nimmt den fünften Rang mit den Handstühlen und den dritten Rang mit den mechanischen Stühlen ein, es folgt hinter Amerika und Frankreich, gehört also auch auf dem Gebiete der Seidenweberei zu den ersten Industriestaaten.

Wasserstand am 14. Februar. Elbe bei Ruffig + 0,12 Meter, bei Dresden — 1,46 Meter, bei Magdeburg + 1,42 Meter. — Unstrut bei Straßfurt + 1,45 Meter. — Oder bei Rathor + 0,95 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,81 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,66 Meter, bei Frankfurt + 1,55 Meter. — Weichsel bei Braßembude + 2,94 Meter. — Warthe bei Posen + 1,28 Meter. — Rège bei Uch + 1,24 Meter.

Teures Fleisch — billige Seefische!!
Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madalstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz). | (im Schlessischen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).

Wir empfehlen besonders:
Fig. pr. Pfd.
Kabeljau ohne Kopf 28
Gr. Sehellfisch mit Kopf 32
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Die Revolution in Rußland.

Neue Bluttaten Väterchens und seiner adeligen Helfershelfer.

Während der Oberster Delow, unterstützt von der rigischen Stadtwahlmohlung, die jetzt schon seit einigen Wochen über das Wohl der Einwohner in geheimen Sitzungen beschließt, die „Vazifizierung“ Rigas befördert, durchstreifen seine Horden in den letzten Tagen noch einmal das Land, überall blutige Spuren nachlassend. So überfielen nach der „Jauna Dernas Kapa“ die Dragoner unter Leitung der adeligen Kreisdecks am 2. Februar zum zweitenmal die Gemeinden Jarnisau, Nemberg und Aldern. In Jarnisau wurde der Richter D. unter schrecklichen Qualereien daraufhin ausgeföhrt, wer im Monat Dezember den Weinkeller der örtlichen Barone geplündert hätte. D. wußte von der ganzen Sache nichts, konnte daher auch keine „Mitschuldigen“ angeben, dennoch bekam er fünfzig Schläge. Außer an D. wurde die Körperstrafe noch an acht anderen Personen vollstreckt, von welchen eine jede 50 bis 200 Schläge bekam. Die Zeitung fügt hinzu, daß die Bewohner der Umgegend noch einige Stunden später das Geföhne der Unglücklichen gehört haben. In derselben Zeit besuchte das Militär zum zweitenmal das Gut Stahmeru (Lieland) und befahl der örtlichen Gemeindeverwaltung unter Androhung von Todesstrafe den Aufwächter V. zu verhaften. V. wurde nach Wall gebracht und hier mit vier anderen erschossen. Drei wurden zu Tode geprügelt. In Alt-Schwabenburg sind im ganzen 32 Personen, in Dünse 11 erschossen worden, einige wurden blutig geschlagen. Ueberall werden die Exekutionen nach vorher zusammengefügten Listen vorgenommen. Zum Beweise dafür, daß diese Arbeit von den örtlichen Gutbesitzern befohlen wird, soll der Umstand dienen, daß vorläufig die meisten Exekutionen auf den Privatgütern vollstreckt worden sind. — Nach langer Zeit haben die örtlichen Barone wieder gute Gelegenheiten, auf Rechnung der Revolutionäre sich an ihre persönlichen Feinde zu machen. So überfiel nach dem russischen Blatte „Russ“ Graf Wahlen-Hofzumberge (Kurland) den Bauernhof der eigenen Gemeinde Kunge und legte eigenhändig an demselben das Feuer an. Der Wirt dieses Gutes führt im Namen der Gemeinde seit Jahren einen Prozeß mit Graf Wahlen, der von seinen Kreditoren verlangt, sie sollen ihm die Zahlungen in Gold leisten. Die Sache befindet sich im Senate. Jetzt werden aber die Wahren die Lust verloren haben, mit dem Gutsherrn weitere Prozesse zu führen. Am 8. Februar wurde in Groß-Gabrun der lettische Volksdichter J. Deostakzin erschossen. Ueberhaupt befinden sich unter den in allerletzter Zeit Erschossenen nicht weniger als zehn Volksdichter.

Die Regierung versucht mit allen Mitteln wenigstens die „Trene“ des Militärs sich zu erhalten. Alle nach den Diszessionsprovinzen zur „Veruhigung“ des Landes- und Städteproletariats geschickten Offiziere bekommen einen viermonatlichen Extralohn vorausbezahlt. Die Soldaten bekommen jetzt doppelten Sold und größere Fleischportionen, außerdem ist noch kein einziger Fall bekannt, wo die aus den Landgauen erschossenen „Revolutionäre“ nicht zuerst oder nachher von den Dragonern herabgeworfen worden wären. Der Regierung kommt auch in dieser Beziehung der örtliche Adel zu Hilfe. So wurden von den Ritterschaftsämtern in Dorpat und auf vielen Gütern Kurlands zu Weihnachten Christbäume für die Dragoner gebrannt. In Mitau vertauschten die Dragoner ihre wollene Leibwäsche, die sie von den adeligen Christkindern bekommen hatten, nachher gegen Brautwein.

Das schrecklichste hat sich aber der kurländische Gouverneur Anjaseff erlaubt. Nach der Schlacht bei Ludum wurden die Leichen der gefallenen Dragoner nach Mitau gebracht. Der Denker Anjaseff, der zusammen mit den Baronen D. und S. Grothuß jetzt über das Leben der kurländischen Bauern entscheidet, zeigte die Leichen, denen Ohren und Nasen abgeschnitten worden waren, dem verammelten Militär und wollte auf diese originelle und zugleich bestialische Art den Haß der russischen Soldaten gegen die Leuten festlegen. Nachher gelang es dem sozialdemokratischen Komitee durch Nachfragen unter den in Ludum stationierten Infanteristen festzustellen, daß alle Leichen unversehrt und unverletzt worden sind.

Das sind die Mittel, deren sich russische Regierungsbesten in den Diszessionsprovinzen bedienen. Reichstagsabgeordneter v. Maljan sollte doch das Material genauer sichten, mit dem er gegen die russische Revolution im Reichstage zu Felde zieht.

Die Ursache der Greuelthaten im Kaukasus.

Da die Greuelthaten im Kaukasus trotz der ununterbrochenen Truppenbewegungen noch immer nicht aufhören wollen, so bildete sich kürzlich ein armenisch-tatarisches Komitee, das sich zur Aufgabe gestellt hat, die Ursachen der fortgesetzten Greuelthaten festzustellen. Schon nach kurzer Beratung ist dieses armenisch-tatarische Komitee auf Grund des ihm vorliegenden reichen Materials zu nachfolgenden äußerst bemerkenswerten Schlüssen gekommen: Die armenisch-tatarischen Zwistigkeiten im Kaukasus sind hervorgerufen und werden unterhalten durch die Regierungsprovokation, die eine gegenrevolutionäre Bewegung der unwissenden Masse bezweckt. Diese Zwistigkeiten vergrößern sich durch den Kampf um die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie beider Nationen, durch die Befürchtungen der Wechs und der Gutsbesitzer derselben Nationen um ihre Privilegien und die Herrschaft, sowie durch die egnationalistischen Tendenzen eines Teiles der Dreiviertelintelligenz. Da die sogenannten Friedenskommissionen, die keine ernste Stütze im Volke haben, und die eingeführte Form der Selbstverteidigung der Nationalitäten gänzlich versagt sind, so schlägt das armenisch-tatarische Komitee vor: die Organisation des Bauerntums und der arbeitenden Massen, die Schaffung einer internationalen Miliz, sowie eine Organisation gemischter demokratischer Verwaltungen durchzuführen, wodurch der ganze Kaukasus beruhigt werden könnte.

Furcht vor neuen Waffenlandungen.

Das russische Marineministerium entsendet demnächst nach Finnland eine speziell ausgerüstete Schereneexpedition. Letztere soll in erster Linie eine genaue Untersuchung der finnländischen Scherene vornehmen, worauf neue Karten und Pläne herausgegeben werden.

Hooligans.

Riga, 14. Februar. Heute vormittag drangen einige Leute in die Wohnung einer jüdischen Witwe ein und tadelten deren Dienerin. Daraus ermordeten sie die Witwe, plünderten die Wohnung und brachten sich dann in Sicherheit.

Heimarbeiter-Ausstellung.

Holzindustrie.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat sich durch eine Anzahl von Erzeugnissen verschiedener Zweige der Holzindustrie, soweit sie Heimarbeiter sind, an der Ausstellung beteiligt. Eine von dem genannten Verbande herausgegebene Heime Schrift: „Wilder aus der Heimarbeiter in der Holzindustrie“ gibt manche wertvollen Aufschlüsse über die Produktionsmethode und die Lage der Arbeiter in den betreffenden Aufzweigen. Es sind einige

Gewerbezweige dabei, die nicht gerade Holz, oder doch nicht nur Holz verarbeiten, deren Arbeiter aber zum Organisationsgebiet des Holzarbeiterverbandes gehören und deshalb hier eingereicht sind.

Spieldwaren aus Holz werden im sächsischen Erzgebirge angefertigt. Es handelt sich hier um andere Artikel wie die im Weiminger Oberland erzeugten Spieldwaren, die in Nr. 20 des „Vorwärts“ besprochen wurden. Das Meist der erzgebirgischen Spieldwarenmacher ist aber genau so trostlos, wie die Verhältnisse der Heimarbeiter des Weiminger Oberlandes.

In Eppendorf und einigen anderen Orten werden Puppenmöbel, Puppenstuben, Festungen und dergleichen angefertigt. In diesem Spezialzweig ist die Produktion zum Teil Heim-, zum Teil Fabrikarbeit. Durch Maschinen wird das Holz soweit bearbeitet, daß nur noch die einzelnen Teile zusammengesetzt werden brauchen. Das Zusammenfügen wird zum großen Teil in der Heimarbeiter verrichtet. Die Fabrikarbeiter nehmen die Teile mit nach Hause. Dort nageln und leimen Frau und Kinder die Sachen zusammen, auch der Mann hilft nach Schluß der Fabrik, abends und Sonntags, bei dieser Arbeit.

In Seiffen, Heidelberg, Steinhäbel, Eintriedel und den umliegenden Dörfern werden Artikel erzeugt, die ganz oder teilweise Drechslarbeiten sind. Hier herrscht ausschließlich Heimarbeiter, für die der Arbeiter sämtliches Material selbst zu beschaffen hat. Die fertigen Sachen verkauft der Heimarbeiter, natürlich zu unglücklich niedrigen Preisen, an den Verleger, der es sich wohl zuzumute zu machen weiß, daß der Hunger den Spieldwarenmacher zwingt, seine Erzeugnisse um jeden Preis loszuschlagen. Diese armen Hungerleider, deren ganze Existenz in der Hand eines Kaufmannes liegt, gelten den Verlegern gegenüber als selbständige Handwerker. Sie halten sich auch wohl selbst für solche, wenigstens die Angehörigen eines Spezialzweiges, die Reifendrehler, die zur Zeit, als der Holzarbeiterverband seine Erhebungen vornahm, gerade daran waren, eine — Joangsinnung zu gründen. Wenn die Reifendrehler sich als selbständige Handwerkermeister fühlen, so mag das darin seinen Grund haben, daß sie nicht unmittelbar für den Verleger arbeiten, sondern ein Halbfabrikat herstellen, welches sie an andere Heimarbeiter verkaufen, die daraus fertige Ware produzieren. So ein Reifendrehler mietet nämlich in einer Fabrik eine durch Dampf betriebene Drehbank. Da dreht er aus selbstgekauftem Holz Reifen. Der Heimarbeiter verarbeitet diese Reifen in der Art, daß er sie in Stücke spaltet, genau so, wie man einen Raspfen in Stücke schneidet. Je nach der Form, die der Dreher dem Reifen gab, zeigen die abgespaltenen Stücke die Umrisse bald dieses, bald jenes Tieres, die nun vom Heimarbeiter fertiggestellt und dann oft auf stundenlangen Wegen zum Verleger geschleppt werden, der den ihm gut dünkenden Preis dafür zahlt. — Bei der Herstellung dieser Artikel ist ohne Ausnahme die ganze Familie beschäftigt. Selbst Kinder bis zu vier Jahren herab müssen mithelfen. So wird Tag für Tag in 16., 18., 20stündiger Arbeitzeit geschuftet, und selbst der Sonntag ist selten ein Ruhetag. — Hinsichtlich der Arbeitszeit stehen die Reifendrehler wohl ein wenig besser da. Die gemietete Dampfstrafe wird ihnen nur 11 bis 12 Stunden täglich geliefert, jedoch befragen sie die Vorrichtung des Holzges vor oder nach der Arbeitszeit, so daß der Arbeitstag immer noch übermäßig lang ist.

Wie die ausgestellten Artikel zeigen, verdienen die erzgebirgischen Spieldwarenmacher Stundenlöhne von 2 bis 4 Pf. Dabei ist jedoch nur die Arbeit der vollbeschäftigten Personen, aber nicht die der kleinsten Kinder, welche nicht ansehend arbeiten, mitgerechnet. Eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei großen sowie ein bis zwei kleinen Kindern kann demnach in einem 16stündigen Arbeitstage 1,00 bis 3,20 M. verdienen. Selten werden höhere, oft aber noch geringere Löhne erzielt. Daß unter solchen Umständen die Lebenshaltung der Arbeiter eine geradezu elende ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Kartoffeln und Weizen bilden die Hauptnahrung. Verdrückten wir dazu noch die miserablen Wohnungsverhältnisse, wo Werkstatt, Wohn- und Schlafstube meist ein und derselbe Raum ist, so haben wir eine ungefähre Vorstellung von dem trostlosen Jammerdasein der erzgebirgischen Spieldwarenarbeiter.

Ruskinstrumente werden im sächsischen Vogtlande hergestellt. Der Ort Klingenthal ist Mittelpunkt für die Fabrikation von Posa- und Mundharmonikas. Die Arbeit an diesen weit verbreiteten Volksinstrumenten geschieht nur zum kleinen Teil in Fabriken, überwiegend wird sie durch Heimarbeiter angefertigt. Der Produktionsprozeß ist im allgemeinen der, daß die Bestandteile der Harmonikas von verschiedenen Spezialbranchen der Heimarbeiter angefertigt werden, während in der Fabrik die Instrumente zusammengesetzt und verpackt werden. Die in der Hausindustrie verrichtete Teilarbeit ist bis ins kleinste gegliedert. Demzufolge ist auch die Frauen- und Kinderarbeit eine sehr ausgedehnte. Das Material, welches der Heimarbeiter verbraucht, hat er selbst zu liefern. Oft kommt es vor, daß er an Lohn kaum so viel erhält, als ihm das Material gekostet hat. Den höchsten Verdienst unter den Harmonikaarbeitern haben die Stimmer und Richter. Sie verdienen in der Woche zu 84 bis 90 Arbeitsstunden 14 bis 18 M. Um diesen Verdienst zu erreichen, muß aber eine Frau oder ein größeres Kind etwa 40 Stunden wöchentlich gewisse Vorarbeiten besorgen. Während hier immerhin noch ein Stundenlohn von 14 Pf. herauskommt, sehen wir in anderen Zweigen der Harmonikafabrikation, daß männliche Arbeiter Stundenlöhne von 8 bis 10 Pf. und Kinder gar nur 3 bis 4 Pf. erzielen. — Nur wenige Beispiele seien hier angeführt: Zwei Männer, eine Frau und ein Kind arbeiten gemeinsam an der Herstellung von Mundharmonikas. Sie kommen auf einen gemeinsamen Wochenverdienst von 19 M., der sich auf 192 Arbeitsstunden verteilt. — Das Einschlagen von Stiften in die Stimmpfatten und Aufziehen der Stimmsedern auf die Stifte ist Kinderarbeit. So ein Kind verdient in 42 Arbeitsstunden 2 bis 2,50 M. — Ein Grünsieder arbeitet mit seiner Frau zusammen. Beide verdienen gemeinsam 15 M. in der Woche, die für jeden von ihnen 72 Arbeitsstunden hat. Demnach bringt es also das Ehepaar auf einen gemeinsamen Stundenverdienst von 20 Pf.

Ebenso traurig wie die Verhältnisse der Harmonikaarbeiter ist die Lage der Arbeiter, welche mit der Herstellung von Saiteninstrumenten, hauptsächlich Geigen, beschäftigt sind. Auch dieser Industriezweig wird im Vogtlande betrieben. Der Hauptort für die Produktion ist Ratzenkirchen. Die einzelnen Teile der Geige: Boden, Decke, Hals, Griffbrett usw., werden fast ausschließlich in Böhmen hergestellt. Die böhmischen Heimarbeiter stellen diese Dinge zu so niedrigen Löhnen her, daß selbst der bedürftigste sächsische Heimarbeiter mit ihnen nicht konkurrieren kann. Das mag zum Teil darin seine Ursache haben, daß die Arbeiter jenseits der zollgeschützten deutschen Reichsgrenze billiger leben können als die in Sachsen. So ist also die Teilarbeit für die Geigenfabrikation nach Schönbach in Böhmen verlegt worden, während die Kleinmeister (Heimarbeiter) in Sachsen nur das Zusammenfügen der Geigen besorgen, wozu sie die Teile von den böhmischen Heimararbeitern beziehen. Einzelne der sächsischen Geigenbauer beschäftigen Geiseln und vertreiben ihre Produkte selbst. Die meisten arbeiten dagegen ausschließlich und ohne fremde Hilfe für den Exporteur. Sie verdienen dabei in einer wöchentlichen Arbeitszeit von 70 bis 80 Stunden 15 bis 18 M.

Wittenwald in Bayern ist ebenfalls ein bekannter Produktionsort für Saiteninstrumente. Geigen, Cellos, Kontrabässe, Gitarren, Mandolinen und Sitarren werden daselbst angefertigt. In Wittenwald sind etwa 300 Heimarbeiter der Instrumentenindustrie beschäftigt. Sie arbeiten ausschließlich für zwei Exportfirmen, die die ganze Branche beherrschen. Fast in jedem Hause in Wittenwald findet man Instrumentenmacher. Sie gehen früh um 5 oder 6 Uhr, gleich nach dem Weckläuten, an die Arbeit, die abends um 8, oft auch erst um 10 oder 11 Uhr beendet wird. Trotz dieser unmenslich langen Arbeitszeit verdienen die meisten Geigenmacher nur 1 bis 1,50 M. pro Tag, diese bringen es nur auf einen

Tagesverdienst von 70 Pf. Ein Tagesverdienst von 3 bis 4 M. gehört zu den seltensten Ausnahmefällen. Die ungemein niedrigen Löhne erklären sich wohl daher, daß die Wittenwälder mit wenigen Ausnahmen nur im Winter als Geigenmacher arbeiten. Im Sommer bewirtschaften sie ihr eigenes kleines Auenstück, oder sie sind als Fremdenführer im Gebirge, als Waldarbeiter, Steinklopfer usw. tätig. — Aus den entsetzlich niedrigen Löhnen darf man keineswegs schließen, daß es sich nur um die Herstellung minderwertiger Instrumente handelt. In Wittenwald werden neben geringerer Ware auch Instrumente allerbesten Qualität hergestellt, Geigen, die sich die Verbandsfirma mit 100 M. pro Stück bezahlen läßt. Der Arbeiter aber, aus dessen geschickten Händen diese wertvollen Instrumente hervorgegangen sind, wird auch nur mit Hungerlöhnen abgeseift. Da liegt — um nur ein Beispiel zu erwähnen — in der Ausstellung eine halberliche Konzertgeige. Jeder Kenner sieht, daß dieses Instrument im Einzelverkauf auf nicht unter 60 M. zu haben ist. Der Engrospreis ist auf 36 M. angegeben. Das Material — Holz und Saiten — kostet dem Verleger etwa 10 M., an Arbeitslohn zahlt er 6,50 M. Davon hat aber der Arbeiter noch 50 Pf. für Material aufzuwenden. Er verdient dabei in der Stunde 16 Pf., während der Verleger an einem Stück 18 bis 20 M. „verdient“.

Die Herrgottschneider in Oberammergau. Nicht nur die weitbekanntesten Puppenspiele sind in Oberammergau heimisch, sondern auch eine ebenfalls dem religiösen Kult dienende Industrie: Die Schnitzerei von Krusfiggen und Heiligenbildern. Der Betrieb dieser Gegenstände befindet sich in Händen einer Firma, die in der Werkstatt 15 Bildhauer und außerdem 100—120 Heimarbeiter beschäftigt. Der Wirtspruch: „Der seinem Arbeiter den Lohn nicht gibt, ist ein Bluthund!“ wird ja von dem jedenfalls recht christlichen Unternehmer befolgt, aber wie, das zeigen einzelne ausgestellte Beispiele. Ein reich von Laub umranktes Kreuz, 70 Zentimeter hoch, wird mit einem Arbeitslohn von 2,50 M. bezahlt. Der Arbeiter verdient dabei in der Woche zu 72 Stunden 8 M. Einen ebenso niedrigen Verdienst erzielen andere Arbeiter, welche die an solchen Kreuzen anzubringenden Christuskörper schnitzen. Der Durchschnittsverdienst der Herrgottschneider wird auf 1,50—3 M. pro Tag angegeben. Der Arbeitstag beginnt aber um 8 Uhr morgens und währt bis 8, ja bis 10 Uhr abends. Die Oberammergauer Schnitzereien sind fast durchweg als gute kunstgewerbliche Leistungen zu betrachten. Wenn die dortigen Heimarbeiter nicht eine seit Generationen geübte hervorragende Fertigkeit besäßen, dann könnten sie bei den Stücklöhnen, die ihnen der Verleger zahlt, noch nicht einmal den angegebenen niedrigen Verdienst erzielen.

Die Korbmacherei ist als einer der am wenigsten lohnenden Erwerbszweige bekannt. Trotzdem müssen zahlreiche Arbeiterfamilien bei dem kümmerlichen Verdienst, den diese Arbeit bietet, ihr Leben fristen. Aus Berlin sind Nordwaren ausgeführt, zum großen Teil sehr sauber gearbeitete Lurusartikel, die den Arbeitern Stundenlöhne von 24—27, höchstens 30 Pf. eintrachten. Das ist für Berliner Verhältnisse gewiß recht wenig, und doch erscheinen diese Löhne noch als glänzende gegenüber dem, was die Arbeiter in dem bekannten thüringisch-fränkischen Nordmacherbezirk verdienen. In den ausgestellten Artikeln aus dieser Gegend sind Stundenlöhne von 8—9 Pf. verzeichnet. Nach Angaben in der erwähnten Prospektüre des Holzarbeiterverbandes bewegen sich die Stundenlöhne für erwachsene männliche Arbeiter zwischen 8 und 12 Pf., während weibliche Arbeiterlöhne oft nur 3 bis 4 Pf. betragen. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen übermäßig lange gearbeitet wird, 90 bis 100 Stunden in der Woche und noch länger. Im übrigen sind hier die Verhältnisse so, wie in manchen anderen Heimarbeiterbezirken: Ein Teil der Arbeiter betreiben ein wenig Landwirtschaft und Viehhaltung, sie sind daher nicht ausschließlich auf den Ertrag der Korbmacherei angewiesen und spielen gegenüber der großen Zahl derjenigen, die nur von der Korbmacherei leben müssen, dieselbe Rolle wie die Beamtenfrauen und Töchter in der Konfektion. Es sind schon mehrfach Versuche gemacht worden, die elende Lage der fränkisch-thüringischen Nordmacher ein wenig zu bessern durch genossenschaftlichen Einkauf des Materials. Die Behörden unterstützen auch solche Genossenschaften, aber gesehen hat es den Korbmachern nicht. Die Genossenschaften geben die Vorteile, die sie durch billigeren Einkauf und durch behördliche Unterstüßungen erlangen, wieder preis, indem sie aus Konkurrenzgründen billiger als vorher arbeiteten, so daß ihre Lage nicht gebessert, die Lage der außerhalb der Genossenschaften stehenden Arbeiter aber noch verschlechtert wurde, denn deren Löhne gingen natürlich durch die Lohnrückerei der Genossenschaften auch herab. Um das Maß der Ausbeutung dieser armen Heimarbeiter überdies zu machen, handhaben ihre Ausbeuter ein verschleiertes, aber recht raffiniertes Trudsystem. Das Meist, welches die Nordmacher dieser Gegend von der Wiege bis zum Grabe ohne Unterlaß begleitet, hat sie so abgeknüpft, daß sie ihr jammervolles Dasein als etwas Selbstverständliches hinnehmen.

Wärtenwaren sind aus dem Erzgebirge, dem Schwarzwald und Berlin ausgeführt. Der Verdienst in diesem Arbeitszweig ist etwas höher wie in der Korbmacherei, namentlich bei besseren Artikeln, bei den geringsten und billigsten Waren steht der Lohn etwa dem der Nordmacher gleich. Vor allem aber fällt in der Wärtenindustrie auf, daß in Berlin für ganz dieselben Artikel und für die gleiche Arbeit in der Fabrik ein um 50—100 Proz. höherer Lohn bezahlt wird als der Heimarbeiter erhält. In einem Schwarzwaldort sind die Differenzen zwischen Fabrik- und Heimarbeiterlöhnen nicht ganz so groß wie in Berlin.

Die Wästelindustrie hat ihren Sitz in Nürnberg. Sie beschäftigt 600 männliche und 1000 weibliche Arbeitskräfte in Fabriken und 150 Heimarbeiter. In dieser Branche ist die Heimarbeiter besonders dadurch gefährdet, daß die Gantierung mit dem Material viel gesundheitsgefährlichen Staub entwickelt und die Gefahr der Milzbrandvergiftung mit der Verarbeitung nicht genügend desinfizierten Materials verknüpft ist.

Die Weinstiftindustrie, ebenfalls in Nürnberg heimisch, beschäftigt Heimarbeiterinnen, Frauen und Kinder, welche die in der Fabrik hergestellten Weinstifte polieren und tüchtigweise zusammenbinden. Die Arbeit wird sehr schlecht bezahlt. In der Woche zu 75 Stunden verdient eine Frau 5—6 M.

Zigarrenspitzen. In verschiedenen Orten des Thüringer Waldes wird seit langer Zeit die Herstellung von Tabakspitzen durch Drechsler betrieben. Mit der Verbreitung der Zigarre ist der Bedarf an Spitzen und somit auch deren Produktion bedeutend zurückgegangen. Soweit noch Tabakspitzen hergestellt werden, geschieht es meist auf maschinellem Wege in der Fabrik. Das Schneiden von Spitzenspitzen und Zigarrenspitzen aus Weichholz ist jedoch noch heute Hausindustrie, die vorwiegend in Ruhla betrieben wird. Eine große Ausdehnung hat die hausindustrielle Produktion von Zigarren- und Zigarrenspitzen aus Holz in neuerer Zeit genommen. Sie wird in verschiedenen Orten betrieben, zum Teil als Nebenbeschäftigung kleiner Landleute, zum größten Teil jedoch als Hauptbeschäftigung der heimararbeitenden Drechsler. In der Ausstellung ist eine reichhaltige Sammlung der verschiedensten Muster von Zigarren- und Zigarrenspitzen aus W i n t e r s e i n zu sehen. Die beigefügten Angaben über Lohn und Arbeitszeit geben ein Bild betäubender Zustände. Ein männlicher Arbeiter verdient in der 75stündigen Arbeitswoche 12 M., ein anderer in 84 Stunden gar nur 11 M. In anderen Fällen bringen es zwei Personen zusammen auf 16 M. in 104 Arbeitsstunden, drei Personen, die zusammen arbeiten, verdienen in 125 Stunden 13 M., also hat jeder in der Stunde 10 Pf. Und so geht es in der ganzen Zigarrenspitzenindustrie. Ueberall dieselben traurigen Verhältnisse, und dabei haben die Arbeiter keineswegs regelmäßige Beschäftigung. Von dem kümmerlichen Verdienst geht auch noch manche Mark verloren für Fahrgeld, das sie ausgeben müssen, um ihre Arbeiten dem Verleger abzuliefern.

Blumenfabrik werden in Gschwenda in Thüringen hergestellt. Die Arbeit ist eine sehr einfache, ihr Ertrag der denbar niedrigste. Sie wird nicht im Auftrage eines Unternehmers, sondern auf eigenes Risiko durch den Arbeiter angefertigt, der Holz, Stäbe und Etiketten daraus schneidet und die Ware dann beim Kaufmann abzugeben sucht, der oft nicht in Geld, sondern in von ihm feilgehaltenen Materialwaren bezahlt. Eine der bedrückendsten Erscheinungen ist die, daß bei der Blumenfabrikherstellung eine weitgehende Kinderarbeit betrieben wird. Von seiner eigenen Arbeit kann auch der bedürftigste Arbeiter nicht sein Leben fristen. So wird denn nicht nur die eigene Familie zur Arbeit herangezogen, sondern auch fremde Kinder, die für einen Wochenlohn von 1 M. bis 1,50 M. vor und nach der Schule bis spät abends beim Stäbelschnitzen arbeiten. Solche „Arbeitgeber“ beschäftigen 6 bis 12 fremde Kinder, und so ist es ihnen möglich, einen nach dortigen Begriffen auskömmlichen Verdienst zu erzielen. Von der Erziehung eines Kinderjünglings scheint man hier nichts zu wissen. — In der Ausstellung sind Erzeugnisse dieser Industrie vorhanden, die nur von den Mitgliedern einer Familie — zwei Erwachsene und drei Kinder — hergestellt sind. Diese fünf Personen bringen es auf einen gemeinsamen Wochenverdienst von 7, 8, auch wohl 11—12 M. Darüber hinaus scheint es ohne Ausbeutung fremder Kinder nicht zu gehen.

Perlmutterknöpfe. In Frankenhäusen am Kyffhäuser wird die Herstellung von Perlmutterknöpfen betrieben. 15 Unternehmer beschäftigen rund 500 Personen, die zumeist Heimarbeiter sind und das Material — Muschelschalen — vom Unternehmer geliefert bekommen. Eine besondere Werkstatt hat keiner der Heimarbeiter. Die Arbeit, welche viel gesundheitschädlichen Staub entwickelt, wird in der Wohnstube, der Schlafkammer oder der Küche ausgeführt. Mehrere ausgestellte Photographien gewähren uns einen Einblick in diese trübseligen Stätten der Heimarbeit. Auf einem der Bilder sehen wir, daß die Frau des Knopfmachers unmittelbar neben der Drehbank des Mannes mit Zigarrenmachen beschäftigt ist. Eine erschreckende Tatsache wird uns mitgeteilt: Die Perlmutterknopfdreher sind fast alle im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert, sie haben auch im Jahre 1900 einen erfolgreichen Streik durchgeführt. Trotzdem sind die gegenwärtigen Löhne nicht viel besser als die anderer Heimarbeiter. Nach den in der Ausstellung vorhandenen Angaben bewegen sich die Wochenlöhne bei 60stündiger Arbeitszeit, die anscheinend allgemein innegehalten wird, meist zwischen 12 und 18 M. Die Stücklöhne sind in der Fabrik wie in der Heimarbeit durchweg die gleichen.

Gold- und Silberarbeiten, wie sie zu Bilderrahmen verwandt werden, stellt der Verband der Vergolder aus. Es sind Erzeugnisse der Berliner Industrie, die nur zum Teil Heimarbeit ist. Die rohen Leisten werden in der Fabrik mittels Maschinen hergestellt. Auch die weitere Bearbeitung — Vergolden, Farbmalen usw. — geschieht in der Fabrik, doch hat sich für diesen Teil der Produktion in neuerer Zeit die Heimarbeit mehr und mehr ausgebreitet. Die in der Hausindustrie fertiggestellten Leisten sind zwar weniger sorgfältig ausgeführt wie die in der Fabrik vollendeten, aber die durch das Zwischenmeisterstück im Vergolderberufe hervorgerufene Heimarbeit wird trotzdem von den Fabrikanten begünstigt, weil sie erheblich billiger ist als die Fabrikarbeit. Nach den Feststellungen des Vergolderverbandes werden für die gleichen Muster bei gleicher, nur weniger sauberen Ausführung in der Hausindustrie nur etwa halb so hohe Stücklöhne bezahlt, wie in der Fabrik. — Eine Reihe gesundheitschädlicher Folgen der Leistenbearbeitung machen sich bei der Heimarbeit, weil sie in engen unzureichenden Räumen betrieben wird, in besonders hohem Grade bemerkbar. Wo jede Ventilation fehlt, da atmet der Arbeiter den aufwirbelnden Staub von Bronze aus Metall, die schädlichen Dünste von Öl, Terpentin, Schellack, Spiritus usw. ein und ruiniert seine Gesundheit. Aus diesen Gründen, und weil die Heimarbeit ein fortgeschrittenes Herabdrücken der Löhne auch für die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter zur Folge hat, bekämpft der Vergolderverband seit Jahren die Heimarbeit und das Zwischenmeisterstück in diesem Berufszweige. Aber die Erfolge, welche in dieser Hinsicht schon erlangt worden, sind immer wieder zunichte gemacht worden durch die Fabrikanten, die natürlich nur ihr Geschäftsinteresse im Auge haben und daher die Ausbreitung der Heimarbeit in jeder Weise fördern.

Aus der Partei.

Ultramontane Verleumdung abgeurteilt.

Es ist bekannt, wie nach dem großen Vergarbeiterstreik die ultramontane Presse eine tolle Hege in Szene setzte, die sozialdemokratische Partei habe für die Vergleute bestimmte Streikgelder unrechtmäßigweise zu anderen Zwecken verwendet. So sollten 20 000 M. Streikgelder nach Rußland geschickt worden sein, 5000 sollten sich die Essener Genossen beiseite geschafft haben usw. Ueber die genannten Punkte ist ja bereits gerichtliche Klarheit geschaffen worden. Ueber noch die Aburteilung der ultramontanen „Tremonia“, der schlimmsten Hegeerin übrig, die allem die Krone aufgesetzt hatte durch die Behauptung, die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ habe sich für Streikgelder eine neue Rotationsmaschine angeschafft. Das Blatt glaubte sich dadurch dem Strafgericht entziehen zu können, daß es die Behauptung in Frageform aufstellte. Was das Blatt aber sagen wollte, war deutlich genug. Tatsächlich haben denn auch andere bürgerliche Blätter, so das „Städterische Reich“, die positive Behauptung aufgestellt, die „Arbeiterzeitung“ habe sich von den Streikgebern der Vergleute eine neue Rotationsmaschine angeschafft. Genosse Gerisch, der Verleger der „Arbeiterzeitung“, hat dann gegen die „Tremonia“ Klage angestrengt, die am Dienstag vor dem Dortmunder Schöffengericht zur Verhandlung stand. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die „Arbeiterzeitung“ allerdings eine neue Rotationsmaschine angeschafft hat, die aber schon lange vor dem Streik bestellt worden war und aus den Betriebsmitteln der „Arbeiterzeitung“ bezahlt wird. Kein Pfennig der Streikgelder ist dazu verwandt worden. Die Behauptung der „Tremonia“ erwies sich als pure Verleumdung.

Rechtsanwalt Dr. Wallach offen gelächelt in schärfster Weise die frivole Hegeerei des ultramontanen Blattes, dessen Redakteur Dr. Hoffmann aber nicht den Mut besitze, offen die Absicht der Verleumdung zuzugeben. Dr. Hoffmann hatte gegen Genossen Gerisch Widerklage angestrengt wegen einer vom Landesvertrauensmann Genossen König herausgegebenen Broschüre. In dieser Broschüre ist auf die Zentrumspresse im allgemeinen das siglische Wort angewendet: „Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“ Dadurch soll unglücklicherweise der Genosse Gerisch — den Redakteur Dr. Hoffmann von der „Tremonia“ beleidigt haben! Selbstverständlich hat Genosse Gerisch mit der Broschüre gar nichts zu tun, kennt sie nicht einmal. Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Wulff, will aber behaupten, Genosse Gerisch habe sie geschrieben.

Das Gericht verurteilte, daß der Artikel der „Tremonia“ eine schwere Verleumdung des Genossen Gerisch darstelle, auch die Absicht der Verleumdung gehe aus dem Artikel hervor. Mildere Fälle ins Gewicht, daß es sich um einen politischen Kampf handele. Dr. Hoffmann, der Redakteur der „Tremonia“ sei deshalb mit 100 M. zu bestrafen. Genosse Gerisch sei aber von der Widerklage freizusprechen.

Die neugewählten sozialistischen Kirchenräte in München sollen sich mit der Absicht tragen, die Einführung von Kirchensteuern in einzelnen katholischen Pfarrbezirken zu

hinterziehen. Wenigstens melet so ein uns zugegangenes Blatt. Eine solche Handlung würde — wenn sie wirklich beabsichtigt ist — gegen das Parteiprogramm verstoßen. Man mag die Beteiligung an den Kirchenwahlen je nach Auffassung und Temperament als Verstoß gegen die Parteiprinzipien oder als harmlose Schraube ansehen, von den Gewählten, die sich doch nur einmal als Vertreter der Partei geben, muß man verlangen, daß sie sich den Forderungen des Programms unterwerfen.

Im Programm aber heißt es: „Ausgehend von diesen Grundfragen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst: ... 6. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.“

Da dieser Grundsatz nicht nur für Reichs- und Landtags-Abgeordnete, nicht nur für Stadtverordnete und Stadträte, sondern für jeden Parteigenossen gilt, also auch für Kirchenräte — soweit sie sozialdemokratisch denken und handeln — wird unseren Münchener Kirchenräten nichts übrig bleiben, als für die Einführung von Kirchensteuern, d. h. die Aufbringung der Mittel für die Kirchen aus den Reichen der Gläubigen, einzutreten und dahin zu wirken, daß die Gemeinden, an deren Spitze sie durch Wahl oder Aushandel mit berufen sind, die Annahme aller öffentlichen Mittel verweigern! Jede Ablehnung oder Verminderung der Kirchensteuer verleihe gegen das Programm.

Totenliste der Partei. In Königsberg verstarb nach langem Leiden an Herzlähmung unser Parteiveteran Max Herbig im Alter von 74 Jahren. Ein Mann von echtem Schrot und Korn, bis an sein Lebende erfüllt von den großen demokratischen Idealen seiner Jugend, hat er alle Zeit für Volkrecht und Volksfreiheit gestritten und auch gelitten. Früh erkannte er, daß ehrliche Durchführung demokratischer Grundsätze nur von der Arbeiterklasse zu erwarten wäre. Er gründete den Königsberger Arbeiterverein und legte damit den Keim zur Königsberger Arbeiterbewegung, welcher er sein Leben lang die Treue gehalten hat. Herbig verkörpert in seiner charaktervollen Person ein Stück der Königsberger Parteigeschichte.

Ein Hochverratsprozeß. Die Wahlrechtsbewegung hat auch in Oesterreich der Arbeiterklasse allerlei Verfolgungen und Chikanen eingetragen. Dieser Tage wurde in Jungbunzlau gegen zwei Redakteure des in Rimburg erscheinenden sozialdemokratischen Blattes „Jahnm Oboanosle“ wegen Hochverrat verhandelt. Am 11. Dezember war in diesem Blatte ein Artikel: „Die Vorzeichen des Sturmes“ und ein Gedicht erschienen, in denen zum Kampfe für das Recht des Volkes aufgerufen wird. In diesem Artikel kam das Wort „Verräter“ vor. Der Verantwortliche ersuchte, nachdem das Pflichtexemplar an die Behörde bereits abgegangen war, das Wort „Verräter“ durch „Generalsirene“ gegen die beiden „Verbrecher“ war ein hochnotpeinliches Verfahren eingeleitet, sie waren zwei Monate in Haft gehalten worden und die Verhandlung wurde geheim durchgeführt. Außer der Frage auf Hochverrat wurde den Geschworenen noch die Eventualfrage auf Verleumdung der Verleumdung zu ungesetzlichen Handlungen gestellt. Die Geschworenen beantworteten beide Fragen einstimmig mit Nein, worauf die Angeklagten freigesprochen und sofort auf freien Fuß gesetzt wurden.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Täuschung. „Der einzige Verband in Deutschland, welcher Heimarbeiterinnen aufnimmt, ist der christliche Gewerksverein für Heimarbeiterinnen.“ So schrieb am 13. d. Ms. die „Tägliche Rundschau“. Zur Belehrung derer, die das bis jetzt übersehen haben, sei hier betont, daß alle freien Gewerkschaften Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen aufnehmen. Eine erstliche Zahl der Mitglieder des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen dürften Heimarbeiter sein; ebenso auch bei den Tabakarbeitern.

Der Verband der Wäscharbeiter und Wäscharbeiterinnen hat während des Streiks dieser Arbeiter allein in Berlin gegen 700 Heimarbeiterinnen gewonnen.

Bei den Blumenarbeitern hat sich in letzter Zeit ebenfalls eine beträchtliche Anzahl Blumen-Heimarbeiterinnen zur Mitgliedschaft gemeldet.

Die Heimarbeit-Ausstellung beweist es doch deutlich genug, daß die Gewerkschaften viele Mitglieder unter den Heimarbeiterinnen haben. Wie wäre sonst eine so reichhaltige Beschickung der Ausstellung möglich? Keiner ist bei den freien Gewerkschaften die Uebermittlung der Gegenstände durch Zwischenmeister erfolgt.

Es ist demnach eine betwusste oder unbetwusste Täuschung, wenn man derartige operiert. Allerdings ist die „Tägliche Rundschau“ ja gerade keine Zeitung, welche in weiten Kreisen der Arbeiterklasse gelesen wird, dennoch ist es bei dem nun für die Heimarbeiterinnen erweckten Interesse nötig, diese große Unwahrheit richtig zu stellen.

Für uns kann es keinesfalls gleichgültig sein, ob die Heimarbeiterin zur denkenden und handelnden Kampferin erzogen wird, oder aber zu einer zum Himmel um Hilfe flehenden Dulderin, die auch ferner dem geriebensten Ausbeuter ihre Kräfte opfert und den Segen für ihr Opfer vom Himmel erwartet.

Wir haben die Gefahr, welche durch die Konkurrenz der Heimarbeit dem Fabrikarbeiter droht, längst erkannt und darum werden alle Verbände ihre Werbearbeit unter den Heimarbeiterinnen eifriger wie je fortsetzen, um möglichst viele von ihnen vor der Verimpelung durch die — Alleinseligmachenden zu bewahren.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die Führung durch die Memmer-Ausstellung durch Dr. Max Doborn findet am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr pünktlich statt. Treffpunkt Memmer-Ausstellung, Potsdamerstr. 120. Der Vorstand.

Großlichterfelde und Umgebung. In der Sitzung am 11. d. M. hielt Dr. Silberstein einen Vortrag über „Schulhygiene“. Redner beleuchtete die mancherlei Mängel, die dem heutigen Schulwesen in bezug auf die Gesundheit unserer Jugend anhaften. Der anregende Vortrag wurde von den Anwesenden beifällig aufgenommen. Diskussion fehlte. Keun neue Mitglieder traten dem Verein bei.

Treptow - Baumshuldenweg. Am Sonntag, den 18. d. M., besichtigten die Mitglieder des hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins gemeinsam die Heimarbeit-Ausstellung. Treffpunkt pünktlich 3 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags unter den Linden 88 (vor der Ausstellung). Abfahrt von Baumshuldenweg 2 Uhr 12 Min. Einahlfarten a 15 Pf. werden dort vorausgibt. Zahlreiche Teilnahme wünscht

Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Von einem praktischen Arzt und einer Oberwärtlerin im Siechenhause.

Differenzen zwischen der früheren Oberwärtlerin und einem früher im Siechenhause angestellten Arzt beschäftigte gestern das Schöffengericht des Amtsgerichts I unter Vorsitz des Assessors Hell mehrere Stunden hindurch. Die frühere Oberwärtlerin Katharina Magaß unter Beistand des Rechtsanwalts Dr. Hahn stand als Klägerin dem Assistenzarzt Dr. Mansfeld Fränkel unter Beistand des Rechtsanwalts Leonhard Friedmann gegenüber. Letzterer hatte die Widerklage erhoben. Dr. Fränkel wurde beschuldigt, die Privatklägerin an drei verschiedenen Tagen wörtlich und tätlich beleidigt zu haben, und zwar durch Worte wie: „Sie freches Frauenzimmer, scheren Sie sich hinaus, verlassen Sie die Station, ich werde dafür sorgen, daß Sie hinausgeschmissen werden, Sie können in das Juchthaus kommen“ usw. und dadurch, daß er sie unter kräftigen Anpacken ihres Armes so

hinausgezerrt haben soll, daß sie blaue Flecken am Arme davongetragen. Auch der Privatklägerin werden in der Widerklage verschiedene Verletzungen vorgeworfen. So soll sie in bezug auf sich selbst und Herrn Dr. Fr. geäußert haben: „Erl kommt die Hausfrau und dann der Diener“, ferner: „Ich bin nicht Ihr Frauenzimmer“, huchen Sie sich ein solches auf der Friedrichstraße“, sie soll auch das Wort: „Unverschämtheit“ gebraucht und angebeutet haben, daß Dr. Fr. mit einer Wärterin ein „Verhältnis“ habe. — Zwischen beiden im Siechenhause tätig gewesenem Parteien hat, wie es scheint, offener-Kriegszustand geherrscht. Dr. Fränkel gab die Möglichkeit zu bei Gelegenheit erregter Szenen beleidigende Worte gegen die Oberwärtlerin gebraucht zu haben, schiderte aber seine Erregung als eine berechtigte, da die Klägerin von vornherein verurteilt habe, ihm durch offene und versteckte Widersegligkeit seinen Dienst zu erschweren. Sie habe sich herausgenommen, seine im Interesse der Kranken und als Ausfluß seiner ärztlichen Verantwortlichkeit getroffenen Anordnungen zu kritisieren und selbst andere Anordnungen zu treffen zum Schaden der Patienten. Der Angestellte führte eine Anzahl von Fällen auf, die nach seiner Versicherung seine höchste Empörung hätten herausfordern müssen und die er zum Gegenstande schriftlicher Beschwerden gemacht habe. So behauptete er unter anderem: die Klägerin habe eine Patientin, die ihr geklagt, daß ihr Gipsverband sie drücke, ruhig mehrere Stunden liegen lassen, ehe sie dem Arzte Mitteilung machte, so daß das Bein der Kranken stark angeschwollen war. In einem anderen Falle habe sie einer Patientin, die Morphium bekommen sollte, eigenmächtig Chloralhydrat gegeben. Bei einer Patientin, die an Ueinerhaltung gelitten, habe sie die angeordnete und dringend notwendige Katheterisierung unterlassen, so daß die Patientin im Fieber vom Arzte aufgefunden worden sei. Nach der über sie erstatteten Beschwerde habe die Oberwärtlerin sich erlaubt, mit ihm nur noch schriftlich zu verkehren. Der unerhörteste Fall sei der gewesen, daß die Klägerin einer Kranken, der sie einen Einlauf von Digitalis geben sollte, statt dessen irrtümlich 90 Proz. Spiritus gegeben und dann verstanden habe, ihren Irrtum in raffiniertester Weise zu verdecken. Die einige Tage darauf verstorbene Patientin habe furchtbar geschrieen, die Oberwärtlerin habe sich aber gar nicht um die Patientin gekümmert, zu deren Gunsten erst eine Intervention anderer Personen nötig gewesen. Dieser Vorfall sei Gegenstand eines gegen die Klägerin anhängig gemachten Verfahrens, welches noch schwebt. Der Angestellte trug noch mehrere derartige Fälle vor, die nach seiner Meinung grobe Pflichtwidrigkeiten der Klägerin darstellten und seine Erregung als berechtigt erscheinen lassen sollten. — Die Privatklägerin erklärte alle diese Vorwürfe für unbegründet. Sie habe zehn Jahre im Siechenhause ihres Amtes treu und gewissenhaft gewaltet und erst mit der amtlichen Tätigkeit des Dr. Fränkel habe sich ein unerbittlicher Zustand herausgebildet. Sie habe die Anordnungen des Dr. Fr. nie anders ausgeführt, als sie sie verstanden habe, und wenn sie ein Versehen begangen haben sollte, was sie bestritt, so sei der Umstand daran schuld, daß die fortgesetzte schroffe Behandlung durch Dr. Fränkel sie ganz nervös gemacht habe. Dieser habe sie immer angeschrien, daß die Patientinnen in ihren Betten hochgeschlagen seien, er habe sie stets in einem nicht passenden Ton behandelt und auf jede Weise schikaniert. Ihr habe es gänzlich fern gelegen, mit ihm nur noch schriftlich zu verkehren, er habe sie aber direkt dazu aufgefordert. Die sämtlichen Behauptungen der Widerklage bestritt sie. Auf Befragen erklärte die Zeugin, daß sie nach regelrechter Aufündigung ihres Dienstes durch das Kuratorium aus ihrer Stelle geschieden sei. — In der Beweisaufnahme bekundete unter anderem der Oberwärter Schneider: Dr. Fränkel habe die Klägerin oft angeschrien, „daß die Wände knackten“, er habe ihr bei einer Gelegenheit gesagt: „Wenn Sie das nicht mal behalten können, dann sind Sie nicht fähig, Oberwärtlerin zu sein, dann laß ich Sie nicht gebrauchen.“ Es habe oft furchtbare Auftritte gegeben, bei denen die Oberwärtlerin geweint habe. Er, der Zeuge, habe dem Oberinspektor einmal gesagt: „Wenn Fräulein Magaß noch vier Wochen mit dem Dr. Fränkel zusammen arbeiten muß, so müssen wir sie nach Feitzberge bringen.“ Er habe die Klägerin immer nur als bescheidenes, anständiges und tüchtiges Mädchen kennen gelernt. Auch der Oberinspektor und ein anderer Oberwärter geben der Klägerin ein gutes Zeugnis. Auf der anderen Seite wurde auch dem Dr. Fr. von einer Zeugin das Zeugnis ausgestellt, daß er „ein guter Doktor sei und alle gut behandelt habe“, eine andere Zeugin bekundete, daß die Patientinnen heute noch sagen, Fräulein Magaß habe nicht die Anordnungen des Arztes befolgt. Die Tatsachen der Widerklage konnten in bestimmter Form durch Zeugen nicht bekräftigt werden. — Auch der leitende Arzt des Siechenhauses, Sanitätsrat Dr. Graeffner, wurde vernommen. Er schiedte voraus, daß Dr. Fränkel im Unfrieden aus der Anstalt geschieden sei und gesagt habe, er werde gegen ihn eine Klage bei dem ärztlichen Ehrengericht einreichen. Der Zeuge bekundete, daß er selbst und auch die anderen jüngeren Ärzte der Anstalt nie Veranlassung gehabt haben, über Führung und Leistungen des Fr. Magaß zu klagen! Dagegen sei ihm vom Dr. Fränkel eine ungewöhnliche Fülle mündlicher und schriftlicher Beschwerden über sie zugeföhrt worden. Wenn Fräulein M. die vom Angestellten behaupteten Versehen gemacht habe, die natürlich nicht vorlommen dürften, so sei zu ihrer Entschuldigung anzuföhren, daß die systematischen Beschimpfungen und Bedrohungen, denen sie ausgesetzt gewesen, geeignet waren, ihr seelisches Gleichgewicht zu stören. Nachdem die Beweisaufnahme bis hierher geschieden war, regte der Vorsitzende einen Vergleich an, der aber nach längerer Verhandlung scheiterte. Schließlich ergab sich die Notwendigkeit, die Sache zu vertagen und noch eine Reihe weiterer Beweise zu erheben.

Nach dieser Verhandlung müssen ja im Siechenhause recht erbauliche Zustände geherrscht haben.

Bereindrecht und religiöse Vereine. Bekanntlich sieht § 1 des preussischen Vereinsgesetzes die Anmeldepflicht für Versammlungen vor, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, während § 2 des Gesetzes die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins und jede Aenderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen 3 Tagen der Ortspolizei zur Kenntnisnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen. — Der Absatz 3 des § 2 bestimmt ferner: „Die Bestimmungen des § 1 und des § 2 beziehen sich nicht auf kirchliche und religiöse Vereine und deren Versammlungen, wenn diese Vereine Korporationsrechte haben.“ — Das frühere preussische Obertribunal hatte während der Kulturkampfzeit aus dieser ausdrücklichen Vorchrift die sühne Schlussfolgerung o contrario (aus dem Gegenteil) gezogen, daß kirchliche und religiöse Vereine, die keine Korporationsrechte hätten, stets und ohne weiteres die Vorschriften der §§ 1 und 2 befolgen müßten. Der Absatz 3 des § 2 ergäbe eben, daß das Gesetz kirchliche und religiöse Vereine ohne Korporationsrechte grundsätzlich als solche ansehe, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken. — Dieser Auffassung folgte das Landgericht Duisburg als Berufungsinstanz in einem Strafverfahren gegen Depa als Vorsitzenden des St. Antonius-Polenervereins zu Laar, indem es Depa wegen Nichtbeachtung des § 2 Absatz 1 schon deshalb für strafbar erachtete, weil dieser Verein u. a. kirchliche beziehungsweise religiöse Zwecke verfolgte. — Das Kammergericht hob dies Urteil am Dienstag auf und verwies die Sache mit folgender Begründung noch einmal an das Landgericht zurück: Der Schluß, den das Landgericht mit dem früheren Obertribunal aus dem Absatz 3 des § 2 des Gesetzes ge-



Zum erstenmal in Berlin!
Tschin-Maa's
Chinesen-Truppe
 Außerdem
Otto Reutter
 und das
 sensationelle Februar-Programm.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
 Heute zum 102. Male:
Der größte Herrnfeld-Schlager:
Familientag
 im
Hause Prellstein.
 Komödie in drei Akten mit den
 Hilaritäten H. u. D. Herrnfeld in den
 Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorvers. 11-12 Uhr
 (Theaterkasse).

Walhalla-Theater
 Nach Afrika, nach Kamerun.
 Ausstattungsstücke in 6 Bildern.
 Anf. 8 Uhr. Sausen überall gefasst.

Sanssouci. Straße 4a.
 Dir. Wilhelm Reimar.
 Sonntag, Konf., Donnerstag:
Hoffmanns
 Norddeutsche Sänger.
 Heute: 1. Wallf. d. Tempest.
 Sachs v. Oranoff u. Odeffa.
 Tanzkränzen.
 Sonntag, Sa. 5. Bochert. 8 U.
 Dienstag, Willm.: Theat.-Ab.

Tischler-Verein (E. H. 89).
 Sonnabend, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße:
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Herrn Gustav Link
 über das „Unfallversicherungsgesetz“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 198/6 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
 Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.
 Sonntag, den 18. Februar 1906, vormittags 10 Uhr, im „Rosen-
 thaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12; 112/14

Versammlung
 aller in der technischen Hartgummibranche beschäftigten Kollegen.
 Tages-Ordnung:
 1. Unsere Arbeitsverhältnisse. 2. Diskussion.
 Zu dieser Versammlung muß jeder in der Branche tätige Kollege er-
 scheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Dachdecker.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Sonntag, den 18. Februar 1906, vormittags 10 Uhr, bei Feind,
 Weinstraße 11; 54/4

Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichtserstattung vom Verbandstag. 2. Wahl eines Hauptmannes
 3. Wahl des Beamten für Berlin. 4. Beschlußfassung über das Verzeichnis.
 Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Des Weiteren werden diejenigen Mitglieder, welche die Verbandsbücher
 noch nicht abgegeben haben, nochmals aufgefordert, dieselben sofort ab-
 zuliefern, da am 1. März die Ausgabe der neuen Bücher erfolgt.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsg.
 Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin II.

Bretterträger und Brettschneider!
 Sonntag, den 18. Februar 1906, vormittags 10 1/2 Uhr
Mitglieder - Versammlung
 im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72.
 Tages-Ordnung: 19/2
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905. 2. Vortrag des Kollegen Görtz aus
 Hamburg. 3. Verhandlungsangelegenheiten, Verschiedenes und Aufnahme neuer
 Mitglieder. **Der Vorstand.**
 NB. Kollegen! Der wichtigsten Tagesordnung wegen und da ein
 Kollege vom Hauptvorstand anwesend sein wird, ist es eure Pflicht, Raum
 für Raum in dieser Versammlung zu erscheinen. Spätkommt und ermahnt die
 Sämtlichen, befehlt die Indifferenten, damit sie sich endlich unseren Reihen
 anschließen.
Also, hinein in die Organisation!

Banhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.
 (Eingetragene Gutsfasse Nr. 118.)
 Nach der Wahl des Ausschusses hat sich derselbe gebildet und zum
 Vorsitzenden Herrn Julius Koller, Berlin N. 28, Putz-
 straße 7, Quergeb. II, gewählt. In denselben sind alle Beschwerden
 gegen Entscheidungen des Vorstandes zu richten.
Der Vorstand.
 Weiter hat die Generalversammlung beschlossen, für den Stadt-
 teil Norden noch eine zweite Zahlstelle zu errichten, dieselbe be-
 findet sich Wilmersd. 3 bei Hönisch und wird dieselbe vom Sonn-
 abend, den 24. Februar 1906 an jeden Sonnabend von 8-10 Uhr
 abends eröffnet. **D. C.**

Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2. St. u. 3. St. Börse.
 Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Mlle. Eugenie
 Schauspielerin im Herrenfaktel mit
 Goldschmuck und Krone Christi.
Li Bello
 (Soubrette-
 Gema.)
Miß Astre Norton
 die zweite Saharet.
La belle Leona
 Gelemphtantassin.
 Die Herdparade, Schwanz,
 Familienkanten in Barbiere, Friseur-
 und Haarangelegenheiten untergeleitet.



Gustav Behrens
 Spezialitäten-
 Theater
 Frankfurter
 Allee 85.
Die größte Sensation
 des Ostens sind
 Die kleinen Mädchen von Berlin.
 Am zweiten Bilde:
 Die sechs schönen Manolisigaretten.
 Außerdem
 das neue Februar-Programm.

Otto Pritzows
Berliner Anormitäten-Theater
 Münzstr. 16.
 Neu! Neu!
Die Elite-Liliputaner-Truppe
 die kleinste Vortragskünstler und
 Sterne der Liliputaner der Welt.
 Die Frau-Künstlerin Margarete
 Marjol, Hellscherin Armida, wahr-
 lagende Wunderkammer. Plote,
 Wunderkammer, geb. mit 4 Beinen,
 2 Köpfern, 1 Kopf, lebend, 2c.
 Kiesen, Zwerge, Phänomen,
 Fatire usw.

Carl Gabriels
 Volks-Museum
 Friedrichstr. 112a,
 am Oranienb. Tor
 Zirkel 2000 Aus-
 stellungsobjekte!
 Entree 30 Pf.
 Soldat u. Kind 20 Pf.
 Säugl. Räum. 60 Pf.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger
 (Kessl, Pietro, Britton,
 Böhm, Wöhme,
 Balden, Seidel, H. u. D.
 Schröder).
 Anfang
 Hochentags
 8 Uhr,
 Sonntags
 7 Uhr.

Variété Elysium
 Kommandantenstraße 3/4.
 Um 9 1/2 Uhr: Kaffeezeit
 des berühmten Zigarettenlichters
Paul Steinitz.

Etablissement Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich
 in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Gossmanns Festsäle
 Kreuzbergstr. 48. Inq. Otto Ernst.
 Jeden Freitag:
**Original-
 Karburger Sänger**
 Direktion:
 Karl Fricke-Kascho-Krause.
 Anfang 8 Uhr. Entr. 20 Pf.
 Vorzugsarten gelten.
 Nachher: Frei-Tanz.
 Jeden Montag:
 Frei-Tanzkränzchen.
 Anfang 9 Uhr.

Deutschlands Spezialgeschäft
 Größtes
Bettfedern
 für
 Erste Bettfedernfabr. m. elekt. Betriebe
Gustav Lustig
 BERLIN S. Prinzenstr. 46
 versendet geg. Nachnahme garantiert
 neue und gut enthaltene, gut füllende
 Bettfedern p. Pfd. M. 0.55-1.00-1.25;
 prima-Dachbannen M. 1.75; Gänse-
 rumpfedern M. 2.00; prima weiße
 Gänsebaldhannen M. 2.50-3.00-3.50
 1/2 Duz. 2.50; 1/4 Duz. 3.00; 1/8 Duz. 3.50
 1/16 Duz. 4.00; 1/32 Duz. 4.50
 Von den Bannern gehen 2-4 Pfd.
 zum groß. Oberb. - Gänsefedern
 (1 Reihen) M. 0.50 per Pfd.; Gänse-
 federn (2 Reihen), wie sie von den Bannern
 fallen, mit allen Bannern M. 1.25.
 Groben und Feinheits groß. Aus-
 tausch oder Rücksendung gestattet.
 Verpackung kostenfrei.
 Beständiger Umsatz über 2000
 Zentner Bettfedern, von seinem
 zweiten Bettens. u. Bett-
 federgeschäft erreicht.

VI. Wahlkreis!
 Sonntag, den 18. Februar, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon,
 Kolbergerstraße Nr. 23:
Öffentl. Versammlung
 für Männer u. Frauen.
 Tages-Ordnung: Vortrag und Diskussion.
 Zu recht zahlreichem Besuche ladet ein **Der Clubrufer.**
 Nach der Versammlung: 247/1

Gemütl. Beisammensein mit Tanz.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Freitag abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Werkstattkontrollkommission
 und der Ortsverwaltung.
 Sonnabend, den 17. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Bürsten- und Pinselmacher usw.
 bei Wohlfahrt, Rosenthalerstraße 57.
 Tages-Ordnung: 80/10
 1. Lohn- und Arbeitsarbeit. Referent: Kollege R. Leopold.
 2. Diskussion. 3. Bericht über die Lohnbewegung in der Schleibüchsen-
 branche. 4. Branchenangelegenheiten.
Die Branchenkommission.

Treppengeländerbranche.
 Sonntag, den 18. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, im Königstadt-
 Kasino, Holzmarktstr. 72:
Vertrauensmänner-Versammlung.
 Aus jeder Werkstatt und jeder Branche ist ein Delegierter
 zu entsenden.
Verband des technischen Bühnen-Personals
 Sitz Berlin.
 Sonnabend, den 17. Februar 1906, abends 11 Uhr
Mitglieder - Versammlung
 im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.
 Tages-Ordnung: 190/2
 1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. - Mitgliedsbuch legitimiert!
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.
 NB. Am 17. März 1906 findet unser Kostümfest:
 „Bauernfest in Plundersweiler“ in dem „Alhambra-Krug“,
 Ballertheaterstr. 15, statt. - Anfang 9 Uhr. **Das Komitee.**

Zentral-Krankenkasse der Maurer
 „Grundstein zur Einigkeit“.
 Sonntag, den 18. Februar, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Wahl des ersten Kassiers, zweiten
 Revisionskassiers, zweiten Schriftführers und zweier Revisoren. 3. Ver-
 schiedenes. **Mitgliedsbuch legitimiert.**
 149/4 **Die örtliche Ortsverwaltung.**

Achtung! Fliesenleger! Fliesenleger-Hilfsarbeiter! Achtung!
 Freitag, den 16. Febr. 1906, pünktlich abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Unsere weitere Stellungnahme. 3. Verschiedenes.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung darf kein Fliesenleger und Hilfsarbeiter fehlen. - Mitgliedsbuch
 legitimiert. 137/16
 Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.
 Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger-Hilfsarbeiter des Bauarbeiterverbandes.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.
 Bureau: Berlin C. 54. Telefon: Amt III, 5028.
 Sonntag, den 18. Februar 1906, vormittags 10 Uhr, in den Industriesälen, Beuthstraße Nr. 20:
Versammlung
 des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
 Tages-Ordnung: 257/5
 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Stellungnahme zur Tagesordnung der 6. Konferenz und Wahl der
 Delegierten zu derselben. 3. Verschiedenes und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
 Der Vorstand. J. H. H. Juppelach.

Achtung! Maurer! Achtung!
Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.
 Ortsverein Berlin.
 Bureau C. 25. Hirtenstr. 20. Telefon Amt 7, 4999.
 Sonntag, den 18. Februar 1906, vormittags 10 Uhr, in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 17/18,
 in der Nähe des Hundeschen Marktes:

General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes; Revisionsbericht; Bericht des Kassiers. 2. Wahl des gesamten
 Vorstandes, eines Revisors, der Kassierkassenmitglieder, Hilfskassierer und Lohnkontrollanten. 3. Vereinsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass. 129/14
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Der Vorstand.**
 NB. Am Sonnabend, den 17. Februar gelangen in den Zahlstellen des Vereins die Mitgliedsbücher
 und Geschäftsberichte gegen Abgabe der Bescheinigung zur Ausgabe. **D. O.**

Arbeiter-Radf.-Verein
 „Einigkeit“
 Vorfahrtswalder.
 Sonnabend, den 17. Februar,
 im Tegeler Seeschloßchen
 (Inh.: Klippenstein): 27536
I. Wiener Masken-Ball.
 Um gütige Unterstützung bittet
Das Komitee.

**Berliner Arbeiter-
 Radfahrer-Verein**
 Mitglied des Arbeiter-
 Radfahrer-Bundes
 „Solidarität“.

Touren zum Sonntag, 1.
 u. 2. Abteilung nach
 Hennigsdorf (Vogel). Start 1 1/2 Uhr
 Laubersche. 7. u. 8. Abteilung nach
 Stolpe (Bergmann). Start 1 Uhr
 Waldstr. 8.

„Voran II“
 Einkaufsgenossenschaft des Berliner
 Arbeiter-Radfahrer-Vereins
 (Arbeiter-Radf.-Bund „Solidarität“).
 Die Geschäftsstelle befindet sich
 Oberbergerstraße 30 im Laden.
 Den geehrten Bundesmitgliedern
 zur Nachricht, daß wir am Montag,
 den 19. Februar, eine
eigene Reparaturwerkstelle
 eröffnen. Wir sind nunmehr in der
 Lage, Reparaturen aller Systeme
 ausführen zu können und bitten die
 Bundesmitglieder, uns in unserem
 Unternehmen weitgehendst zu unter-
 stützen. Von diesem Tage an ist die
 Geschäftsstelle wieder von 10-1 und
 3-9 Uhr geöffnet.
 Gleichzeitig empfehlen wir zum
 Beginn der Saison unsere vorzüg-
 lichen **Fahrräder** in bestmög-
 licher und fälliger Zubehörtelle
 sowie **Wollwaren** und **Wäcker**.
 105/13 **Der Vorstand.**

Aufgeschaut! Aufgeschaut!
Restaurant zur Radfahrerbörse
 Schillingstraße 24.
 Am Sonntag, den 18. Februar,
 nachmittags 5 Uhr:

**Gr. Bockbier-Jubel-
 und Trubel-Fest**
 mosi ich alle Freunde, Bekannte sowie
 Partei- und Sportgenossen freund-
 lichst einlade.
 Allen Besuchern einen genussreichen
 Abend versprechend, zeichne mit **Grüß**
Leo Ostrowski, Schillingstr. 24,
 Besitzer der „Radfahrer-Börse“
 und der „Schilling-Brachhale“.

Achtung!
Losgut per Pfund 85 Pfg.,
 zusammengestellt aus Sumatra, Bra-
 sil, Java, Vorkastland, Domingo, Rio-
 Grande und Paraguay. Sämtliche
 Tabake zur Gigarrenfabrikation em-
 pfehlen bei größter Auswahl zu
 Unbert billigen, aber besten Preisen
Hamburger Rohrtabakhaus.
 Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

Selowsky's
„Bolero“
 feinste
2 Pfg.-
Zigarette.
 Gesetzlich geschützt!
Nur Handarbeit!

Täglich von 4-7 Uhr
 nachmittags findet Probe-
 waschen mit Waschma-
 schinen und Waschlappen
 „Hyperle“ von dem
 größten Spezial-Fabrik-
 weisheit der Welt **Karl**
Kampmann jr., G. m.
 b. H., Wilhelm-Ruhr str.
Heinrich Lohbeck
 Berlin N.,
 Invalidenstr. 142, Hof,
 Quergebäude.



Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 39. Freitag, den 16. Februar 1906.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Klein-Schönebeck-Schöneiche-Niethenau. Sonntag, den 18. Februar 1906, nachmittags 3 Uhr, findet eine Volksversammlung im Saale des Herrn Emil Schmalz, Waldhofstr. 10, in welcher Genosse Freiwaldt (Pankow) über die bevorstehende Gemeindevahl und ihre Bedeutung referieren wird. Ferner Ausstellung eines Kandidaten zur Gemeindevahl.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.

Vorort-Nachrichten.

Eine Protestversammlung der Gast- und Schankwirte der östlichen Vororte Berlins

gegen die neuen Steuervorlagen der Reichsregierung fand am Dienstag, den 13. Februar, im Lokale von Gorgas zu Rummelsburg statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Fritz Juba in längerer Rede die Steuerpolitik der Reichsregierung eingehend behandelte. Redner kam auch auf die zurzeit dem Reichstage vorliegenden neuen Steuervorlagen zu sprechen, welche alles bisher Dagewesene übertreffen, und legte dar, wie namentlich durch die geplante Bier- und Tabaksteuer der ohnedies schon schwer belastete Gastwirtsstand noch mehr bluten solle. Werde diese Vorlage Gesetz, dann ist die Existenz verschiedener Gastwirte geradewegs in Frage gestellt. Zum Schluss wies Redner darauf hin, daß es gerade die Gastwirte sind, welche sich noch viel zu wenig gegen die geplanten neuen Steuern wehren. Fast ausschließlich sind es die freien Gast- und Schankwirte, die energischen Protest gegen diese Wirtschaftspolitik der Regierung erheben. In der Diskussion bemerkte zunächst Tempel, daß ohnedies die Vororte Berlins durch die bereits bestehende Biersteuer schon schwer belastet seien, da doch die Brauereien diese Steuern lediglich auf die Gastwirte abwälzen. Reimann gestellte das Verhalten gewisser Gastwirte, welche vor jeder Fehlpflichte laubdeln. Dieses Verhalten trage viel dazu bei, das Abhängigkeitsverhältnis der Gastwirte von den Behörden zu verstärken.
Zum Schluss wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Lokal von Gorgas zu Rummelsburg tagende stark besuchte Versammlung der Gast- und Schankwirte der östlichen Vororte Berlins protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß die Reichsregierung den ohnehin schon schwer belasteten Stand der Gast- und Schankwirte durch Auferlegung neuer Steuern, namentlich der Bier- und Tabaksteuer, noch weiter belasten will und soll hier von den Vertretern des Reichstages Kenntnis gegeben werden. In fernerer Erwägung, daß die bürgerlichen Vertreter der Ortsparlamente es fertig gebracht haben, uns ungeheure Lasten an Ortsparlamenten aufzuerlegen, ersuchen wir die Gemeindevorstände in den in Frage stehenden Orten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß derartige Mehrbelastungen unseres Standes in Zukunft unterbleiben.“
Auch ist den in Frage stehenden Verwaltungen diese Resolution zu unterbreiten.“

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung vom Mittwoch teilte der Vorsitzende nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten zunächst mit, daß zwei sozialdemokratische Interpellationen eingegangen sind. Die eine, die den Magistrat um Auskunft darüber ersucht, wie weit seine Erwägungen über die Errichtung eines städtischen Leibhauses gediehen sind, fand durch die Mitteilung des Bürgermeisters ihre Erledigung, daß eine entsprechende Vorlage der Versammlung zur nächsten Sitzung zugehen werde. Die zweite, die den Magistrat anfragt, wie er die wiederholten Arbeitslosenzahlungen für die Arbeitslosen fruchtbar gestalten will, wird auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung gesetzt werden.

Die Vorlagen — meist Verfassung von Etatsannummern — wurden fast alle ohne Debatte angenommen. Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es nur bei der Vorlage betr. Bewilligung von Mitteln zur Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars in den städtischen Schulen. Genosse Borchardt sprach sich namentlich der sozialdemokratischen Fraktion prinzipiell gegen die Bewilligung von städtischen Mitteln für höfliche Feste aus und übte im Anschluß daran scharfe Kritik an der Art, wie in den den Schülern überreichten Büchern die Geschichte zugunsten der Hohenzollern gefälscht wird. Seine Ausführungen erregten lebhaften Unwillen bei der bürgerlichen Mehrheit, denen es offenbar unangenehm war, die Wahrheit zu hören. Fortgesetzt erhaltene Rufe wie „Wut!“ „Verlegen Sie unsere Gefühle nicht!“ und dergleichen. Der Redner wurde schließlich durch den Vorsitzenden am Weiterreden gehindert und begnügte sich daher mit der Konstatierung der Tatsache, daß es in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung nicht möglich sei, historische Tatsachen objektiv zu schildern. Die Vorlage selbst wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Zur Vorbereitung der Wahlen eines Bürgermeisters an Stelle des Herrn Matting und eines Stadtrats an Stelle des Herrn Samter, deren Amtsperiode abläuft, wurde ein Ausschuss von 16 Mitgliedern eingesetzt.
Am Donnerstag, den 22. d. M., findet eine außerordentliche Sitzung statt, in der der Etat beraten wird.

Strafensunkfall. Durch die schon so oft gerichtete Unsitte, einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen bestiegen zu wollen, ist vorgestern abend der 55jährige Schuhmacher Johann Rowa aus der Vestalozzistr. 74 schwer zu Schaden gekommen. Rowa wollte um 10 Uhr am Auguste-Viktoria-Platz einen mit einem Anhänger versehenen Motorwagen der Straßenbahn, der sich eben in Bewegung gesetzt hatte, besteigen. Als jedoch vom Handgriff ab, stürzte hin und geriet unter den Anhängerwagen. Mit vielen Wunden bedeckt, mußte sich Rowa, dem bei dem Sturze die Kleidung hauptsächlich vom Körper heruntergerissen war, nach der in der Nähe befindlichen Unfallstation Zoologischer Garten begeben. Nach Anlegung eines Notverbandes konnte sich Rowa nach seiner Wohnung begeben.

Schöneberg.

Die Tragödie zweier Schwestern. Das Verschwinden der beiden Schwestern Lina und Frida Schulze aus der Klagenstr. 24 in Schöneberg, das vor einiger Zeit allgemeines Aufsehen erregte, hat jetzt teilweise seine Aufklärung gefunden. Die Annahme, daß die Weiden gemeinsam in den Tod gegangen sind, ist gestern durch die Auffindung der Leiche der Frida Sch. bestätigt worden. Die Vermissten hatten in der Klagenstr. 24 ein recht gut gehendes Schneider-

atelier und waren beide unverheiratet. Sie standen im Alter von 41 bezw. 37 Jahren. Den Mitbewohnern gegenüber hatten die Schwestern, die sehr zurückgezogen lebten, vor ihrem Verschwinden ein auffälliges Wesen zur Schau getragen. Bevor sie den letzten Gang antraten, ordneten sie alle ihre geschäftlichen Angelegenheiten aufs eingehendste. In einem hinterlassenen Briefe teilten sie mit, daß sie gemeinsam in den Tod gehen würden. „Es liege in ihrem Blute, daß sie aus dem Leben scheiden müßten“, so hieß es u. a. in dem Schreiben. Das Motiv zu dem Doppelselbstmord ist auf Furcht vor dem Irren zurückzuführen. Die Weiden lebten in dem Wohnhause, sie könnten einmal geisteskrank werden und dem Irrenhause verfallen. Daß die Schwestern unmittelbar nach ihrem Verschwinden ihr unheiliges Vorhaben zur Ausführung gebracht haben, ist nicht anzunehmen. Sie dürften vielmehr noch eine Zeitlang plan- und ziellos umhergewandert sein. In Charlottenburg wurde endlich gestern die Leiche der Frida Sch. aus der Spree gefischt. Die Vergiftung der Leiche der Schwester Lina wird denn wohl auch bald in der Nähe der Fundstelle erfolgen.

Lyfot als letzte Rettung. Ein Selbstmordversuch auf offener Straße rief gestern in Schöneberg Aufsehen hervor. Mit den Worten: „In zwei Stunden lebe ich nicht mehr!“ verließ der Raler Schumann an der Ecke der Prinz-Georgen- und Feurigstraße ein Lokal, zog eine Flasche Lyfot hervor und trank sie bis zum letzten Tropfen aus. Ein patrouillierender Schuhmann fand Sch. betäubt vor und schaffte ihn in die Unfallstation in der Herberichstraße. Im Elisabeth-Krankenhaus liegt der Lebensmüde jetzt hoffnungslos danieder. Das Motiv zu dem Selbstmordversuch ist in Arbeitslosigkeit zu suchen.

Rigdorf.

Eine Frau verbrannt. Als die Rigdorfer Feuerwehr gestern abend nach dem Hause Münchenerstr. 20 ausrückte, von woher Feuer gemeldet wurde, fand sie in einer Kammer im Erdgeschoß des Quergebäudes, die zur Wohnung der Arbeiter Schulze'schen Eheleute gehört, die halb verkokte Leiche einer Frau vor, während im Raume ein kleines Feuer schmolte. Die Tote lag zwischen zwei fast verbrannten Steppdecken auf dem Fußboden; neben ihr stand ein mit heißer Asche gefüllter Eimer. Verkohlungswunden war das im Raume befindliche Bett nicht benutzt. Der Federboden stand gegen die Wand geklumpt. Ueber die Persönlichkeit der umgekommenen Frau und über die Ursache ihres Feuertodes konnte noch nichts Sicheres festgestellt werden. Die Schulze'schen Eheleute hatten die Frau, die etwa 32 bis 34 Jahre alt gewesen sein mag, in einem Bierlokal in der Erststraße kennen gelernt und ihr, ohne sich im geringsten um ihre Persönlichkeit zu kümmern, ja selbst ohne ihren Namen zu wissen, bei sich Aufnahme gewährt. Sie wohnte bereits 14 Tage dort und war auch nicht angemeldet. Das Ehepaar wußte nur, daß die Unbekannte nach Stettin reisen wollte. Nach einer vorgefundenen Postkarte scheint es sich um eine Frau Martha Pappe zu handeln.

Oriz.

Leichenfund. Am 15. d. M., mittags 12 Uhr, wurde im Vorgarten des Hauses Wilhelmstraße 3 die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Dieselbe war in Zeitungspapier gewickelt und wurde von den im Garten befindlichen Fühnern aufgefunden. Die Leiche ist anscheinend über den Zaun geworfen worden. Die Mutter ist nicht bekannt.

Lichtenberg.

Achtung! Gewerbeerichtswahlen in Lichtenberg. Am Sonntag, den 18. d. M., findet in Lichtenberg zu den bevorstehenden Wahlen zum hiesigen Gewerbeamt eine Flugblattverbreitung statt. Die Mitglieder der Gewerkschaften sowie die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, sich an derselben recht zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt in den Bezirkslokalen.
Das Wahlkomitee. J. A.: A. Wuse, Kronprinzenstr. 9.

Pankow.

Demnächst wird seit Dienstag, dem 6. d. M., der 22-jährige Arbeiter Gustav Volle in Pankow, Nöhlenstr. 52, Volle war an dem betreffenden Abend mit seinen Arbeitskollegen zur Geburtstagsfeier in einem Lokale in der Reinickendorferstraße und trennte sich nach 11 Uhr von ihnen mit dem Bemerkens nach Hause gehen zu wollen. Er schlug den Weg durch die Koloniestraße über die Pankowbrücke nach dem Kristiampark ein. Von da ab fehlt jede Spur von ihm. Da Volle ein ordentlicher ruhiger Mann ist, so vermuten seine Angehörigen, daß er einem Unglücksfall oder gar einem Verbrechen erlegen ist. Die polizeilichen Recherchen sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Groß-Lichterfelde.

Unsere Mittelstandsdreher sind recht sonderbare Käuze. Auf Annahms- und Handwerkerkongressen nehmen sie den Mund recht voll über die Konkurrenz, die die großen Fabriken und Warenhäuser ihnen machen; speziell unsere Handwerksmeister wehren gegen die Konkurrenz, die ihnen durch die billige Gefängnisarbeit bereitet wird. Wird ihnen aber einmal Gelegenheit geboten, selbst von dieser billigen Gefängnisarbeit Gebrauch zu machen, so fragen diese Herren den Zweifel nach ihren sonstigen Verfassungen. Jetzt zeigt sich in Groß-Lichterfelde eine solche Erscheinung. Dieser Ort hat außer einem Amtsgericht auch ein Gefängnis. Seit November vorigen Jahres haben schon verschiedene Leute dort ihren unfreiwilligen Aufenthalt nehmen müssen, bis jetzt ist die Zahl der Inzassen bereits auf 50 angewachsen. Um für diese Leute genügend Arbeit zu schaffen, hat sich jetzt die Gefängnisverwaltung an den Verein der Handwerker und Gewerbetreibenden gewandt mit der Bitte, die Mitglieder möchten sich doch der Arbeitskräfte im Gefängnis bedienen. Die Tagesätze betragen je nach Art der Arbeit 90 Pf. bis 1 M. Der Vorsitzende dieses Vereins, der Tischlermeister Engelmann bestvortete dieses Ansuchen und empfahl den Mitgliedern, davon Gebrauch zu machen, ebenso der Hofmalereimeister Lehmann. Dieser meinte, die Handwerker könnten nur gewinnen, wenn sie ihre Aufträge durch billige Arbeitskräfte ausführen ließen. Es gäbe so vielerlei Arbeiten, die man den Gefangenen zuweisen könne. In demselben Sinne sprachen auch die Herren Karl Schulze und Zenonitzer, nur der Tischlermeister Weber versuchte, das Angebot der Gefängnisverwaltung abzulehnen; er zog aber seinen Antrag noch während der Versammlung zurück. So sind diese Patrioten! Wenn ihnen ein kleiner Vorteil winkt, werfen sie ihre „Prinzipien“, wenn man überhaupt davon reden kann, über den Haufen. Was fragen diese Leute danach, ob den freien Arbeitern dadurch Konkurrenz gemacht wird, wenn sie Profit einheimen können. Am liebsten würden sie alle Arbeiten zu einem solchen billigen Tageslohn ausführen lassen; ob dabei der Arbeiter verhungert, ist den Herren ganz gleichgültig. Aber die

Arbeiter werden nichtsweniger ihre Interessen zu wahren wissen. Ihr einziges Kapital ist ihre Arbeitskraft und die muß so teuer wie möglich verkauft werden. Das kann aber nur geschehen, wenn alle Arbeiter sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Aber auch die politische Organisation tut not. Wo ein solcher rückschrittlicher Geist sich breit macht, muß die politische Organisation der Arbeiterklasse ihn bekämpfen. In nächster Zeit wird sich wieder zu diesem Kampf Gelegenheit bieten. Die Gemeindevorstände stehen vor der Tür. Lie jeder seine Schuldigkeit in diesem Kampfe!

Wilmerdorf.

Am Mittwoch tagte in Salomons Volksgarten eine äußerst gut besuchte Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, in der zunächst der Vorsitzende den Jahresbericht des Vorstandes erstattete. Es haben stattgefunden drei Generalversammlungen, vier außerordentliche Generalversammlungen und neun Vereinsversammlungen. Ferner fanden sieben Volksversammlungen, sieben Flugblatt- sowie drei Handzettelverteilungen statt. Agitationstouren wurden vier gemacht. Obwohl eine Anzahl Parteigenossen wegen restierender Beiträge gestrichen werden mußten, ist die Zahl der Mitglieder von 301 auf 341 gestiegen. Die Mitglieder setzen sich aus folgenden Berufsständen zusammen: Maurer 62, Arbeiter 36, Zimmerer 26, Stukkatureur 19, Tischler 17, Gastwirte 16, Maler 13, Handels-transportarbeiter 11, Schlosser 8, Schriftsetzer, Kaufleute, Töpfer je 7, Steinmetzen 6, Bildhauer 4, Klempner 3, Mechaniker, Buchbinder, Barbierer, Gärtner, Steinseher, Dachdecker, städtische Arbeiter, Metzger, Drechsler je 2, und je einen Redakteur, Schriftsteller, Buchhalter, Buchhändler, Schneider, Tischhändler, Pflegeter, Glaser, Heizer, Photograph, Dreher, Tapezierer, Uhrmacher, Lichtdrucker, Gutmacher.

Von den Mitgliedern sind sechs nicht gewerkschaftlich organisiert und achtzig selbständig. Es folgt nunmehr eine Verlesung der örtlichen gewerkschaftlichen Zahlstellen in Bezug auf Zugehörigkeit zur politischen Organisation und Abonnement des „Vorwärts“.

Im Zentralverband der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter sind bei einem Mitgliederbestande von 143 34 politisch organisiert. Leser des „Vorwärts“ sind 27, der Zentralverband der Maurer 141 Mitglieder, 62 zur politischen Organisation und 48 „Vorwärts“-Leser, der Zentralverband der Stukkatureure zählt von 48 Mitgliedern 19 politisch organisierte und 19 „Vorwärts“-Abonnementen. Von 48 Handels- und transportarbeitern sind politisch organisiert 11, Abonnementen 11, von 69 im Zentralverband der Zimmerer Organisierten sind 15 im Wahlverein, Abonnementen 22, der Zentralverband der Töpfer ist mit 11 Mitgliedern vertreten, von denen 6 politisch organisiert sind und auch den „Vorwärts“ lesen 6, die Sektion der Payer stellte 29 Mitglieder, 18 Abonnementen.

Der Vorsitzende bemerkt, daß eine intensivere Agitation zu entfalten sei, der Prozentfuß, den die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur politischen Organisation stellen, sei geradezu bescheiden, das neue Jahr müsse bessere Früchte zeitigen. Abonnementen des „Vorwärts“ sind 670 zu verzeichnen.

Die Expedition hatte eine Einnahme von 2575,85 Mark, bei einer Ausgabe von 2584,48 Mark. Der Warenbestand beträgt 58,85 Mark. Der Ueberschuß beträgt 50,29 Mark. Der Kassensbericht vom 1. Quartal ergab eine Einnahme von 435,68 Mark, bei einer Ausgabe von 408,24 Mark. Davon gingen an die Zentrale 276,68 Mark, bleibt ein Defizit am Ort von 18,78 Mark. Auf diesen wurden insgesamt 1327,86 Mark aufgebracht. Die Bibliothek enthält 189 Bände und 116 Broschüren. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Giebler, 1. Vorsitzender; Hensel, 2. Vorsitzender; Köpping, Kassierer; Hilbig, Schriftführer; Pieper, Beisitzer. Revisoren: Greh, G. Behrendt, Demaitre, Lehmer. Bibliothekare: Schell, Wachsleuter. Lokalkommission: Sasse, Schöberl, Michael. Als Bezirksführer wurden beauftragt: Widert (1. Bezirk), Gobbans (2. Bezirk), Dertl (3. Bezirk), Sene (4. Bezirk), A. Schulze (5. Bezirk), Kiefer (6. Bezirk), Buchholzer (7. Bezirk).

Alsdann referierte Gen. Giebler über die bevorstehende Gemeindevahl und gab einen Überblick über die vor zwei Jahren stattgefundenen Wahlen. Da in der dritten Abteilung zwei Nichtangehörige in Betracht kommen, wurden die Gen. Weiche und Radtke aufgestellt.

Die Versammlung beschloß ferner, die Vereinsversammlung am letzten Dienstag im Monat stattfinden zu lassen, die Jahlabende sollen wie in Berlin am zweiten Mittwoch im Monate tagen. Am 27. Februar findet eine Volksversammlung statt, die sich mit der bevorstehenden Gemeindevahl befassen soll.

Röpenitz.

In einer am Dienstag stattgefundenen öffentlichen Versammlung, in der Genosse Vint die Aufgaben und die Bedeutung der Gewerbeämter klarlegte, wurden die Kandidaten zu den bevorstehenden Gewerbeämterwahlen aufgestellt. Als Arbeitnehmerbeisitzer wurden bestimmt: Friedr. Woid, Textilarbeiter; Ed. Weische, Bauarbeiter; Ad. Sonntag, Tischler; Fernh. Weische, Textilarbeiter. Als Stellvertreter: Herrn. Koad, Heizer; August Luchmann, Antzler; Franz Kahlberg, Metallarbeiter; Alfred Kotber, Bauarbeiter. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß zum Zwecke der Wahl für die Wähler formulare unentgeltlich vom Magistrat ausgegeben werden. Diese müssen vom Arbeitgeber für jeden Wähler ausgefüllt sein und dienen als Legitimation am Tage der Wahl.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorsteherung. Das Ortsstatut für das neue Wasserwerk in Pfend wurde mit einigen Änderungen nach dem vorliegenden Entwurf angenommen. Seitens unserer Genossen wurde beantragt, den Einheitspreis von 30 Pf. pro Kubikmeter Wasser zu ermäßigen. Mit Recht wurde im alten Ortsteil — für welchen das Gemeindevorsteheramt Rummelsburg das Monopol hat — dieser Preis als enorm hoch beflagt. Der Antrag fand keine Unterstützung. Ein Antrag des Gastwirtsvereins auf Aufhebung der Schankbetriebssteuer wurde insofern erledigt, als für 1906 diese Steuer nicht zur Hebung gelangt. Ein Gesetz des Reichstages Deutscher auf Erlass der Umsatzsteuer wurde abgelehnt. Die Vertretung lehnte es ab, in diesem Falle dem Bauabwinder Tür und Tor zu öffnen. — Für Abbruch des Straßenmülls werden dem Unternehmer auf Antrag statt 1000 Mark hinfür 1500 Mark gezahlt. Für den dritten Schulbau im Ortsteil Pfend, in welchem auch die katholische Schule untergebracht werden soll, lagen endlich — in zweiter, verbesselter Auflage — drei Projekte vor. Die Vertretung wählte die Ausführung in Backsteinbau, nachdem die Abstimmung über einen Bauschein ein negatives Ergebnis hatte. Vom Vorsitzenden wurde mitgeteilt, daß die Gemeinde in erster Instanz den Prozeß gegen den Postkiosk gewonnen habe. Hierdurch hätte der Postkiosk für das neuangeordnete poststatistische 86 Hektar große Terrain jährlich 15 000 Mark Grundsteuer an die Gemeinde zu zahlen. Fällig sind jetzt für drei Jahre 45 000

Marz. Das Ortsstatut über die anderweitige Zusammensetzung des Schulvorstandes, hat angefaßt der schwebenden Verhandlungen über den Schulgesetzentwurf, keine Genehmigung gefunden. Bekanntlich ist auf die Beschwerde unserer Genossen hin eine Aenderung vorgenommen, nach der dem Schulvorstande neben den bisherigen Mitgliedern einschließlich des evangelischen Pastors hinfür noch Genosse Brunow und der katholische Kuratus Krenn angehören. Genosse Brunow wird also darauf verzichten müssen, folgend fortgeschrittenen Schulvorstande anzugehören.

Adlershof.

Das Gewerkschaftskartell von Adlershof und Umgegend hält am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Pini, Arbeitersekretär, über die Aufgaben der Arbeiter in der deutschen Versicherungsgesetzgebung einen Vortrag halten wird, auch wird der Jahresbericht vom Kartell gegeben werden.

Die Versammlung findet bei Weher, Wismarstraße 10, statt. Es ist daher Pflicht der Genossen und Gewerkschaftsmitglieder, diese Versammlung zu besuchen.

Berliner Nachrichten.

Prügel in der Mädchen-Fortbildungsschule?

Daß in der Gemeindefschule geprügelt wird, das halten nicht nur Lehrer und Lehrerinnen, sondern auch viele Eltern für durchaus notwendig. Daß auch in der Fortbildungsschule geprügelt werde, scheint manchem nicht minder wünschenswert.

Die jungen Leute, die die Fortbildungsschule besuchen, stehen zwar größtenteils in dem Alter, wo die Söhne und Töchter unmittelbarer Eltern auf dem Gymnasium dem Abiturientenexamen zu steuern oder auf der höheren Mädchenschule in die Selekta zu kommen hoffen. Wer solchen „Jünglingen oder Jungfrauen“ für eine jener Ungezogenheiten, die auch dort nicht selten sind, „ein paar hinter die Ohren zu geben“ wagen wollte, der könnte es leicht erleben, daß er kurzerhand zu Boden geschlagen würde oder mindestens „ein paar wiedererregte“. Doch das ist Nachdruck der bestehenden Klasse, da muß auf das Ehrgefühl, das etwa vorhanden sein könnte, Rücksicht genommen werden. In den Fortbildungsschulen aber, die als Fortsetzung der Volksschule anzusehen sind, sitzen zum Teil nur „Jungen und Mädchen“ der Kinderbewahrsanstalten, da darf man eher mal zuhauen.

Das gilt als zulässig wenigstens für die Fortbildungsschulen, wo der männliche Nachwuchs der kleinen Handwerker, der Unterbeamten und der Arbeiterbevölkerung sich sein bißchen Weiterbildung holen muß. Für die Fortbildungsschulen der Mädchen hat, soweit wir wissen, bisher noch niemand Prügel als Erziehungsmittel empfohlen. Wir erinnern uns auch nicht, bisher schon einmal gehört zu haben, daß irgendwo in einer Mädchen-Fortbildungsschule ein Lehrer oder eine Lehrerin dieses „Erziehungsmittel“ für nötig gehalten und es angewandt hätte. Doch auch hier scheint sich eine Wandlung der Anschauungen vorzubereiten. Nachdem die Lehrerschaft sich in den Gedanken hineingelebt hat, daß in den Jünglings-Fortbildungsschulen ohne gelegentliche Verabreichung einer Kracht Prügel nichts zu erreichen sei, werden wir nun wohl bald zu hören bekommen, daß auch in den Mädchen-Fortbildungsschulen die Prügel auszuheilen sollen, wo das können der Pädagogen vermag.

Ein erster Versuch wird uns bekannt aus der Mädchen-Fortbildungsschule, die in dem Gemeindefschulhause der Langenstraße untergebracht ist. Dort unterrichtet ein Hrl. W. in der Stenographie und im Maschinenschreiben. Von ihr wurde kürzlich eine Schülerin Marie U., mit deren Betragen sie unzufrieden war, vor versammelter Klasse geprügelt. Nach den Ermittlungen, die wir pflichtgemäß bei Mitschülerinnen angefragt haben, hat die Schülerin U. sich tatsächlich sehr ungebührlich verhalten. Sie hatte es bemängelt, daß sie die Schreibmaschine reinigen sollte. Es versteht sich von selber, daß, wer mit der Maschine schreiben lernen will, auch die Maschine richtig behandeln lernen muß, und zur richtigen Behandlung gehört die Reinigung. Als dann Hrl. W. die Schülerin U. anwies, nicht weiterzuschreiben, und diese trotz wiederholten Verbotes weiterzuschreiben versuchte, nahm die Lehrerin die Maschine weg und gab dem Mädchen eine Ohrfeige. Marie U. sprang auf und rief: „Die Ohrfeige werden Sie bezahlen!“ Da sie sich ankleidete, um sofort nach Hause zu gehen, so wurde der Schulleiter gerufen, der sie in sein Amtszimmer hineinmahm, ihr das Schulgeld zurückzahlte und sie aus der Schule entließ.

Wie die Ungezogenheit des Mädchens möglich geworden ist? Mit der Ordnung des Schulbetriebes ist sie nicht vereinbar, und sie mußte daher nachdrücklich gerügt werden. Aber den Anlaß dazu hatte ein Umstand gegeben, der unseres Erachtens in einem geordneten Schulbetrieb gleichfalls nicht gebuldet werden sollte. In dem Klassenzimmer war keineswegs Waschgelegenheit vorhanden, und Hrl. W. gestattete nicht, während des Unterrichtes auf den Flur hinauszugehen, um dort an der Wasserleitung die Hände zu waschen. Wie sagten oben: Wer das Maschinenschreiben erlernen will, muß auch in der Reinigung der Maschine unterwiesen werden. Er muß aber auch lernen, daß man sich nach der Reinigungsarbeit die Hände zu waschen hat, damit man nicht die Blätter beschmutzt. Der Ausweg, die Hände am Kleide abzuwischen, paßt dem Mädchen nicht. Daher die Weigerung, die Maschine zu reinigen! Vielleicht wird jetzt die Schulverwaltung endlich begreifen, daß in solchen Klassen ein Waschbecken hineingehört.

Aber die „Frechheit“ des Mädchens! War es da nicht begreiflich, daß dem Hrl. W. „die Hand ausrutschte“? Kann sein — falls diese Lehrerin überhaupt leicht zum Prügeln neigt. Aber wir meinen, daß die „Frechheiten“, die den Lehrern und Lehrerinnen von ihren Schülern und Schülerinnen geboten werden, gewöhnlich in einem Mangel pädagogischen Könnens ihre Ursache haben. Hrl. W. unterhält die Schülerinnen gern mit Dingen, die ihrem Lehrgegenstand sehr fern liegen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden; denn „nebenbei“ wird bekanntlich manches Nützliche und Wertvolle gelehrt, was durch keinen Drill eingepaukt werden kann. Aber es kommt doch sehr darauf an, was man „nebenbei“ vorbringt. Ist es nötig, daß die Lehrerin W. von ihrer Krankheit erzählt? Kann es als zulässig gelten, daß sie über ihr Dienstmädchen Vortrag hält? Das mag ja den Schülerinnen sehr interessant sein, aber die Eltern, die ihre Mädchen dorthin schicken und Schulgeld dafür bezahlen, wünschen doch wohl anderes als solche Konversation. Und auch der Schule ist nicht damit gebient! Redliche Lehrer und Lehrerinnen erziehen sich vorläufig und nachweislich Schüler und Schülerinnen. Nachher schreiben sie über „Frechheit“ und erwarten Besserung zum Prügel.

Wir haben den Eindruck gewonnen, daß diese Lehrerin nicht in eine Fortbildungsschule hineingehört. Vielleicht erkennt sie das selber und gibt freiwillig diese Tätigkeit auf. Andernfalls sollte die Schulverwaltung sich der Dame annehmen und sie von der Bürde entlasten, der sie doch wohl nicht ganz gewachsen ist. Das ist ja keine Schande für sie; denn kein Mensch kann alles. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß sie auf eine Lehrerin verdrängt, die es zu solchem Auftreten kommen läßt. Mädchen-Fortbildungsschulen werden manchmal auch noch von älteren Frauen besucht, ja von Ehefrauen, die vielleicht älter sind als die Lehrerin. Da ist es ein unentbehrlicher Zustand, daß eine Fortbildungsschullehrerin es für zulässig hält, gelegentlich zu prügeln. Uebrigens wird uns von verschiedenen Seiten berichtet, Hrl. W. habe nach dem Weggang der Marie U. geäußert, eventuell werde sie die Ohrfeige bezahlen, aber dann eine zweite geben und auch diese bezahlen.

Auch den Schulleiter sollte sich die Schulbehörde mal etwas näher betrachten. Hatte der Herr die Befugnis, sofort in die Entlassung des eigenwilligen Mädchens zu willigen und kurzerhand das Schulgeld zurückzugeben? Warum lehrte er sich nicht mit den Eltern in Verbindung? Der Lehrerin erschien das Mädchen noch

nicht zu alt für Prügel. Dem Kette war es alt genug, selber zu prügeln, ob es die Fortbildungsschule besuchen will!

Mord und Selbstmord.

In der Reinickendorferstr. 64 hat, wie wir in später Stunde erfahren, der Klempner Hennig sich und seine Frau vergiftet. Der Mann war in den Elektricitätswerken beschäftigt und lebte das junge Ehepaar nach den und gemachten Angaben in geordneten Verhältnissen. Die Motive zur Tat sind vorläufig unbekannt.

In Sachen der Schaffung eines Südwest-Zentralbahnhofes durch Verlegung des Potsdamer und Anhalter Bahnhofes über den Landwehrkanal hinaus, hatte, wie wir Anfang d. Mts. meldeten, der Vereinigte Verkehrsverein des Südwestens beschlossen, dem Minister der öffentlichen Angelegenheiten eine Petition zu unterbreiten und durch eine Abordnung Herrn v. Budde für das Projekt zu interessieren. Die erbetene Audienz wurde bereitwilligst gewährt und so fanden sich denn gestern unter Führung des Hrn. Kreiling die vom Verkehrsverein abgeordneten Herren, Gymnasialdirektor Professor Dr. Glayel, sowie die Stadtverordneten Berl. und Esman im Ministerium ein. Erzelenz v. Budde ließ sich den Plan vortragen und erläutern. Demgegenüber wies der Minister aber auf die großen Schwierigkeiten hin, welche die notwendige Verlegung der Güterbahnhöfe der Potsdamer und Anhalter-Dresdener Eisenbahn verursachen würde; für diese sei, wenn man das Bahngelände zwischen Potsdamer bezw. Köpenicker Platz und der Kurfürstenterrain vorhanden, und so müsse man denn die beiden großen Güterbahnhöfe ganz weit hinaus, etwa in die Friedenauer Gemarkung hinein, verlegen und das würde doch wohl eine schwere Schädigung der Handels- und Geschäftswelt Berlins bedeuten. Der Minister empfahl den Herren, sich zunächst mit den Kaufmannschaft und Verkehrs-Interessierten vertretenden Korporationen (Handelskammer, Kellerei der Kaufmannschaft, Speditionen usw.) in Verbindung zu setzen, um deren Meinung über die Wirkung einer etwaigen Verlegung der genannten Güterbahnhöfe zu erfahren.

Von der Großen Berliner Straßenbahn.

In ihrem vorläufigen Jahresbericht, der eine Bilanzabrechnung nicht enthält, sagt die Verwaltung über das Betriebsergebnis folgendes:

Auf den Bahnlagen der Gesellschaft wurden im Berichtsjahre 330 500 000 Personen gegen 332 700 000 im Vorjahre befördert, somit im Jahre 1905 mehr 17 800 000 Personen = 5,35 Proz.; die Einnahme aus der Personbeförderung betrug 33 200 537,76 M. gegen 30 878 878,98 M. im Jahre 1904, so daß 2 321 658,78 M. = 7,71 Proz. mehr eingenommen worden sind.

Die Gesamteinnahme einschließlich der auf Betriebsrechnung verbuchten Nebenverträge belief sich auf 34 259 103,05 M. gegen 31 426 305,23 M. und die Gesamtausgabe auf 18 748 116,79 M. gegen 17 387 673,53 M. im Jahre 1904.

Der Prozentfuß der Ausgaben gegenüber den Betriebseinnahmen beträgt 54,68 Proz. gegen 55,93 Proz. im Vorjahre.

Die Ausgaben für Gehälter und Löhne an die Betriebsbediensteten und Verwaltungsbeamten sind infolge der planmäßigen Gehaltserhöhungen sowie durch die erforderlichen Personalvermehrungen um 574 972,54 M. bis zum Gesamtbetrag von 8 423 039,57 M. angewachsen.

Die von der Stadtgemeinde Berlin gegen die Gesellschaft angelegte Forderung ist auch in der Revisionsinstanz zuungunsten der Gesellschaft entschieden worden. Die aus der Klage entstandenen Gerichts- und Anwaltsgebühren sind unter „Verschiedene Ausgaben“ verrechnet und betragen insgesamt 507 612,74 M.

Das Bahngelände der Gesellschaft, das im Beginn des Berichtsjahres einschließlich der Hof-, Werkstätten- und Zufahrtsgleise 497 742,85 Meter Gleise umfaßte, ist im Laufe des Jahres 1905 um 9080,50 Meter erweitert worden, so daß es einen Gesamtumfang von 506 823,35 Meter erreicht hat.

Wie wir bereits mitteilten, gelangt eine Dividende von 7 1/2 Proz. zur Verteilung, was eine Summe von 9 292 204 Millionen Mark beanprucht. Die Dividendensumme ist mithin immer noch größer als die gesamte Lohnsumme. Auf je eine Mark Lohnanteil entfallen 1,13 Mark Reingewinn! Wenn die Gesellschaft den Anschein zu erwecken sucht, als ob sie ihre Angestellten besonders glänzend besolde, so muß dem doch entschieden widersprochen werden. Legt man die Anzahl der Ende 1905 beschäftigten Personen (einschl. Bauarbeiter) der Berechnung zugrunde, dann ergibt sich eine Jahresdurchschnittslohnsumme von rund 901 Mark. Das sind wahrlich keine Glanzlöhne und sie erheben sich — trotz der reklamtätig betonten Lohnsteigerungen — nur 5 M., sage und schreibe fünf Mark, über die Durchschnittslohnsumme im Jahre 1904! Bei diesen Lohnangaben darf zudem nicht vergessen werden, daß sie auch die Gehälter der Verwaltungsbeamten enthalten. Die Verwaltung sollte sich mit ihren Lohnsteigerungen nur nicht auf hohe Pferde setzen. Wie „gesteigert“ wurde, darüber gibt der Bericht diesen Vortrag:

Die im vorjährigen Geschäftsbericht ausgesprochene Erwartung auf eine größere Wirtschaftlichkeit bei der Unterhaltung des Wagenparks hat sich erfüllt. Nach Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Hauptwerkstätte und umfangreicher Durchführung der Stücklohnarbeit konnten die Ausgaben für die Instandhaltung der Wagen ungeachtet der wesentlich erhöhten Einzelverdienste der in der Hauptwerkstätte beschäftigten Handwerker und Arbeiter auf 2 550 923,17 M. ermäßigt werden gegenüber 2 618 079,12 M. im Vorjahre.

Besonders hervorgehoben wird im Bericht auch die — Wohltätigkeit! Es heißt da:

Gleichmäßig mit den Ausgaben für Löhne und Gehälter sind auch die Ausgaben für die Wohlfahrtsanstalten erheblich gestiegen: Hierunter fallen die Beiträge zur Straßenbahn-Vereinsgenossenschaft mit 107 634,88 M., zur Invalidentät- und Altersversicherung mit 65 819,11 M., zur Betriebskrankenkasse mit 100 893,52 M., der Zufuhr zur Ruhegehaltskasse mit 293 158,85 M. und zur Hinterbliebenenkasse mit 22 254,86 M., zum Nachschuß des Vereins der Angestellten 6774,12 M., sowie außerordentliche Unterstüßungen in Höhe von 35 767,50 M. Insgesamt betragen die Ausgaben für Wohlfahrtsanstalten 641 299,84 M.

Daß die geleisteten Leistungen für die sozialen Versicherungen als besondere Wohlfahrtsausgaben bewertet werden, zeugt von einer mehr als löstlichen — Gutmütigkeit. Die gesamte als Wohlfahrtsausgabe angegebene Summe macht übrigens noch keine 7 Proz. vom Reingewinn aus. Wie wär's, wenn die armen Aktionäre mit den bewohlfahrten, mit Lohnsteigerungen überschütteten Angestellten tauschen, die Angestellten sich mit den großen Dividenden begnügen und die Aktionäre jubelnd sich der hohen Löhne erfreuten?

Der Automobil-Omnibusverkehr in London ist schon in recht erheblichem Maße im Gange. Dort laufen bereits rund 3000 solcher Omnibusse und ebensoviel sollen noch in nächster Zeit in den Betrieb eingestellt werden, nachdem sich herausgestellt, daß die Automobil-Omnibusse den Straßenbahnen in vieler Beziehung überlegen sind und das Publikum diese Omnibusse bevorzugt. In Stadtverordnetenkreisen soll schon die Frage erwohnen werden, ob nicht auch seitens der Stadt ein größeres Augenmerk auf diese neue Phase in der Verkehrsentwicklung zu richten sei.

Ein hiesiges Blatt berichtete gestern, daß zur Einrichtung von Omnibuslinien die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft der Genehmigung des Berliner Magistrats bedürfte. Diese Annahme ist eine irrthümliche. Die Gesellschaft bedarf nur der Genehmigung der Polizei, der das öffentliche Fahren ist. Die Omnibus-Gesellschaften haben weder wie die Straßenbahnen Verträge mit der Stadt geschlossen, noch zahlen sie Abgaben für die Benutzung der Straßen.

Ein schwerer Verkehrsunfall hat sich gestern nachmittags in der Friedrichstraße zugetragen. In der Nähe der Posthalle wurde der 18jährige Schloßerlehrling Otto Wicker, Kleinstr. 8 wohnhaft, als er auf einem Rade über den Bahrdamm hinwegfuhr, von einem Geschloßwagen umgerissen und überfahren. Der Bedauernswerte hatte eine Gehirnerschütterung und äußere Verletzungen erlitten und wurde, nachdem ihm auf der Unfallstation I die erste Hilfe zuteil geworden war, nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Von einer Gasexplosion wurde der Maschinenraum der Firma Julius Haack, Brunnenstr. 198, heute betroffen. Etwa um 5 Uhr nachmittags erlöste im Hofe des Grundstücks eine heftige Explosion, zugleich wurden einige Schaufensterscheiben zertrümmert. Die Ursache ist nach den bisherigen Feststellungen darauf zurückzuführen, daß die Regulatoren, welche den Gasmesser gegen den Gasmotor abschließen, nicht genügend mit Wasser gefüllt waren und deshalb Gas durchgelassen haben, das sich an der Decke des Maschinenraumes unbemerkt angeammelt hatte und durch zufällige Verwendung einer offenen Gasflamme im Vorraum zur Explosion gebracht wurde. Im Maschinenraum befanden sich der Maschinist Ebel, der Hausportier Schäfer und der Fensterputzer Kerber. Die beiden ersteren, welche weniger bedroht, wurden durch den im Hofe wohnenden Arzt Dr. Jutzowski verbunden und konnten ihren Dienst fortsetzen, während der Fensterputzer einige Brandwunden erlitt, nach der nächsten Unfallstation gebracht und von dort in das Moabit Krankenhaus eingeliefert worden ist; doch sind auch dessen Verletzungen nicht lebensgefährlich. Außer einigen zerbrochenen Fensterscheiben haben keine Demolierungen am Hause stattgefunden. Der Gasmotor wurde zum Stillstand gebracht und die Feuerwehre konnte nach kurzer Zeit wieder abziehen.

Von einem tragischen Geschehnis wird die Familie v. Hastrup berichtet. Vor längerer Zeit nahmen sich zwei Brüder v. H. in einem Anfall von nervöser Ueberreizung das Leben. Vor etwa vier Wochen verfuhrte sich nun auch der noch lebende Rentier v. H. in der Lühovstr. 11 zu erschließen. Durch das Dozwischenreden der Wirtin des Lebensmüden wurde der Selbstmord jedoch vereitelt. Gestern abend schloß sich v. H. in sein Zimmer ein und jagte sich eine Kugel in den Kopf. Um recht sicher zu treffen, hatte er sich vor den Spiegel gesetzt. In fast hoffnungslosem Zustande wurde der Unglückliche, welcher gleichfalls in nervöser Ueberreizung gehandelt hat, nach der Königl. Klinik in der Biegelstraße gebracht.

Auf einer Berg- und Talbahn schwer verunglückt ist der Messingputzer Felix Nowade aus der Christburgstr. 55. L. war abends auf der an der Behmstraße befindlichen Berg- und Talbahn gefahren und hatte sich in einem von ihm selbst betriebenen Schiffe einen solch gewaltigen Schwung gegeben, daß die Kette brach und L. über den Schutzbaum hinüberfiel. Verunglückt wurde der Verunglückte davongetragen. Er hatte eine schwere Gehirnerschütterung und andere Verletzungen erlitten.

Vor einem falschen Kassierer warnt die Verwaltung der Paketfabrik-Gesellschaft. Ein unbekannter Mann besaß unter dem Vorwand, daß er Angestellter der Paketfabrik-Gesellschaft sei, die Annahmestellen und teilte dort mit, daß die Postanweisungsgelder nicht mehr wie früher durch die Schaffner der Paketwagen, sondern durch besondere Voten abgeliefert würden. Auch er sei mit Abholung der Gelder beauftragt und legt den Inhabern der Annahmestellen ein Kontrollbuch vor, in welches die aufgegebenen Anweisungen angeführt einzutragen sind. Der Schwindler, dem es bereits an drei Stellen gelungen ist, sich in den Besitz von nicht unerheblichen Geldbeträgen zu setzen, ist vermutlich ein ehemaliger Angestellter der Paketfabrik-Gesellschaft, der das Kontrollbuch zweifellos gestohlen hat.

Festgenommener betrügerischer Almosenschwindler. Wegen Rückfallsbetruges festgenommen wurde der vielfach bestrafte Reisende Efig Heimann, 12. August 1871 zu Labischin geboren. Während er früher den Stellenchwindler betrieb, hat er sich jetzt auf betrügerisches Betteln verlegt. Er telephonierte an irgend eine Firma unter dem Namen einer anderen Firma, von der er aus seiner Reiseliste mitnahm, daß sie mit der ersten in Verbindung steht, und sagt dabei, daß sich bei ihr ein unbedingt hilfsbedürftiger und würdiger Mann befinde, der bald hinfame. Im Anschluß daran ersucht Heimann als dieser Unterstüßungsbedürftige und erhält auch 20 M. Heimann ist in einem Falle gefänglich, bestrittet aber, noch in anderen Fällen ebenso gearbeitet zu haben.

Ein „Bund zur Bekämpfung der Tuberkulose“ ist Mittwoch abend in einer Versammlung von ehemaligen Pflanzlingen der Augenheilanstalt Welsch, Veitly, Gütergog, Görbersdorf, Grabowsee usw. in Köpenickstr. 11, Hofmarktstraße, gegründet worden. Es ist damit der Zusammenschluß der vielen Pflanzlingsvereine der einzelnen Heilstätten vollzogen. Der Zweck des Bundes ist, durch Veranstaltung öffentlicher Vorträge, Verbreitung von Flugschriften usw. aufklärend im Sinne einer planmäßigen Bekämpfung der Tuberkulose zu wirken, ehemaligen Heilstättenpflanzlingen Unterstützung und Fürsorge angedeihen zu lassen und durch Veranstaltung gesunder Vergnügungen und Ausflüge im Freien die Geselligkeit unter seinen Mitgliedern zu pflegen. Der Bund, der schon bei seiner Gründung über 200 Mitglieder zählt und sich der Unterstützung hervorragender Hygieniker erfreut, wird demnächst mit einer großen Versammlung an die Öffentlichkeit treten.

Vom Tode ereilt. Mitten im Kirchenkonzert wurde vorgestern abend in der Marienkirche eine ältere Frau vom Tode überfallen. Als das dritte Stück eben begonnen hatte, erlachte die Frau plötzlich, griff sich an das Herz und ging langsam in den Vorraum hinaus. Der Künstler nahm sich der Erkrankten an und ließ sie auf einem Stuhl Platz nehmen. Auf seine Frage, ob sie herabliegend sei, nicht sie bejahend. Mit schwacher Stimme sagte sie dann noch „Drohsche, Meißstraße“, konnte aber die Hausnummer oder ihren Namen nicht mehr angeben. In der nächsten Sekunde verlor sie das Bewußtsein und starb bald darauf. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Die Frau war schwarz gekleidet. — Auf der Hochbahn wurde gestern abend der Stadtrat Heyer aus Zeulenroda in Thüringen, der sich zum Besuch bei seinem Schwager in Straloun aufhielt, vom Tode ereilt. Heyer bestieg kurz vor 6 Uhr am Stralauer einen Wagen, um nach dem Wesen der Stadt zu fahren. Plötzlich erkrankte er so schwer, daß ihn die Beamten auf Bahnhof Dranienstraße aus dem Zuge herabtragen mußten. Er hatte schon die Bestimmung verloren und starb nach wenigen Minuten.

Am Montag, den 19. Februar, findet in Kellers Festhöl, Rappensstr. 29, das dritte Sinfonie-Konzert des aus 60 Künstlern verstärkten „Berliner Sinfonie-Orchesters“, Dirigent: Kapellmeister Maximilian Fischer statt; als Solist wirkt der königl. Kammermusiker Max Solowjow mit. U. a. komponiert zur Aufführung: Mozart, Sinfonie Es-dur. Wagner: Ouverturen: „Tannhäuser“, „Rienzi“. Preislied und „Die Weiskinder von Rämberg“. Violin-Solo: Konzert G-moll von Max Bruch usw.

Im Herrnsfeld-Theater erlebte am Mittwoch der „Familienstag im Hause Prellstein“ seine hundertste Aufführung. Blumen und Kränze gab es in Masse. Die beiden Hauptdarsteller Anton und Donat Herrnsfeld wurden stürmisch gerufen.

Feuerbericht. Gestern früh um 9 Uhr kam im Hygienischen Institut der Universität in der Heiligenstraße 4 Feuer aus, das vom 13. Zuge durch schnelles Eingreifen und kräftiges Wassergeben auf einen Raum beschränkt werden konnte. — Gestern nachmittag entstand in der Dranienstraße 21 in der Werkstatt einer Fahrradfabrik ein Brand durch Entflammung von Petroleum, der auf die Werkstatt beschränkt blieb. Nach Mitternacht kam dort ein zweiter Brand aus. Es brannte eine Metallschleiferei. Auch diesmal glückte es, die Gefahr schnell zu beseitigen. — Gestern früh um 6 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Reffingstraße 20 und dem Anhalter Güterbahnhof gerufen, wo Brechlofen, Betten, Gardinen usw. in Brand geraten waren. — Ferner liefen Feuermeldungen aus der Ruppinerstraße 3, Rappensfeldstraße 6a u. a. Stellen ein.